



Bericht über das Geschäftsjahr 2024

Kennwerte 2024 im Überblick

		2024	2023	Veränderungen zum Vorjahr
Stromnetz nachrichtlich sw netz	Netzausspeisung	1.123.959 MWh	1.067.703 MWh	5,27 %
	davon Netzgebiet Wiesbaden	1.037.846 MWh	990.845 MWh	4,74 %
	davon Netzgebiet Taunusstein	86.113 MWh	76.858 MWh	12,04 %
	Durchschnittliche Einwohner im Versorgungsgebiet	299.627 Pers.	297.961 Pers.	0,56 %
	Messstellen	198.136 St.	192.146 St.	3,12 %
	Netzlaster Einspeisung	195 km	192 km	1,56 %
	Hochspannungsnetz	66 km	66 km	0,00 %
	Mittelspannungsnetz	736 km	721 km	2,08 %
	Niederspannungsnetz	2.464 km	2.457 km	0,28 %
Stromvertrieb	Stromverkauf im Versorgungsgebiet	390.540 MWh	411.810 MWh	-5,17 %
	Stromverkauf in anderen Gebieten	218.515 MWh	319.179 MWh	-31,54 %
	Summe Stromverkauf	609.055 MWh	730.989 MWh	-16,68 %
	davon an Tarifikunden (SLP)	462.268 MWh	582.381 MWh	-20,62 %
	davon an Sonderkunden (RLM)	146.787 MWh	148.608 MWh	-1,23 %
	Summe Verbrauchsstellen	204.456 St.	243.057 St.	-15,88 %
Gasnetz	Netzausspeisung	3.290.452 MWh	3.377.674 MWh	-2,58 %
	davon Netzgebiet Wiesbaden	3.011.692 MWh	3.119.864 MWh	-3,47 %
	davon andere Netzgebiete	278.760 MWh	257.810 MWh	8,13 %
	Durchschnittliche Einwohner im Versorgungsgebiet	311.702 Pers.	310.069 Pers.	0,53 %
	Messstellen	68.483 St.	68.984 St.	-0,73 %
	Jahreshöchstlast Wiesbaden	962 MWh	930 MWh	3,44 %
	Hochdrucknetz	222 km	221 km	0,45 %
	Mitteldrucknetz	40 km	40 km	0,00 %
	Niederdrucknetz	585 km	585 km	0,00 %
Gasvertrieb	Gasverkauf im Versorgungsgebiet	1.232.793 MWh	1.233.752 MWh	-0,08 %
	Gasverkauf in anderen Gebieten	228.330 MWh	310.986 MWh	-26,58 %
	Summe Gasverkauf	1.461.123 MWh	1.544.738 MWh	-5,41 %
	davon an Tarifikunden (SLP)	1.179.249 MWh	1.292.544 MWh	-8,77 %
	davon an Sonderkunden (RLM)	281.874 MWh	252.194 MWh	11,77 %
	Summe Verbrauchsstellen	55.475 St.	62.024 St.	-10,56 %
Wassernetz	Netzausspeisung	14.649 Tm ³	14.331 Tm ³	2,22 %
	Durchschnittliche Einwohner im Versorgungsgebiet	268.359 Pers.	266.717 Pers.	0,62 %
	Verteilungsnetz	738 km	738 km	0,00 %
	Messstellen	36.355 St.	36.236 St.	0,33 %
Wärme	Wärmeverkauf	267.539 MWh	233.583 MWh	14,54 %
	Stromerzeugung BHKW	34.550 MWh	32.741 MWh	5,53 %
	Netzlänge	130,4 km	127,2 km	2,52 %
	Anschlüsse	1.965 St.	1.906 St.	3,10 %

Bericht über das Geschäftsjahr 2024

1. Januar bis 31. Dezember 2024

zur Vorlage in der Ordentlichen Hauptversammlung

27. Juni 2025

ESWE Versorgungs AG





Inhalt

Kennwerte 2024	2
Organe der Gesellschaft	5
Lagebericht	7
Bericht des Vorstands	7
Erklärung zur Unternehmensführung	30
Entgeltbericht	31
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	33
Vertriebliche Aktivitäten	40
Startschuss für regionales Wasserstoff-Verteilnetz	41
Fernwärme Transformationsplan	42
Weitere Informationen zu den Unternehmensbereichen	47
Jahresabschluss	65
Bilanz	65
Gewinn- und Verlustrechnung	66
Anhang	67
Bestätigungsvermerk	79
Bericht des Aufsichtsrats	82

Organe der Gesellschaft

Vorstand

RA Ralf Schodlok
Vorstandsvorsitzender
Wiesbaden

Dipl.-Ing. Jörg Höhler
Techn. Vorstand
Singhofen

Dr. Oliver Malerius
Kfm. Vorstand
Bad Camberg
(ab 01.03.2025)

Aufsichtsrat

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Wiesbaden
Vorsitzender
Wiesbaden

Udo Stieglitz
Betriebsratsvorsitzender
1. stellv. Vorsitzender
Wiesbaden

Dr. Constantin Alsheimer
Vorstandsvorsitzender der Thüga AG
2. stellv. Vorsitzender
Kronberg
(ab 1. Januar 2024)

Dennis Barham
Elektromeister
Arbeitnehmersvertreter
Wiesbaden

Prof. Dr. Lorenz Jarass
Professor a. D.
Stadtverordneter
Wiesbaden

Ingo von Seemen
Bürokaufmann
Stadtverordneter
Wiesbaden

Frank Besier
Industriemechaniker
Anteilseigner-Arbeitnehmersvertreter
Wiesbaden

Michael Kittelberger
Prokurist der Thüga AG
Dachau

Eleftherios Tsiridis
Büroleiter
Stadtverordneter
Wiesbaden

Christian Diers
Geschäftsführer
Stadtverordneter
Wiesbaden

Ralf Ligato
Industriefachwirt
Arbeitnehmersvertreter
Darmstadt

Jürgen Wachs
Gewerkschaftssekretär ver.di
Anteilseigner-Arbeitnehmersvertreter
Mainz

Daniela Georgi
Beamtin
Stadtverordnete
Wiesbaden

Maya Lux
Rechtsanwältin
Arbeitnehmersvertreter
Frankfurt am Main

Winfried Weimer
Gas- und Wasserinstallateurmeister
Anteilseigner-Arbeitnehmersvertreter
Hünstetten

Silas Gottwald
Geschäftsführer
Stadtverordneter
Wiesbaden

Markus Ott
Sachgebietsleiter
Arbeitnehmersvertreter
Ingelheim

Christiane Hinnerger
Bürgermeisterin der
Landeshauptstadt Wiesbaden
Wiesbaden

Christiane Schüßler
Dipl.-Sozialpädagogin
Arbeitnehmersvertreterin
Taunusstein



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

Bericht des Vorstands

1. Grundlagen der ESWE Versorgungs AG
2. Wirtschaftsbericht
 - 2.1. Rahmenbedingungen
 - 2.2. Konjunkturelle Entwicklung in Deutschland
 - 2.3. Energiepolitik
 - 2.4. Entwicklung der Stromerzeugung
 - 2.5. Preisentwicklung
3. Geschäftsverlauf 2024
 - 3.1. Absatzentwicklung
 - 3.2. Ertragslage
 - 3.3. Finanzlage
 - 3.4. Vermögenslage
 - 3.5. Erläuterungen zu den Tätigkeitsbereichen gem. § 6b Abs. 7 S.4 EnWG
4. Prognose-, Chancen- Risikobericht
5. Risikomanagement
6. Compliance
7. Datenschutz und Informationssicherheit
8. Vorbereitung auf die Nachhaltigkeitsberichtserstattung
9. Erklärung zur Unternehmensführung

1. Grundlagen der ESWE Versorgungs AG

Bereits seit mehr als 95 Jahren betreiben wir das Gas-, das Wasser- sowie das Wärmenetz in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden und engagieren uns seit vielen Jahren nachhaltig im Bereich der regenerativen Energieerzeugung. Ferner sind wir Betreiber der Gasnetze in Taunusstein, Walluf und Schlangenbad. Den Betrieb des Straßenbeleuchtungsnetzes in Wiesbaden und Taunusstein haben wir mit Wirkung zum 1. Januar 2024 auf unsere Tochtergesellschaft, die Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH (sw netz) übertragen, die bereits seit vielen Jahren die Stromnetze in Wiesbaden und Taunusstein betreibt.

Wir versorgen in Wiesbaden und deutschlandweit mehr als zweihunderttausend Kundinnen und Kunden mit Strom und Gas. Darüber hinaus werden zunehmend energienahe Dienstleistungen angeboten.

Die Tochtergesellschaft WITCOM GmbH ist auf dem Gebiet der Telekommunikation in Wiesbaden und der Region tätig und engagiert sich zunehmend im Bereich Glasfaserausbau.

Über die mehrheitlich von der ESWE Versorgungs AG (im Folgenden auch kurz „ESWE“) geführte ESWE BioEnergie GmbH erzeugen wir seit Anfang 2014 umweltschonend Strom und Wärme aus überwiegend Altholz und speisen diese in die lokalen Netze ein. Darüber hinaus gehören zu unserem Portfolio einige Windparks im gesamten Bundesgebiet.

Unsere Anteilseigner sind mit einem Anteil von 50,62 % die Landeshauptstadt Wiesbaden über die WVV Wiesbaden Holding GmbH sowie mit 49,38 % der Anteile unser strategischer Partner, die Thüga AG in München.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren sind neben dem Unternehmensergebnis vor Ertragsteuern (EBT) das Betriebsergebnis, das Beteiligungsergebnis sowie das Unternehmensergebnis vor Ausgleichszahlung und Ergebnisabführung sowie die Eigenkapitalquote. Wichtige nicht finanzielle Leistungsindikatoren sind entsprechend ihrer Steuerungsrelevanz für unser operatives Geschäft vor allem die Absatzmengen sowie die Kundenzufriedenheit.



Vom Spatenstich bis zur Eröffnung:
das neue ESWE Charge Center.



2. Wirtschaftsbericht

2.1 Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung der ESWE Versorgungs AG ist, analog der gesamten Energiebranche, insbesondere von den Änderungen der politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen beeinflusst.

Neben den allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland wird unser Geschäftsergebnis maßgeblich von den energiewirtschaftlichen Entwicklungen an den Beschaffungs- und Absatzmärkten beeinflusst.

Die Lage an den Energiemärkten zeigte sich im Verlauf des Jahres 2024, nach den durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verursachten Turbulenzen in den Vorjahren, einigermaßen entspannt. Die in den beiden letzten Jahren bestehende hohe Volatilität der Energiepreise zeigte sich in der ersten Jahreshälfte deutlich abgeschwächt. Durch die geopolitischen Unsicherheiten ist sie jedoch im Jahresverlauf wieder deutlich angestiegen. Die Beschaffungskosten für Strom und Gas sind im Jahresverlauf gegenüber 2023 rückläufig, liegen jedoch noch deutlich über dem Vorkrisenniveau. Das geänderte Verbrauchsverhalten, das milde Klima und die trüben Konjunkturaussichten machen insbesondere die Energiebeschaffung zunehmend problematischer.

Der Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt hat im Jahresverlauf wieder erheblich Fahrt aufgenommen. Auch die Wechselbereitschaft der Kunden ist deutlich angestiegen. Hier sind die sog. Discounter, die sich derzeit am günstigen Spotmarkt eindecken im Vorteil, da wir durch unsere risikoabgesicherte Beschaffungsstrategie nicht unmittelbar die günstigen Spotmarktpreise antizipieren können. Darüber hinaus steigen die Netzentgelte aufgrund des erforderlichen Netzausbaus zur Erreichung der Klimaziele.

2.2 Konjunktuelle Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft steckt in der größten Krise der Nachkriegsgeschichte. Corona-Pandemie, Energiekrise, Ukrainekrieg und ausufernde Bürokratie führten dazu, dass das Bruttoinlandprodukt im Jahr 2024 bereits zum zweiten Mal in Folge gesunken ist. Einige Fachexperten sprechen mittlerweile nicht mehr von einer Konjunktur- sondern von einer schwerwiegenden Strukturkrise. Das preisbereinigte Bruttoinlandprodukt (BIP) ist im Jahr 2024, nachdem es bereits im Vorjahr um 0,3 % gesunken war, im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 % gesunken.

Diese aktuelle Schwäche der deutschen Volkswirtschaft ist bereits seit Jahren zu beobachten. Seit dem dritten Quartal 2021 wächst die deutsche Wirtschaft bestenfalls im Promillebereich. Die Energiekrise und stetig neue geopolitische Unsicherheiten durch Konflikte im Nahen Osten und der Krieg in der Ukraine sowie politische Uneinigkeit sorgen bei Bürgern und Unternehmen zunehmend für Unsicherheit. Insbesondere



der Export von Waren und Dienstleistungen, jahrelang maßgeblich für den Wirtschaftsaufschwung verantwortlich, sank aufgrund geringerer Ausfuhren von elektrischen Ausrüstungen, Maschinen und vor allem Kraftfahrzeugen um 0,8 %. Die privaten Konsumausgaben stiegen demgegenüber im Jahr 2024 preisbereinigt lediglich um 0,3 % gegenüber 2023.

Die Inflationsrate betrug im Jahresdurchschnitt 2024 2,3 %: Sie lag damit signifikant unter dem Vorjahreswert (5,9 %), lag aber noch immer über der Zielmarke der EZB von 2,0 %. Auch die Bauinvestitionen gingen im Jahr 2024 um 3,5 % deutlich zurück. Hier machten sich die hohen Baukosten und der Fachkräftemangel bemerkbar.

Der Arbeitsmarkt zeigt sich demgegenüber weiterhin äußerst robust. Die Zahl der Erwerbstätigen ist 2024 nochmal um 0,2 % gestiegen und erreichte somit einen Beschäftigungshöchststand. Allerdings erfolgte diese Zunahme lediglich in den Dienstleistungsbereichen. Die Zahl der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe sowie im Baugewerbe sank dagegen. Die Arbeitslosenquote stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,3 % auf 6,0 %.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland ist 2024 auf den höchsten Wert seit 2015 gestiegen. Der Anstieg war mit 25,0 % gegenüber dem Vorjahr (22,1 %) nochmals höher. Die anhaltenden Krisen der vergangenen Jahre hätten viele Unternehmen ausgezehrt und förderten nun diese Dynamik der Insolvenzen. Auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen hat 2024 deutlich zugenommen. Daher befürchten wir in den nächsten Jahren auch eine Zunahme der Forderungsausfälle.

2.3 Energiepolitik

Auch im Jahr 2024 gab es etliche gesetzliche Neuerungen und Veränderungen im Bereich der Energiewirtschaft.

Die aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 zur Verfassungswidrigkeit des Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes notwendig gewordenen Kürzungen des Klima- und Transformationsfonds (KTF) hatten auch Auswirkungen auf die Energieversorger. Der ursprünglich an die Übertragungsnetzbetreiber zugesagte Zuschuss für den Netzausbau von 5,5 Mrd. € wurde aufgrund der Haushaltslage von der Bundesregierung gestrichen. Daraufhin mussten die Übertragungsnetzbetreiber ihre Netzentgelte drastisch erhöhen, was sich auch auf unsere Verteilnetzentgelte auswirkte.

Der CO₂-Preis im Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) wurde zum 1. Januar 2024 auf 45 € je Tonne und im Jahr 2025 auf 55 € angehoben. Die Kohlenstoffsteuer gilt sowohl für den Verkehrssektor als auch im Bereich der Wärmeerzeugung. Ihr Ziel ist es, dass die Menschen langfristig ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen wie Benzin, Diesel, Erdöl und Erdgas verlieren und dabei zu umweltfreundlichen Alternativen wie der E-Mobilität oder dem Heizen mittels Wärmepumpen wechseln. Die daraus generierten Einnahmen fließen in den Klima- und Transformationsfonds.

Deutschland hat im vergangenen Jahr laut Umweltbundesamt sein Klimaziel zur Emission klimaschädlicher Gase erreicht. Das sei unter anderem durch den Rückgang der Emissionen durch die Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle gelungen.

Es seien 649 Millionen Tonnen Treibhausgase ausgestoßen worden und damit 3,4 % weniger als im Vorjahr. Im Verkehrs- und Gebäudebereich seien die Ziele trotz leichter Rückgänge jedoch erneut verfehlt worden.

Deutschland will bis 2030 seine Emissionen um 65 % im Vergleich zu 1990 verringern. Bis 2045 soll das Land klimaneutral sein.

Neben dem zum 1. Januar 2024 beschlossenen Wegfall der im Zuge der Gaskrise eingeführten Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme und der Beendigung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf Erdgas und Fernwärmelieferungen zum 1. April 2024 wurde auch der sogenannte Umweltbonus für E-Autos gestrichen. Diese Entscheidung beruht ebenfalls auf der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach die Fördergelder für klimafreundliche Fahrzeuge nicht dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) entnommen werden dürfen, den die Bundesregierung einst für die Erreichung der Klimaschutzziele nach dem Bundes-Klimaschutzgesetz errichtet hatte.

Am 16. Mai 2024 trat das Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften zur Steigerung des Ausbaus photovoltaischer Energieerzeugung in Kraft. Es enthält mehrere Gesetzes- und Ordnungsänderungen.

Durch das „Solarpaket I“ kommt es zu weitreichenden Änderungen im EEG 2023. Das „Solarpaket I“ sieht u. a. einen stärkeren Zubau von Freiflächenanlagen, eine Erleichterung des Zubaus von PV-Dachanlagen, eine neue Vermarktungsform der unentgeltlichen Abnahme, eine Vereinfachung des aktuellen Mieterstrommodells und die Errichtung eines Modells der gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung vor. Zudem soll die Nutzung von Steckersolargeräten erleichtert und die Netzanschlüsse beschleunigt werden.

Zur Dekarbonisierung des Wärmebereichs wurde am 8. September 2023 die Gebäudeenergiegesetz-Novelle (GEG) vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Sie sieht vor, den Einsatz erneuerbarer Energien für Heizungen und Warmwasserbereitung gesetzlich zu verankern und die Dekarbonisierung schrittweise voranzutreiben. Ein zentrales Ziel ist, dass ab 2024 neue Heizungen zu mindestens 65 % erneuerbare Energien nutzen müssen (65%-Regel).

Die 65 %-Regel trat am 01.01.2024 für Neubauten in Neubaugebieten in Kraft. Bauanträge ab diesem Datum fallen darunter. Für Heizungen in Neubauten außerhalb von Neubaugebieten und bestehenden Gebäuden gelten die Regelungen nach Abschluss der kommunalen Wärmeplanung. Diese muss bis zum 30.06.2026 (in Kommunen ab 100.000 Einwohnern) verbindlich sein. Sobald die kommunale Wärmeplanung vorliegt, wird die 65%-Regel einen Monat nach der entsprechenden Bekanntgabe der Kommune wirksam. Kommunen ohne Wärmeplanung werden so behandelt, als hätten sie eine solche.

Bestehende Heizungen, die vor dem 19.04.2023 in Auftrag gegeben und bis zum 18.10.2024 eingebaut wurden, sind von der 65%-Regel ausgenommen. Bestehende Heizungen können weiterhin genutzt und repariert werden. Das finale Datum für die Nutzung fossiler Brennstoffe in Heizungen ist der 31.12.2044.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat Ende November 2024 einen Referentenentwurf zur Novellierung und Weiterentwicklung der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AV-BFernwärmeV) veröffentlicht. Ziel des Ordnungsgebers ist es, die Regelungen anzupassen und zu ergänzen, um die seit 1980 stattgefundenen Weiterentwicklung der Fernwärmeversorgung abzubilden. Zum einen sollen Verbraucherrechte und Transparenz deutlich gestärkt werden. Darüber hinaus plant der Ordnungsgeber, die seit Herbst 2021 bestehenden Regelungen der Verordnung über die Verbrauchserfassung und Abrechnung bei der Versorgung mit Fernwärme oder Fernkälte (FFVAV) in die AVBFernwärmeV zu integrieren, sodass sich Regelungen zur Messung, zu fernablesbaren Messeinrichtungen, zur Ablesung und zu Inhalt und Transparenz der Abrechnungen künftig ebenfalls aus der AVBFernwärmeV ergeben werden. Der Entwurf wird in der Energiebranche kritisch

betrachtet, erhöht er doch die bürokratischen Hürden und führt zu weiterer Investitionsunsicherheit.

Der Verordnungsentwurf wurde zunächst zurückgezogen und soll durch die neue Bundesregierung überarbeitet und umgesetzt werden. Wir hoffen, dass sich die neue Bundesregierung sehr zeitnah der Novelle annimmt, um einen sicheren Rechtsrahmen zu erhalten, um den im Zuge der Wärmewende notwendigen Ausbau der Fernwärme weiter vorantreiben zu können.

Das BMWK hat Ende Oktober 2024 einen zweiten Referentenentwurf zu Änderungen des EnWG und EEG vorgelegt, der um eine Novelle des Messstellenbetriebsgesetzes (MsbG) und Maßnahmen zur Umsetzung der Wachstumsinitiative der Bundesregierung von Juli 2024 ergänzt wurde. Die vorgeschlagenen Änderungen sollen vor allem die Flexibilität im Stromsystem erhöhen. Dadurch soll die Häufigkeit und Intensität von Spitzen bei der Stromerzeugung adressiert sowie die flächendeckende Installation digitaler Smart Meter unterstützt werden.

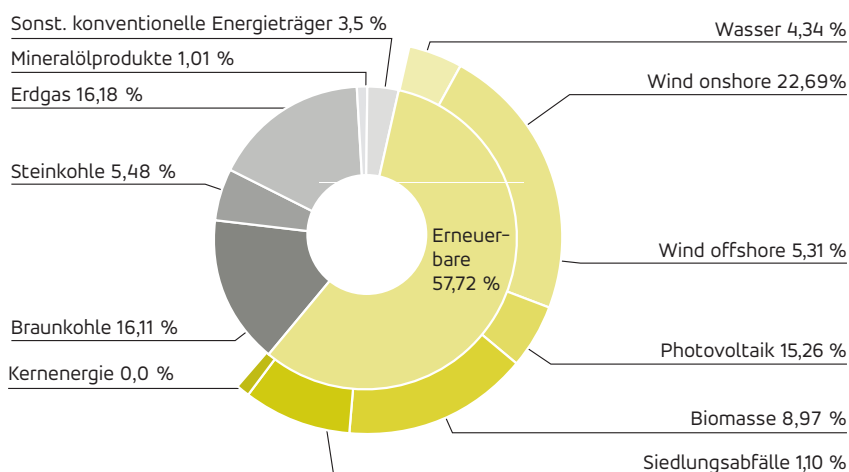
Darüber hinaus hat die Bundesnetzagentur (BNetzA) Ende Januar 2024 die Festlegung von Regelungen für die Bestimmung des kalkulatorischen Eigenkapitalzinssatzes für Neuanlagen im Kapitalkostenaufschlag veröffentlicht. Der Eigenkapitalzinssatz für Neuinvestitionen soll sich für die 4. Regulierungsperiode (bei Gas bis zum 31. Dezember 2027, bei Strom bis 31. Dezember 2028) aus einem jährlich variablen Basiszins (der Umlaufrendite öffentlicher Anleihen) zuzüglich eines Wagniszuschlags von aktuell rund 3 % ergeben. Der Eigenkapitalzinssatz für Bestandsanlagen bleibt hingegen unverändert. Damit wird seitens des Regulierers das Erfordernis einer kurzfristigen Neuskalierung der Netzinvestitionsbedingungen vor dem Hintergrund der Herausforderungen der Energiewende und des aktuellen Zinsumfeldes anerkannt.

Im ersten Halbjahr 2024 haben Bundesregierung und BNetzA zudem die Rahmenbedingungen zur Errichtung des Wasserstoff-Kernnetzes geschaffen. Vorgesehen ist eine Finanzierung über sogenannte Amortisationskonten, die die Höhe der Netzentgelte in der Hochlaufphase begrenzen und eine zeitlich gestreckte Vereinnahmung in der Zukunft ermöglichen. Die BNetzA hat den finalen Antrag der Fernleitungsnetzbetreiber zum konkreten Umfang des Kernnetzes im Oktober 2024 in weiten Teilen genehmigt.

2.4 Entwicklung der Stromerzeugung

Stromerzeugung in Deutschland nach Energieträgern

Brutto-Stromerzeugung 2024: 491,9 Mrd. kWh*



* vorläufig

Quellen: BDEW-Schnellstatistikerhebung, Destatis, EEX, VGB, ZSW; Stand: 03/2025

Die Bruttostromerzeugung verzeichnete im Berichtsjahr mit 492,0 Mrd. kWh gegenüber dem Vorjahr einen leichten Rückgang um 1,7 % (500,5 Mrd. kWh). Dieser Rückgang war vor allem durch geringeren Strombedarf aufgrund des Rückgangs der Produktion im verarbeitenden Gewerbe und durch deutlich erhöhte Stromimporte aus dem Ausland verursacht. Deutschland importierte mehr Strom aus dem Ausland, da dies teilweise kostengünstiger war als die inländische Produktion. Der Importüberschuss hat sich im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdreifacht.

Nach vorläufigen Zahlen wurden 2024 mit 283,8 Mrd. kWh 58 % Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugt. Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch – die für die Zielerreichung der Erneuerbaren Energien maßgebliche Quote – belief sich auf gut 55 %. Die Windenergie war 2024 mit einer Stromerzeugung von insgesamt 137,8 Mrd. kWh der wichtigste Energieträger im deutschen Strommix. Da 2024 im Vergleich zum Vorjahr vergleichsweise windarm war, ging jedoch die Einspeisung von Wind Onshore-Anlagen um 5,6 % zurück. Die Stromerzeugung aus Erdgas mit 79,8 Mrd. kWh und Braunkohle mit 78,9 Mrd. kWh trugen ebenfalls wesentlich zum Erzeugungsmix bei. Knapp dahinter folgt die Stromerzeugung aus Photovoltaik mit 75,1 Mrd. kWh, die vom starken Zubau bei der installierten Nettonennleistung und den außergewöhnlich häufigen Sonnenstunden profitierten. Nachdem im Frühjahr 2023 auch die letzten Atomkraftwerke in Deutschland vom Netz genommen wurden, trägt die Kernenergie in Deutschland nichts mehr zur Stromerzeugung bei. Auch der sukzessive Ausstieg aus der Kohle macht sich deutlich bemerkbar. Die Stromerzeugung aus Steinkohle ging um 30 % zurück, die Erzeugung aus Braunkohle sank gegenüber dem Vorjahr um 8,6 %.

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland sank im Jahr 2024 um 1,1 %. Der Primärenergieverbrauch (PEV) bildet den gesamten Energieverbrauch eines Landes ab. Er stellt die Summe der Energiegewinnung im eigenen Land, den Ein- bzw. Ausfuhrsaldo und den Saldo von Ein- und Ausspeicherungen von Energie in Energiespeicher dar. Als Primärenergie werden alle Energien bezeichnet, die ohne vorherige Umwandlung in ihrer Ursprungsform vorhanden sind wie z. B. Windenergie, Braunkohle oder Wasserkraft. ren Energien am Primärenergieverbrauch betrug im Berichtsjahr 20,0 % (Vorjahr: 19,5 %).

2.5 Preisentwicklung

Die Verbraucherpreise in Deutschland stiegen laut Statistischem Bundesamt im Jahresdurchschnitt um 2,2 % gegenüber dem Vorjahr. Damit fiel sie deutlich geringer aus als in den vergangenen drei Jahren. Im Jahresdurchschnitt verteuerten sich insbesondere Dienstleistungen (+3,8 %) überdurchschnittlich, während sich die Preise für Haushaltsenergie nach den Turbulenzen in den Vorjahren im Jahr 2024 um 3,1 % verminderten.

Im Jahr 2024 sanken die Börsenstrompreise im Vergleich zum Vorjahr deutlich um über 15 %. Trotz dieses Rückgangs liegt das Preisniveau jedoch deutlich über den Vorkrisenjahren 2019 und 2020. Der Preisrückgang ist vor allem auf niedrigere Gas- und Kohlenotierungen zurückzuführen. Zudem waren die Einsatzzeiten thermischer Kraftwerke auf-



grund hoher Erzeugung aus erneuerbaren Energien niedriger. Entscheidend für die weitere Entwicklung der Strompreise wird der Verlauf der Brennstoff- und CO₂-Preise sowie die Entwicklung des Stromerzeugungsmix sein.

Der durchschnittliche Strompreis für Haushalte betrug im Jahr 2024 40,92 ct/kWh und lag somit 10,5 % unter dem Vorjahreswert (45,73 ct/kWh).

**Durchschnittlicher Strompreis eines Musterhaushalts
in ct/kWh (Jahresverbrauch 3.500 kWh)**

	2024	2023
Netzentgelt inkl. Messstellenbetrieb	11,53	9,52
EG-Umlage	0,00	0,00
Beschaffung/ Vertrieb	17,57	23,83
Mehrwertsteuer	6,53	7,3
Stromsteuer	2,05	2,05
Konzessionsabgabe	1,66	1,66
Sonstige Umlagen	1,58	1,37
Gesamt	40,92	45,73

Quelle: BDEW Stand: Dezember 2024

Für einen Musterhaushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 kWh belief sich gemäß Strompreisanalyse des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) vom Dezember 2024 die durchschnittliche monatliche Stromrechnung im Jahr 2024 auf 119,35 €. Für das Jahr 2023 hatte die durchschnittliche monatliche Stromrechnung 133,36 € betragen.

Der durchschnittliche Erdgaspreis für Haushalte in einem Einfamilienhaus mit einem Verbrauch von 20.000 kWh pro Jahr sank im Jahr 2024 deutlich auf einen Wert von 11,02 ct/kWh. Der Anteil an Steuern und Abgaben lag 2024 im Durchschnitt bei 28 % (Vorjahr: 13 %). Dieser deutliche Anstieg ist in erster Linie durch das Auslaufen des verminderten Mehrwertsteuersatzes von 7 % auf den Regelsteuersatz von 19 % zum 1. April 2024 sowie die Anhebung des CO₂-Preises verursacht.

**Durchschnittlicher Erdgaspreis in einem Einfamilienhaus
in ct/kWh (Jahresverbrauch 20.000 kWh)**

	2024	2023
Beschaffung/Vertrieb	5,93	9,87
Netzentgelt inkl. Messstellenbetrieb	1,97	1,99
Mehrwertsteuer	1,51	0,92
Erdgassteuer	0,55	0,55
CO ₂ -Preis	0,82	0,54
Sonstige Abgaben und Umlagen	0,24	0,12
Gesamt	11,02	13,99

Quelle: BDEW Stand: Dezember 2024



Die zum 1. Januar 2024 reduzierten Strompreise für unsere Kunden mussten wir aufgrund der Erhöhung der Übertragungsnetzentgelte leider zum 1. März 2024 wieder leicht nach oben korrigieren. Grund war der kurzfristige Wegfall der von der Bundesregierung bereits zugesagten Zuschüsse in Höhe von 5,5 Mrd. € für die Übertragungsnetze, der durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds (KTF) notwendig wurde.

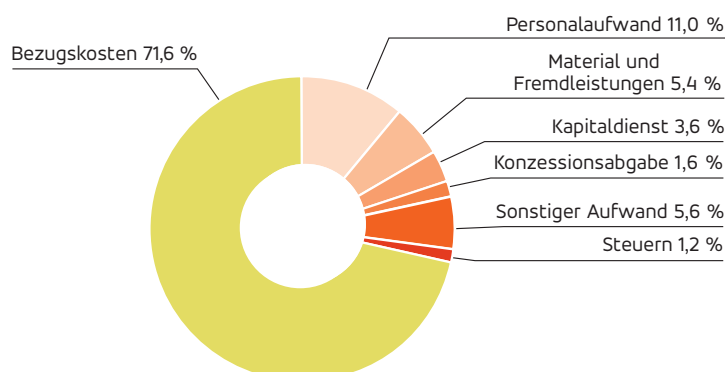
Die zum 1. April 2024 erfolgte Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Gas- und Wärmekunden von 7 auf 19 % haben wir entsprechend weitergegeben. Der allgemeine Trend bei der langfristigen Strombeschaffung weist zwar eher auf sinkende Strompreise 2025 hin. Jedoch wirken die von den Übertragungsnetzbetreibern festgelegten Netzentgelte gegenläufig. Der Grund dafür ist eine gerechtere Verteilung der Netzentgelte, die etwa ein Viertel des Strompreises ausmachen. Diese Entwicklung der Strompreise kommt vor allem ländlichen Regionen in Nord- und Ostdeutschland sowie Bayern zugute. In diesen Gebieten zahlten die Stromkunden bisher sehr hohe Preise, da die Kosten für den Ausbau neuer Stromleitungen zu Wind- und Photovoltaikanlagen allein auf sie umgelegt wurden. Das wird sich nun ändern. Auch die Netzentgelte der Verteilnetzbetreiber werden mittelfristig stärker ansteigen, da die Kosten auf immer weniger Nutzer verteilt werden müssen. Ferner wurde zum 1. Januar 2025 der CO₂-Preis für Strom, der aus fossilen Energieträgern wie Erdgas und Kohle erzeugt wird, von derzeit 45 auf 55 € pro Tonne angehoben.

3. Geschäftsverlauf 2024

Die Entwicklung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage zum 31. Dezember 2024 beurteilen wir als außerordentlich erfreulich. Im Vorjahr wurde für das Jahr 2024 unter Berücksichtigung von Ergebnisbelastungen durch energiepolitische Risiken ein Jahresüberschuss in der Größenordnung von 45 Mio. € erwartet. Der Jahresüberschuss 2024 beläuft sich auf 78,3 Mio. € und ist maßgeblich durch Sondereffekte beeinflusst. Hier sind in erster Linie die teilweise Auflösung der Rückstellungen für das Wasserkartellverfahren sowie die deutliche Reduzierung der Drohverlustrückstellungen für energiewirtschaftliche Risiken zu nennen. Ferner haben sich die Energiebeschaffungspreise günstiger entwickelt als im Wirtschaftsplan angenommen.

Das Jahr 2024 war mit Abstand das wärmste seit Beginn flächendeckender Messungen. In Deutschland war es seit Messbeginn im Jahr 1881 noch nie so warm wie 2024, teilte der Deutsche Wetterdienst (DWD) mit. Nach den Zahlen des DWD lag das Temperaturmittel im Jahr 2024 mit 10,9 Grad Celsius um 2,7 Grad über dem Wert der international gültigen Referenzperiode 1961 bis 1990. Der sehr milde Winter 2023/2024 sowie das rekordwarme Frühjahr brachten zugleich ungewöhnlich hohe Niederschlagsmengen.

Aufwandsstruktur 2024



Der beschleunigte Erwärmungstrend habe sich 2024 fortgesetzt, nachdem er bereits 2023 und 2022 zu Höchstwerten geführt hatte. Die Sonnenscheindauer lag mit 1700 Stunden leicht über dem hierzulande typischen Mittel.

Das in den letzten beiden Jahren aufgrund krisenbedingter, mangelnder wettbewerbsfähiger Angebote eingestellte externe Geschäft haben wir im Laufe des Jahres 2024 wieder aufgenommen und werden es ab 2025 weiter forcieren.

Die, trotz gegenläufiger Ankündigungen, stetig zunehmende Bürokratie belastet die Unternehmen der Energiewirtschaft in besonderem Maße. Nachwirkungen der Energiepreisbremsen, Vorbereitung der Nachhaltigkeitsberichterstattung sowie des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes seien hier neben vielen weiteren neuen Verordnungen nur beispielhaft genannt.

Die nach wie vor schwache Konjunktur, allgemeine Energieeinsparungen sowie die warmen Wintermonate führten im Strom- wie auch im Gasvertrieb zu geringeren Absatzmengen. Gegenüber dem Wirtschaftsplan konnte das Betriebsergebnis 2024 mit 73,3 Mio. € (Plan: 21,8 Mio. €) deutlich übertroffen werden.

Das Beteiligungsergebnis lag mit 17,8 Mio. € wegen der bei der Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH zur Finanzierung der aufgrund der Energiewende erforderlichen Stromnetzinvestitionen vorgenommenen Einstellung des Ergebnisses in die Gewinnrücklage unter dem Planansatz (23,4 Mio. €).

Mit einem Unternehmensergebnis nach Steuern von 78,3 Mio. € konnte das Vorjahresergebnis von 70,6 Mio. € nochmals übertroffen werden. Es lag damit deutlich über den Planzahlen (41,9 Mio. €).

Im Geschäftsjahr 2024 standen den überwiegend preisbedingten Umsatzrückgängen (- 99,4 Mio. €) auch deutlich niedrigere Beschaffungskosten (- 96,7 Mio. €) gegenüber.

Das langjährige Kartellverfahren wegen angeblich überhöhter Wasserpreise in Wiesbaden im Zeitraum 2007 bis 2011 konnte nach langwierigen Diskussionen und Verhandlungen zu Beginn des Jahres 2025 mit einem Vergleich beendet werden. Die über der Vergleichssumme gebildete Rückstellung konnte daher aufgelöst werden und führte zusammen mit der Auflösung weiterer im Zuge der Energiekrise gebildeten Rückstellungen zu einem Sondereffekt, der das Jahresergebnis 2024 maßgeblich positiv beeinflusste.

3.1 Absatzentwicklung

Auch im Berichtsjahr 2024 war die Absatzentwicklung im Strom- und Gasvertrieb rückläufig. Die weiterhin schwächelnde Wirtschaft sowie die abermals milden Wintermonate waren dafür verantwortlich. Ferner machte sich bei den Absatzzahlen auch bemerkbar, dass wir bereits in 2023 unsere externen Vertriebsaktivitäten weitgehend zurückgefahren hatten, da wir durch unsere langfristig ausgerichtete strategische Energiebeschaffung gegenüber den Spotmarktangeboten der Discounter nicht wettbewerbsfähig waren.

Neben dem Stromabsatz, der sich vor allem aufgrund der erheblich zurückgegangenen Absatzzahlen außerhalb unseres originären Versorgungsgebietes, um 16,7 % signifikant verringerte, sank auch der Gasabsatz um 5,4 %. Die Wärmeabgabe stieg durch den kontinuierlichen Ausbau unserer Wärmeversorgung trotz des milden Winters um 14,4 %. Der Wasserabsatz verzeichnete einen leichten Anstieg um 2,2 %.

Absatzentwicklung

	Einheit	2024	2023	Veränderung
Strom	Mio. kWh	609	731	-16,7
Gas	Mio. kWh	1.461	1.545	-5,4
Wärme/Kälte	Mio. kWh	272	238	+14,4
Wassernetz	Mio. m ³	14,6	14,3	+2,2

3.2 Ertragslage

Ertragslage (Kurzfassung)

	2024 T€	2023 T€	Veränderung T€ %	
Umsatzerlöse	534.653	634.062	-99.409	-15,68
Materialaufwand	387.160	483.927	-96.767	-20,00
Rohertrag	147.493	150.135	-2.642	-1,76
Personalaufwand	55.317	52.026	3.291	6,33
übrige betriebliche Aufwendungen	36.261	49.684	-13.423	-27,02
übrige betriebliche Erträge ¹	33.022	9.067	23.955	264,20
Beteiligungsergebnis	17.765	30.534	-12.769	-41,82
EBITDA	106.702	88.026	18.676	21,22
Abschreibungen ²	24.638	14.570	10.068	69,10
EBIT	82.064	73.456	8.608	11,72
Zinsergebnis	2.218	1.281	937	73,15
Ergebnis vor Steuern	84.282	74.737	9.545	12,77
Ertragsteuern	5.544	3.939	1.605	40,75
sonstige Steuern	440	237	203	85,65
Ergebnis vor Ausgleichszahlung und Gewinnabführung	78.298	70.561	7.737	10,96
Einstellung in Gewinnrücklagen	0	10.000	-10.000	>100
Aufwendungen für Ausgleichszahlung	29.779	21.109	8.670	41,07
Aufgrund EAV abgeführter Gewinn	48.519	39.452	9.067	22,98
BILANZGEWINN	0	0	0	0,00

1 inkl. Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen und andere aktivierte Eigenleistungen

2 inkl. Abschreibungen auf Finanzanlagen

Das Jahresergebnis im Kalenderjahr 2024 war geprägt durch einige Sondereffekte, die trotz aller schwierigen Rahmenbedingungen für das beste Ergebnis der Unternehmensgeschichte sorgten. Das Unternehmensergebnis vor Ertragsteuern lag mit 83,8 Mio. € (Vorjahr 74,5 Mio. €) nochmals um 9,3 Mio. € über dem Vorjahreswert und damit auch deutlich über dem Planergebnis (45,5 Mio. €).

Die Umsatzerlöse verzeichneten im Geschäftsjahr 2024 aufgrund der Absatzminderungen und aufgrund gegenüber dem Vorjahr deutlich rückläufiger Preise mit 534,7 Mio. € (Vorjahr 634,1 Mio. €) einen signifikanten Rückgang um 99,4 Mio. €.

Hierbei ist festzuhalten, dass die Umsatzerlöse des Jahres 2023 aufgrund der durch den russischen Einmarsch in die Ukraine ausgelösten Energiekrise mit extremen Preisausschlägen exorbitant hoch waren.



Die Erlösstruktur zeigt sich in folgender Tabelle:

Umsatzerlöse 2024

	2024		2023		Veränderung	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Stromversorgung	200,1	37,4	268,9	42,4	-68,8	-25,6
Gasversorgung	206,0	38,5	241,1	38,0	-35,1	-14,5
Wärmeversorgung	46,0	8,6	40,5	6,4	5,5	13,5
Betriebsführung Wasserversorgung	29,8	5,6	25,8	4,1	4,0	15,5
Wasserverkauf an WLW	15,8	3,0	17,4	2,72	-1,6	-9,2
Konzerninterne Dienstleistungen	21,5	4,0	22,0	3,5	-0,5	-2,3
Sonstige	15,4	2,9	18,4	2,9	-3,0	-16,4
Umsätze lt. GuV	534,7	100,0	634,1	100,0	99,4	-15,7

In der Stromversorgung lagen die Umsatzerlöse aufgrund rückläufiger Absatzmengen und preisbedingt mit 25,6 % deutlich unter dem Vorjahreswert.

Die Erlöse in der Gasversorgung sanken ebenfalls durch zurückgegangene Absatzmengen und aufgrund gesunkener Preise um 14,5 %. Die Umsatzerlöse der Wärmeversorgung stiegen vor allem durch die erhöhten Absatzmengen um 13,5 % an.

Aus der Verpachtung und der Betriebsführung des Wassernetzes an den städtischen Eigenbetrieb „Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden“ (WLW) resultieren Umsatzerlöse in Höhe von 29,8 Mio. €. Die Erlöse aus dem Wasserverkauf in Höhe von 15,8 Mio. € betreffen die Weitergabe der durch den Vorlieferanten in Rechnung gestellten Wasserbezugskosten an den Eigenbetrieb. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist durch die Weitergabe von Bezugskosten senkungen verursacht.

Die Erlöse aus konzerninternen Dienstleistungen beinhalten insbesondere Erlöse aus technischen und kaufmännischen Dienstleistungen an die Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH sowie aus der Verpachtung von Kabelinfrastruktur an unsere Tochtergesellschaft WiTCOM GmbH.

Die sonstigen Umsatzerlöse verminderten sich vor allem durch die Übertragung des Straßenbeleuchtungsnetzes auf die sw netz zum 1. Januar 2024. Sie beinhalten Erträge aus Nebengeschäften (12,3 Mio. €), der betriebseigenen Tankstelle (0,9 Mio. €) sowie Erträge aus der Auflösung passivierter Ertragszuschüsse (2,2 Mio. €).

Der Rückgang der Umsatzerlöse korrespondiert auch weitgehend mit der preis- und mengenbedingten Reduktion des Materialaufwandes gegenüber dem Vorjahr um 96,8 Mio. €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringerten sich um 13,4 Mio. €. Dieser Rückgang ist vor allem darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr Rückstellungen für preisliche und absatzwirtschaftliche Risiken gebildet wurden.



Der Personalaufwand verzeichnete hauptsächlich durch die Tarifsteigerung einen Anstieg um 3,3 Mio. € (6,3 %).

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände lagen dagegen mit 15,7 Mio. € aufgrund der zunehmenden Investitionstätigkeit über dem Vorjahreswert (14,6 Mio. €).

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen (9,0 Mio. €) betreffen hauptsächlich Risikovorsorgen im Rahmen der Bewertung langfristiger Ausleihungen und Beteiligungen.

Das Betriebsergebnis (Ergebnis vor Steuern ohne Beteiligungs- und Zinsergebnis sowie Abschreibung auf Finanzanlagen) lag mit 73,3 Mio. € deutlich um 30,3 Mio. € über dem Vorjahr. Im Wesentlichen resultiert dies aus der Auflösung der Rückstellungen sowie aus deutlich gesunkenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Das Beteiligungsergebnis (ohne Abschreibungen auf Finanzanlagen) verminderte sich. Dieses war im Vorjahr durch eine Sonderausschüttung der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG in Höhe von 10,0 Mio. € geprägt.

Das positive gestiegene Zinsergebnis in Höhe von 2,2 Mio. € resultierte aus höheren Zinserträgen durch Tages- bzw. Monatsgeldanlagen der vorhandenen Liquidität sowie der Zinszahlungen für gewährte Gesellschafterdarlehen.

Gemäß Ergebnisabführungsvertrag mit der WVV Wiesbaden Holding GmbH wird das Unternehmensergebnis nach Steuern von 78,3 Mio. € (Vorjahr 70,6 Mio. €) nach Leistung einer Ausgleichszahlung an den Minderheitsaktionär vollständig an die WVV Wiesbaden Holding GmbH abgeführt.

Zur Stärkung des Eigenkapitals ist im Anschluss eine Kapitalerhöhung durch die Gesellschafter in Höhe von 10 Mio. € vorgesehen.

3.3 Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2024 wurden Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von 27,5 Mio. € (Vorjahr 27,3 Mio. €) getätigt. Die Gesamtinvestitionen (inkl. Finanzanlagen) setzen sich wie folgt zusammen:

Gesamtinvestitionen 2024

	2024 Mio. €	2023 Mio. €
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,5	0,1
Sachanlagen	24,8	25,3
Finanzanlagen	2,2	1,9
Gesamt	27,5	27,3

Die Investitionen entfielen auf folgende Unternehmensbereiche:

Investitionen

	2024	2023
Stromversorgung	568	524
Gasversorgung	2.393	2.139
Wasserversorgung	7.867	5.922
Wärmeversorgung	8.561	9.995
Telekommunikation	1.259	919
Sonstige Bereiche	1.173	376
Gemeinsame Bereiche	3.426	5.599
Beteiligungen (Finanzanlagen)	2.206	1.868
Summe	27.453	27.342

Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände enthalten Lizenzkäufe und Lizenzerweiterungen für Software.

Die Investitionen in Sachanlagen beinhalten neben den Herstellungskosten für die neue Fernwärmepumpstation im Wesentlichen den Ausbau und die routinemäßige Erneuerung der Versorgungsnetze. Ferner sind die Errichtungskosten für unser ESWE Charge Center enthalten.

Während sich die Erneuerungsmaßnahmen aus der Störanfälligkeit und dem Alter des bestehenden Netzes ergeben, sind bei den Erweiterungen vorrangig die Erschließungsmaßnahmen im Bereich der Wärmenetze zu nennen.

Bei den Investitionen in Finanzanlagen handelt es sich hauptsächlich um kapitalisierte Zinsen aus der Ausleihung an die MHKW Wiesbaden GmbH (MHKW).

Kapitalflussrechnung nach DRS 21 in Mio. €

	2024 T€	2023 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	68,2	47,3
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-5,0	8,9
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-86,7	-41,8
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	-23,5	14,4
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	45,0	30,6
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	21,5	45,0

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit verzeichnete im Berichtsjahr einen starken Anstieg vor allem infolge des höheren um zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen bereinigten Jahresergebnisses und einer geringeren Mittelbindung im Umlaufvermögen. Aus der Investitionstätigkeit ergab sich insgesamt ein Mittelabfluss, da vor allem Beteiligungserträge geringer ausfielen. Die Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit erhöhten sich dagegen signifikant. Ausschlaggebend waren höhere Auszahlungen im Rahmen der Ergebnisabführung. Bei einem negativen Gesamt-Cashflow in Höhe von -23,5 Mio. € verfügt das Unternehmen zum 31. Dezember 2024 über einen Finanzmittelfonds von 21,5 Mio. € (Vorjahr: 45,0 Mio. €), der ausschließlich Bankguthaben umfasst.

Laufende Instandsetzungsmaßnahmen und Investitionen wurden weitgehend fremdfinanziert. Der Bestand an langfristigen Bankdarlehen ist im Berichtsjahr durch die Neuaufnahme von zwei Darlehen über je 10 Mio. € gestiegen. Durch planmäßige Tilgungen in Höhe von 10,6 Mio. € beträgt der Darlehensstand zum Bilanzstichtag 119,9 Mio. € (Vorjahr: 110,7 Mio. €). Der Zinsaufwand für diese langfristigen Darlehen erhöhte sich durch die realisierten Darlehensaufnahmen, steigende Zinskonditionen und die vorgenommenen Tilgungen im Berichtsjahr von 1,5 Mio. € im Vorjahr auf nunmehr 2,0 Mio. €. Darüber hinaus bestehen weiterhin Kreditlinien in Höhe von 37,1 Mio. €, die zum 31.12.2024 nicht in Anspruch genommen werden mussten.

Die Zahlungsfähigkeit der ESWE Versorgungs AG war im Berichtsjahr jederzeit sichergestellt.

3.4 Vermögenslage

Die Bilanzstruktur der ESWE Versorgungs AG stellt sich wie folgt dar:

Vermögenslage Bilanz (Kurzfassung)

	2024 T€	2023 T€	Veränderung T€ %	
Anlagevermögen	375.307	370.421	4.886	1,32
Immaterielle Vermögensgegenstände	877	658	219	33,28
Sachanlagen	209.240	197.803	11.437	5,78
Finanzanlagen	165.190	171.960	-6.770	-3,94
Umlaufvermögen inkl. RAP	83.796	110.766	-26.970	-24,35
Vorräte	18.356	15.439	2.917	18,89
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	43.316	46.747	-3.431	-7,34
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	21.543	44.992	-23.449	-52,12
Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)	581	3.588	-3.007	-83,81
Bilanzsumme (Aktiva)	459.103	481.187	-22.084	-4,59
Eigenkapital	126.570	126.570	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	27.685	28.009	-324	-1,16
Rückstellungen	91.974	111.630	-19.656	-17,61
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	119.911	110.748	9.163	8,27
Übrige Verbindlichkeiten	92.963	104.164	-11.202	-10,75
Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)	0	66	-66	>100
Bilanzsumme (Passiva)	459.103	481.187	-22.084	-4,59

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr von 481,2 Mio. € um 22,1 Mio. € auf 459,1 Mio. € zurückgegangen. Auf der Aktivseite hat sich das Anlagevermögen bei Zugängen in Höhe von 27,2 Mio. €, Umbuchungen von 3,0 Mio. €, Anlagenabgängen (inkl. Übertragungen) von 0,7 Mio. € und Abschreibungen von 24,6 Mio. € um insgesamt 4,9 Mio. € erhöht. Ursächlich für diesen Anstieg sind die Erweiterungsinvestitionen in unser Verteilnetz, die deutlich über den Abschreibungen liegen. Hier ist insbesondere der Ausbau der Fernwärme zu nennen.

Im Umlaufvermögen (inkl. Rechnungsabgrenzungsposten) sind insbesondere die Guthaben bei Kreditinstituten zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunken (-23,5 Mio. €). Der Vorjahreswert war insbesondere durch eine deutliche geringere Mittelbindung und Kundenguthaben aufgrund der Energiepreisbremse geprägt. Die Energiepreisbremsen sind zum Jahreswechsel 2023/24 ausgelaufen. Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände verminderten sich zum Bilanzstichtag auf 43,3 Mio. € (Vorjahr 46,7 Mio. €). Dies resultiert vor allem aus dem Rückgang der Forderungen gegen verbundene Unternehmen sowie der sonstigen Vermögensgegenstände.

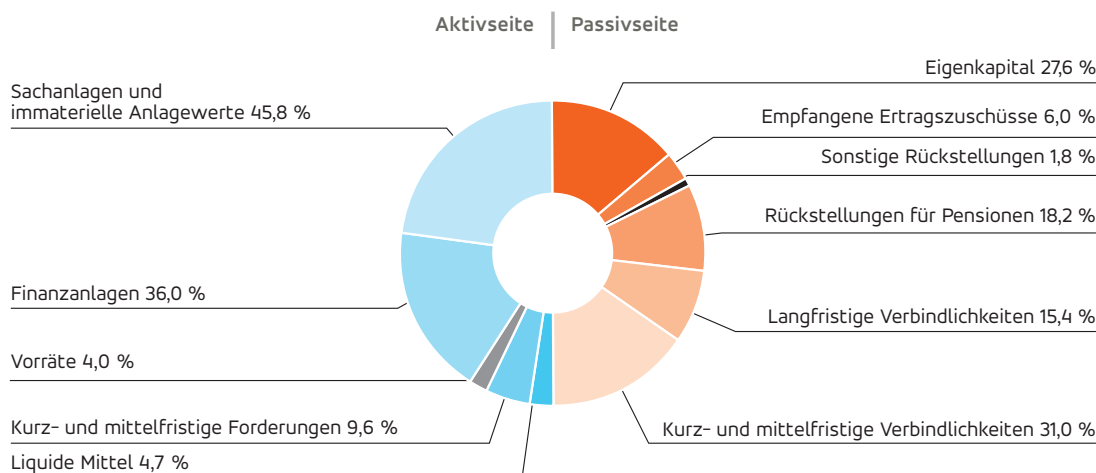
Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, haben sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht.

Auf der Passivseite hat sich die Eigenkapitalquote durch die geringere Bilanzsumme von 26,3 % im Vorjahr auf nunmehr 27,6 % leicht erhöht. Die Rückstellungen verminderten sich vor allem durch die teilweise Auflösung der für das Wasserkartellverfahren gebildeten Risikovorsorge um 19,7 Mio. € auf nunmehr 92,0 Mio. €.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich bei Neuaufnahmen von Darlehen (20,0 Mio. €) und planmäßigen Tilgungen (10,6 Mio. €) von 110,7 Mio. € auf 119,9 Mio. € erhöht.

Die übrigen Verbindlichkeiten sind hauptsächlich durch geringere Kundenguthaben zurückgegangen.

Bilanzstruktur 2024



3.5 Erläuterungen zu den Tätigkeitsbereichen gemäß § 6b Abs. 7 S.4 EnWG

Gemäß § 6b EnWG ist im Lagebericht auf die Tätigkeiten im Sinne des § 6b Absatz 3 EnWG einzugehen. Die Berichtspflicht erfüllte die ESWE Versorgungs AG mit ihren Tätigkeitsabschlüssen 2024. In der Rechnungslegung führen wir als vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionierung jeweils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Elektrizitäts- und Gasverteilung, für andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors sowie für andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

Für die Elektrizitäts- und Gasverteilung sowie die öffentliche Infrastruktur und den Messstellenbetrieb erstellen wir jeweils eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung sowie einen Anlagenspiegel nebst Erläuterungen zu den Tätigkeitsabschlüssen.

Gemessen am Gesamtumsatz des Elektrizitätssektors von 217,1 Mio. € weist der Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung im Berichtsjahr einen vergleichsweise geringen Umsatz von 13,2 Mio. € aus. Auch der Tätigkeitsbereich Gasverteilung ist mit einem Umsatz von 40,1 Mio. € im Berichtsjahr gemessen am Gesamtumsatz des Gassektors von 244,0 Mio. € von vergleichsweise untergeordneter Bedeutung.

Der Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung verzeichnete im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss von 338 T€ (Vorjahr: 568 T€). Im Tätigkeitsbereich Gasverteilung wurde ein geringer Jahresüberschuss von 0,8 Mio. € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 0,3 Mio. €) (jeweils vor interner Ergebnisabführung) erreicht werden. Die Investitionen in die Netzinfrastruktur der Gasverteilung beliefen sich im Berichtsjahr auf 3,3 Mio. €.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Die aktuellen Entwicklungen in der deutschen Energiepolitik und der Energiewende stellen Akteure unterschiedlicher Branchen vor eine Vielzahl neuer und extremer Herausforderungen. Die energie- und klimapolitischen Vorgaben sind dabei eindeutig: Alle Sektoren sollen und müssen umfassend transformiert werden. Dies soll durch effizientere Energienutzung, den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien, die Implementierung innovativer Technologien und die fortschreitende Digitalisierung der Energiewirtschaft erreicht werden.

Themen wie Dekarbonisierung, Digitalisierung sowie weitere regulatorische Anforderungen stehen im Fokus unserer Unternehmensstrategie. Diese Herausforderungen bieten aber auch enorme Chancen. Die ab 2026 für Wiesbaden vorgeschriebene Kommunale Wärmeplanung und deren Umsetzung bietet für die ESWE Versorgungs AG und deren

Netztöchter sw netz viele Chancen zur Ausweitung und Stärkung ihrer Geschäftstätigkeit. Allerdings werden zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045 massive Investitionen erforderlich. Dies bedingt einen erheblichen Finanzierungsbedarf. Weitreichende Förderprogramme und Stärkung der Eigenkapitalausstattung sind daher unumgänglich. Nachdem wir in den vergangenen Jahren fehlende zuverlässige politische Rahmenbedingungen angemahnt hatten, hoffen wir, dass die neue Bundesregierung sich dieses Themas annimmt und zeitnah verlässliche Rahmenbedingungen setzt. So wurde Mitte März eine Änderung des Grundgesetzes verabschiedet und die Einrichtung eines Sondervermögens Infrastruktur vereinbart. 100 Mrd. € sollen daraus über den Klima- und Transformationsfonds (KTF) in den Klimaschutz investiert werden. Das Klimaneutralitätsziel bis 2045 wurde dabei zusätzlich in die Verfassung aufgenommen. Dies wird in der Fachwelt einerseits kritisch gesehen, da sich der Staat dadurch erhebliche politische und wirtschaftliche Einflussmöglichkeiten verschaffen können, die durchaus die unternehmerische und persönliche Freiheit einschränken könne, andererseits stellt dieses Vorgehen sicher, dass die Zielvorgabe nun verlässlich ist.

Für das aktuelle Geschäftsjahr sehen wir uns mit rückläufigen Margen, steigenden Kosten und einem intensiveren Wettbewerb konfrontiert, was sich auf unsere Ergebnisentwicklung und Investitionsplanung auswirken kann. Das aktuelle Zinsniveau am Kapitalmarkt kann sich weiterhin negativ auf die Refinanzierungskosten und infolgedessen belastend auf die Verschuldung auswirken. Die Unsicherheiten durch die Entwicklungen der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Energieumfeld bestehen weiter, ebenso die generelle Bedrohungslage durch Cyberangriffe. Steigende regulatorische und gesetzliche Anforderungen, zunehmende Komplexität und Dynamik haben Auswirkungen auf unser Geschäftsmodell. Diese Faktoren beeinflussen die Planungsunsicherheiten bei Investitionsprojekten, insbesondere im Hinblick auf umfangreiche Vorhaben im Bereich der Energie- und Wärmewende. Es können sich auch Chancen ergeben, insbesondere im Bereich der Elektromobilität. Der Wettbewerb im Neukunden- und Bestandsgeschäft bleibt weiterhin herausfordernd, geprägt von steigenden Risiken durch schwankende Preise.

Energiepolitisches Umfeld

Mit der Energiewende werden in Deutschland gleich mehrere Ziele verfolgt: die Reduktion von Treibhausgasemissionen, der Ausbau erneuerbarer Energien und die Verbesserung der Energieeffizienz.

Die Umsetzung der Energiewende mit dem Ziel bis 2045 klimaneutral zu sein, stellt eine besondere Herausforderung dar, da neben dem notwendigen Finanzierungsbedarf insbesondere auch zusätzliche Mitarbeitende und Dienstleistungsunternehmen notwendig sind, um den Umbau der Energieversorgung umzusetzen. Dies vor dem Hintergrund des allgemeinen Fachkräftemangels und der Tatsache, dass in den nächsten Jahren die sogenannten „Babyboomer“ aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Nach wie vor erschwe-



ren bzw. verzögern langwierige Genehmigungsprozesse und fehlende Grundstücksflächen den notwendigen Umbau zusätzlich.

Der aktuell vorliegende Koalitionsvertrag hat die bisherigen Klimaziele bestätigt und setzt dabei wichtige Akzente für die Energiewirtschaft, die Digitalisierung und den Bürokratieabbau. Der im Vertrag enthaltene Fokus auf Bezahlbarkeit, Kosteneffizienz und Versorgungssicherheit ist wichtig für das Gelingen der Energiewende.

Konjunkturelles Umfeld

Die Konjunktur-Prognosen für Deutschland sind auch für das neue Jahr verhalten. Die Bundesregierung, alle Institute, der Sachverständigenrat und wichtige Banken trauen der deutschen Wirtschaft auch für 2025 allenfalls noch ein kleines Wachstum zu. 2023 und auch 2024 war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland sogar leicht geschrumpft.

Die deutsche Wirtschaft steckt damit in der größten Krise der Nachkriegsgeschichte. Strukturwandel und Unsicherheit aufgrund der prekären geopolitischen Lage lähmen vor allem die Industrieproduktion und den Export. Die Inflationsrate, die sich zwischenzeitlich durch einige Zinssenkungen der EZB wieder deutlich Richtung 2 % Ziel entwickelt hatte, wird durch das jüngst beschlossene Sondervermögenpaket vermutlich deutlich nach oben gehen und entsprechende Zinssteigerungen mit sich bringen. Ein Übermaß an Bürokratie sowie der demografische Wandel mit dem Mangel an Arbeitskräften bremst die Wachstumskräfte.

Deutschland dürfte damit auch im neuen Jahr Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum in Europa werden. Das erwarten zumindest die EU-Kommission und der Internationale Währungsfonds in ihren Prognosen. Hohe Erwartungen ruhen daher auf der nächsten Bundesregierung. Sie muss dringend nötige Reformen auf den Weg bringen.

Geschäftsentwicklung

Wir erwarten für das Geschäftsjahr 2025 auf Basis unserer Wirtschaftsplanung ein robustes und gutes Unternehmensergebnis vor Ertragsteuern (EBT), das jedoch deutlich unter den durch Sondereffekte und die Marktsituation beeinflussten Ergebnissen der Jahre 2023 und 2024 liegen wird. Von einer entsprechenden Entwicklung ist auch vom Betriebsergebnis und dem Beteiligungsergebnis auszugehen.

Gemäß Wirtschaftsplan gehen wir für 2025 von einem Unternehmensergebnis vor Ausgleichszahlung und Gewinnabführung von ca. 36 Mio. € aus.

Das Berichtsjahr war durch einige Sondereinflüsse bestimmt, die in dieser Ausprägung für 2025 nicht erwartet werden. Neben dem durch den jüngsten Tarifabschluss und der notwendigen Steigerung der Beschäftigtenzahl verursachten deutlichen Anstieg des Personalaufwandes sowie der Kostensteigerungen insbesondere im Baubereich erwarten wir ein geringeres Beteiligungsergebnis, wobei der Rückgang hier im einstelligen Millionenbereich liegen wird.



Ferner wird durch die geplanten Investitionen im Zusammenhang mit der Energie- bzw. Wärmewende entsprechender Finanzierungsbedarf entstehen, der den Zinsaufwand entsprechend erhöhen wird. Die derzeit steigenden Zinsen für langfristige Darlehen werden diesen Trend noch verstärken.

Im Wirtschaftsplan erwarten wir im Stromvertrieb künftig wieder steigende Absatzzahlen, während im Gasvertrieb zunächst mit eher gleichbleibenden Absatzmengen gerechnet wird. Im Wärmevertrieb gehen wir durch den Anschluss einiger neuer Kunden von permanent ansteigenden Absatzzahlen aus.

Das Investitionsvolumen wird sich in den nächsten Jahren nochmals erheblich steigern. Die Energie- bzw. Wärmewende bedingt einen massiven Ausbau unseres Strom-, bzw. Wärmenetzes.

Wir gehen in der Wirtschaftsplanung von einer Eigenkapitalquote auf Vorjahresniveau und damit von dauerhaft über 25 % aus.

Trotz dieser zunehmend schwieriger werdenden Rahmenbedingung sieht unsere Mittelfristplanung für die Jahre bis 2029 stabile Ergebnisse vor, die jedoch deutlich unter den durch Sondereinflüsse geprägten beiden Vorjahresergebnissen liegen.

Chancenbericht

Mit unserer Beteiligung am derzeit im Bau befindlichen Müllheizkraftwerk in Wiesbaden erhalten wir durch die Auskopplung der Wärme und deren Einspeisung in unser Netz die Chance, die im Rahmen der Energiewende so wichtige Fernwärme ökologisch und ökonomisch zu erzeugen und so dem zunehmenden Wärmebedarf in Wiesbaden ortsnah zu begegnen. Wir können so unsere derzeit mit Erdgas befeuerten Heizwerke sukzessive zurückfahren.

Chancen erkennen wir auch durch die Digitalisierung der Geschäftsprozesse. Digitale Technologien ermöglichen eine präzisere Steuerung von Energieflüssen, was Ressourcen spart und Kosten senken kann. Das Internet der Dinge (IoT) vernetzt Geräte wie intelligente Thermostate oder smarte Zähler, die den Energieverbrauch in Echtzeit überwachen und optimieren können. Intelligente Netze (sog. Smart Grids) können sich an den Energieverbrauch anpassen, Lastspitzen glätten und die Zuverlässigkeit erhöhen. Die Digitalisierung bietet Potential für Energiedienstleister wie die ESWE Versorgungs AG. Wir haben bereits viele Prozesse automatisiert, und mit der Einführung unserer „Smart-Home“-Lösungen haben wir neue Vertriebsprodukte für unsere Kunden auf den Markt gebracht. Unser Portfolio an energienahen Dienstleistungen bauen wir kontinuierlich aus. Für Geschäftskunden entwickeln wir neben maßgeschneiderten Energielieferverträgen Ideen und Versorgungskonzepte, die langfristig Energieverbräuche und damit Kosten senken. Hier sehen wir mittelfristig großes Potential, unsere Kernkompetenzen entsprechend zu erweitern und somit neue Ertragspotentiale zu generieren.

Derzeit analysieren wir, ob und wie durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) Prozesse optimiert und neue Energiedienstleistungen generiert werden können. Die KI bietet die Möglichkeit, unsere Versorgungsnetze zu optimieren, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln und Verbesserungen der Dienstleistungen zu erreichen. Mit Hilfe der KI wird die Effizienz des Unternehmens gesteigert werden können. Ferner erhoffen wir uns dadurch Entlastungen für unsere Mitarbeitenden, um den Transformationsprozess erfolgreich meistern zu können. Auch die Kundenzufriedenheit möchten wir durch den Einsatz von KI erhöhen.

Für die Zukunft sehen wir weitere Geschäftschancen insbesondere in den Themen Breitbandausbau und Wasserstoff, für die bereits Strategieprojekte in Gang gesetzt wurden.

So sehen wir uns ausreichend gerüstet und streben an, aus den Chancen, die sich ergeben, neue wirtschaftliche Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Risikobericht

Im Risikobericht stellen wir die für unser Unternehmen bedeutsamsten Risiken dar. Die Reihenfolge der dargestellten Risiken entspricht unserer aktuellen Einschätzung des relativen Risikoausmaßes und gibt einen Anhaltspunkt für die gegenwärtige Bedeutung des Risikos.

Energiepolitische Risiken

Die Veränderungen des energiewirtschaftlichen Umfelds, einhergehend mit stetigen Anpassungen der politischen sowie der regulatorischen Rahmenbedingungen, stellen wesentliche Risiken für unsere Geschäftsentwicklung dar. Hinzu kommt eine Flut an zusätzlichen bürokratischen Vorschriften, die kaum noch zu bewältigen sind.

Die Umsetzung der klimapolitischen Ziele sowie die weitere Entwicklung der geopolitischen Krise haben wesentliche Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf und insbesondere auf unsere Vermögens- und Ertragslage.

Risiken Kapitalbedarf

Die Unsicherheiten an den Energiemärkten, die daraus entstehenden Risiken für Energieversorger sowie der immense Kapitalbedarf zur Umsetzung der Energiewende erschweren auch den generellen Zugang zu Finanzmitteln. Durch das von der Bundesregierung jüngst beschlossene Milliardenpaket (Sondervermögen) sowie die von den USA diskutierten Zollandrohungen zeigen sich die Fremdkapitalmärkte derzeit erschüttert. Renditen für Anleihen schnellen in die Höhe, Bankdarlehen verteuern sich. Gleichzeitig zwingen restriktivere Regulierungen und verschärfte Kreditvergaberichtlinien hiesige Unternehmen, ihre Finanzierungsstrategien kritisch zu hinterfragen. Die Kreditgeber reagieren auf die Unsicherheiten und zeigen sich bei Finanzierungsanfragen wesentlich kritischer als in der Vergangenheit. Vor dem Hintergrund der anstehenden Investitionen auf dem Weg zur Klimaneutralität und den Klimazielen 2030 ist hier mit einer deutlichen Zunahme der Komplexität zu rechnen. Insofern ist ein permanenter Austausch zwischen Energieversorger und Kreditgebern, aber auch mit den Gesellschaftern, zwingend erforderlich.

Marktpreisrisiken

Das größte Risikopotential im Vertrieb steckt weiterhin im Marktpreisrisiko. Da das Verbrauchsverhalten derzeit nur schwer abschätzbar ist, können sowohl steigende als auch fallende Marktpreise Risiken bergen. Die Wechselbereitschaft der Kunden befindet sich aktuell auf einem Rekordhoch. Hauptgrund dieser Wechselbereitschaft sind die hohen Preise. Der Wettbewerb im Neukunden- und Bestandsgeschäft bleibt daher ausgesprochen herausfordernd.

In der Energiebeschaffung wird die Prognose der für unsere Kunden zu beschaffenden Mengen immer schwieriger und komplexer. Mit der Umsetzung der BNetzA-Festlegungen zum Lieferantenwechsel in 24 Stunden ab Mitte 2025 verstärkt sich dieser Trend sicher noch. Durch Dunkelflauten im Winter und Negativpreisen im Sommer aufgrund eines Überangebots an Strom nehmen die Strompreisschwankungen an den Spotmärkten permanent zu. Dies birgt Chancen und Risiken gleichermaßen.

Die Überwachung und Steuerung dieser Portfolio- und der Preisrisiken erfolgt durch unser Energieisiko-Komitee, welches Limite und Beschaffungsstrategien festlegt.

Ausfallrisiken von Forderungen.

Die Zahl der Firmenpleiten und der Privatinsolvenzen hat im Verlauf des Jahres 2024 deutlich zugenommen. Creditreform rechnet damit, dass sich dieser Trend im Jahr 2025 noch verstärkt. Die anhaltende Konjunkturschwäche, die Krisen der vergangenen Jahre sowie



Erneuerung einer Armaturengruppe der 16 bar Gashochdruckleitung im Wäschbachtal.

teilweise massive Kostensteigerungen verbunden mit zunehmender Arbeitslosigkeit werden auch die Zahlungsfähigkeit unserer Kunden beeinflussen. Dem Risiko des Ausfalls von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen tragen wir durch ein aktives Forderungsmanagement sowie Bildung von entsprechenden Wertberichtigungen Rechnung.

Risiken im Netzgeschäft

Im Netzgeschäft ergeben sich neben den allgemeinen Regulierungsrisiken insbesondere Risiken für künftige Geschäftsergebnisse durch die stark gestiegenen Baukosten bzw. Fremdleistungen. Hinzu kommen neben gestiegenen Zinsen auch der erforderliche Personalbedarf und hohe Tarifabschlüsse. So ist zu befürchten, dass die Kosten die festgelegte Erlösobergrenze übersteigen werden. Zusätzlich führt die Verzögerung des Rollouts für intelligente Messsysteme, durch die höhere Anlaufkosten entstehen, weiterhin zu Ergebnisbelastungen.

Die Risiken aus dem Netzgeschäft belasten im Wesentlichen das Ergebnis unserer Stromnetztochter, der Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH, und haben über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag auch unmittelbare Auswirkungen auf unser Geschäftsergebnis.

Die Anforderungen an einen Netzbetreiber sind in den letzten Jahren durch die zunehmende dezentrale Einspeisung und volatile Ausspeisung enorm gestiegen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien erfordert ein erheblich dynamischeres Wachstum im Netzgeschäft als bisher angenommen. Dies erfordert neben den weiterhin zwingend umzusetzenden Netzausbau und Optimierungsmaßnahmen eine Verstärkung des Netzgeschäfts hinsichtlich Ressourcen und Finanzbedarf.

Die im Zuge der Energie- bzw. Wärmewende notwendigen Investitionen in die Netzinfrastruktur sowie die Dekarbonisierung des Gasnetzes und der eventuell notwendige Rückbau des Gasnetzes bergen das Risiko, dass einerseits inflationsbedingte Kostensteigerungen nicht vollständig in der Erlösobergrenze berücksichtigt werden, andererseits der prognostizierte Hochlauf nicht in dem erwarteten Maße erfolgt, und somit nicht auskömmliche Erlöse generiert werden. Der zunehmende Kapitalbedarf stellt eine enorme Herausforderung dar. Neben zwingend erforderlichen Förderprogrammen muss auch entsprechendes Eigenkapital zur Verfügung gestellt werden, um den Finanzierungsbedarf sicherstellen zu können.

Am 16. Januar 2025 hat die Bundesnetzagentur (BNetzA) im Rahmen des Prozesses „Netze. Effizient. Sicher. Transformiert“ (NEST) einen umfassenden Zwischenstand zur Weiterentwicklung des künftigen Regulierungsrahmens für Stromverteilernetzbetreiber sowie Gasverteiler- und Gasfernleitungsnetzbetreiber veröffentlicht. Nach Ansicht der Branche droht hier eine massive Kürzung der Renditen, sodass der dringend notwendige Netzausbau gefährdet ist, da er nicht wirtschaftlich zu realisieren ist. Daher wird dringend entsprechender Überarbeitungs- und Anpassungsbedarf erwartet.



Risiko IT-Sicherheit und Cyberangriffe

Cyberangriffe gegen Betreiber kritischer Infrastrukturen sowie deren Dienstleister stellen eine zunehmend steigende Bedrohungslage dar und bergen Risiken für das Unternehmen. Daher haben wir bereits vor Jahren eine Stabsstelle „IT-Sicherheitsbeauftragter“ eingerichtet. Wesentliches Ziel des Informations-Sicherheitsbeauftragten ist neben einem angemessenen Schutz von Unternehmensinformationen daher die Erhöhung der Cyber-Resilienz zur Vermeidung von Sicherheitsvorfällen und im Falle des Auftretens die schnelle und sorgfältige Behandlung derselben sowie ein hohes Sicherheitsbewusstsein bei den Mitarbeitenden zu generieren.

Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten

Die ESWE Versorgungs AG ist im Rahmen der Verwendung von Finanzinstrumenten, die insbesondere die von der Gesellschaft ausgereichten Kredite und Forderungen sowie die Darlehen bei Kreditinstituten betreffen, im Wesentlichen Zinsänderungs- und Ausfallrisiken ausgesetzt.

Das Ausfallrisiko aus finanziellen Vermögenswerten besteht in der Gefahr des Ausfalls eines Vertragspartners daher maximal in Höhe der positiven Zeitwerte der Forderungen gegen den jeweiligen Kontrahenten. Dieses Risiko wird bei der ESWE Versorgungs AG als nicht wesentlich eingestuft, da Geldanlagen nur an Kontrahenten einwandfreier Bonität erfolgen. Kredite werden derzeit nur im Rahmen der Konzernfinanzierung an verbundene Unternehmen vergeben.

Für die aufgenommenen Darlehensverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten besteht das Risiko steigender Marktzinsen. Das Zinsänderungsrisiko ist jedoch durch Vereinbarungen langfristiger Zinsbindungsfristen deutlich vermindert. Ferner erfolgt eine permanente Beobachtung des Geld- und Kapitalmarktes, um rechtzeitig auf Zinssteigerungstendenzen reagieren zu können. Künftige Kapitalbedarfe werden frühzeitig ermittelt und im Rahmen des aktiven Zinsmanagements, welches wir in den letzten Jahren sukzessive ausgebaut haben, gedeckt.

5. Risikomanagement

Das Risikomanagementsystem (RMS) von ESWE dient der Früherkennung, Bewertung und Steuerung interner und externer Risiken. Das interne Kontrollsystem (IKS) unterstützt die Einhaltung von Gesetzen und interner und externer Vorgaben (Compliance), sichert wesentliche Geschäftsprozesse ab und gewährleistet eine ordnungsgemäße Berichterstattung. RMS und IKS werden bei ESWE in Methode und Durchführung unter einem einheitlichen Ansatz als integriertes Risikomanagement umgesetzt.

Risiken sind mögliche zukünftige Entwicklungen oder Ereignisse, die zu einer für ESWE negativen oder positiven Zielabweichung führen können (Risiko im engeren Sinne bzw. Chance). Diese Zielabweichungen können sich im strategischen Bereich, im Finanzbereich, im operativen Bereich und im Rechts- und Compliance-Bereich inklusive der Finanzberichterstattung ergeben. Neben den finanziellen Zielabweichungen können sich Risiken auch auf die Reputation, die Strategie oder Prozesse von ESWE auswirken.

Der grundlegende risikopolitische Rahmen für die Geschäftstätigkeit von ESWE wird durch die Risikostrategie festgelegt. Neben Leitlinien für die Steuerung der Risiken werden darin Vorgaben zur Bestimmung der Risikoneigung sowie eindeutige Risikolimits zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit von ESWE definiert.

Ein regelmäßiges, tagesverfügbares, Berichtswesen an den Vorstand und den Aufsichtsrat sorgt für hohe Transparenz hinsichtlich des aktuellen Risikoprofils und der Wirksamkeit des IKS sowie für die kontinuierliche Überwachung der risikopolitischen Vorgaben bei ESWE.

Wesentliche Merkmale des RMS und IKS

Der RMS-Prozess erfolgt in Anlehnung an und Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere nach § 91 Abs. 2 Aktiengesetz in Verbindung mit dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG)

Die Schwerpunkte des RMS-Prozesses liegen auf der jährlichen Risikoinventur, die parallel zur Planung stattfindet, sowie der Wirksamkeitsbeurteilung der Risikosteuerungsmaßnahmen. Im Rahmen der Risikoinventur werden in allen Gesellschaften der ESWE Gruppe die wesentlichen Risiken der Geschäftstätigkeit ermittelt und auf Gruppenebene zusammengefasst.

Über einen Eilmeldeprozess für neue Risiken und die jederzeit mögliche Aktualisierung von Fokusrisiken kann und soll sichergestellt werden, dass wesentliche unterjährige Veränderungen im Risikoinventar zeitnah erfasst werden.

Zur Sicherstellung der Wirksamkeit von Kontrollen und Risikosteuerungsmaßnahmen findet jährlich eine Selbstbeurteilung der Wirksamkeit statt. Die systematische Risikoidentifikation ist über die Vorgabe von Risikotypen (z. B. Strategische Risiken, Finanzrisiken, Operative Risiken und Compliance-/Rechtsrisiken) angelegt.

Die Bewertung der Risiken erfolgt anhand der Bruttoeintrittswahrscheinlichkeit und der Bruttoschadenshöhe für jedes einzelne Geschäftsjahr. Die Steuerung der Risiken erfolgt über Kontrollen und Risikosteuerungsmaßnahmen, die zu jedem Risiko dokumentiert werden. Durch Berücksichtigung der Minderungswirkung der Kontrollen und Maßnahmen ergibt sich die Nettobewertung des Risikos.

Die Energiehandelsaktivitäten von ESWE unterliegen darüber hinaus gesonderten Risikorichtlinien, die spezifisch auf den Energiehandel ausgerichtete Instrumente zur Risikomessung und -steuerung sind.

Der Vorstand von ESWE hat Umfang und Ausrichtung des RMS anhand der unternehmensspezifischen Gegebenheiten ausgestaltet. Dennoch kann selbst ein angemessen eingerichtetes und funktionsfähiges Risikomanagementsystem keine absolute Sicherheit für die Identifikation und Steuerung von Risiken gewährleisten.

Bestandsgefährdende Risiken im Sinne der gesetzlichen Vorschriften haben sich für das Jahr 2024 keine ergeben und bestehen auch aus heutiger Sicht nicht.

6. Compliance

Bereits seit dem Jahr 2018 haben wir aufgrund zahlreicher gesetzlicher bzw. regulatorischer Veränderungen ein Compliance Management System (CMS) etabliert. Dieses CMS wird regelmäßig fortgeschrieben und entsprechend weiterentwickelt. Im Jahr 2020 wurde die Stelle „Vorstandsangelegenheiten und Compliance“ geschaffen, die dem Vorstandsvorsitzenden direkt zugeordnet ist. Die Stelleninhaberin wurde zum Chief Compliance

Officer (CCO) bestellt. Ergänzend haben wir ein Compliance-Komitee etabliert, in dem neben dem Vorstand auch Führungskräfte aus verschiedenen Bereichen sowie die Arbeitnehmervertreter vertreten sind. Auch im Jahr 2024 gab es keine nennenswerten Compliance-Vorgänge. In den wenigen Fällen, bei denen es Klärungsbedarf gab, konnte durch die frühzeitige Einbindung des CCOs ein Compliance-Verstoß verhindert, abgewendet oder geheilt werden.

Im Rahmen des Berichtswesens wird der Aufsichtsrat der ESWE Versorgungs AG regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen und Veränderungen des CMS bei der ESWE Versorgungs AG informiert.

7. Datenschutz und Informationssicherheit bei ESWE Versorgung

Die weltweite – wie auch europäische Bedrohungslage im IT-Sicherheitsbereich so – wie in der Energiewirtschaft hat sich alles andere als entspannt. Nahezu täglich sind Nachrichten über erfolgte Angriffe gerade auch – da niederschwellig – über das Internet zu verfolgen.

Folgerichtig stellen Cybervorfälle nach einer weltweiten, jährlichen Befragung von Risikomanagementverantwortlichen der Allianz Versicherung (sog. Risk Barometer 2025) mittlerweile das vierte Jahr in Folge mit Abstand das größte globale Geschäftsrisiko dar.

Der Verband der deutschen Informations- und Telekommunikationsbranche Bitkom e.V. summiert in seiner Studie Wirtschaftsschutz 2024 die dadurch entstandenen finanziellen Folgen auf 266,6 Mrd. € Schaden pro Jahr durch Angriffe auf deutsche Unternehmen. Davon 178,6 Mrd. € oder 67 % durch Cyberangriffe.

Dabei werden meist datenschutzrelevante Informationen wie z. B. Kundendatenbanken erbeutet, sodass die Notwendigkeit einer guten Zusammenarbeit zwischen Datenschutz und IT-Sicherheit offensichtlich ist, nicht zuletzt, um auch gesetzliche Anforderungen zu erfüllen.

Wesentlicher Erfolgsfaktor für eine wirksame Verteidigung vor Internetbedrohungen ist eine weitestgehende unternehmensinterne Transparenz über die jeweiligen Gegebenheiten wie auch Schwachstellen, die von sensibilisierten und wachsamem Beschäftigten fortlaufend sichergestellt werden. So können durch entsprechende technische und organisatorische Maßnahmen Angriffsmöglichkeiten entdeckt, unterbunden, oder zumindest deutlich erschwert und in ihrer Auswirkung minimiert werden.

Regelmäßige Sensibilisierungsschulungen durch die Beauftragten für Datenschutz und IT-Sicherheit tragen diesen Anforderungen an unternehmensinterne Transparenz wie eine aktive Mit- wie Zusammenarbeit Rechnung.

Zu diesen Herausforderungen kommen zudem eine Vielzahl von EU-Rechtsakten zur europäischen Datenstrategie wie z. B. die KI-Verordnung oder NIS2, die nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Sie bringen eine Fülle an organisatorischen Vorgaben und Verantwortlichkeiten sowie Dokumentations-, Transparenz- und Sensibilisierungspflichten in die Unternehmen, die zum Teil an die Einführung der DSGVO erinnern. Gleichzeitig bieten sie aber auch Chancen und Möglichkeiten für Unternehmen wie ESWE Versorgung.

Ein gelebter Datenschutz kann ergänzen und unterstützen z. B. durch die bestehenden Verzeichnisse der Verarbeitungstätigkeit und Risikoanalysen. Denn es muss berücksichtigt werden, dass der Datenschutz bzw. die DSGVO gleichrangig neben den neuen EU-Vorgaben gilt, sobald eine Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt, wie z. B. durch einen Chat-Bot mit künstlicher Intelligenz.

Es wird deshalb immer wichtiger werden, die Themen Datenschutz, IT-Sicherheit und ISMS bzw. NIS2 gemeinsam zu betrachten, um den rechtlichen Anforderungen konstruktiv und wirtschaftlich vertretbar gerecht werden zu können. Synergien sollten hier dringend genutzt werden, um einen noch höheren als gesetzlich geforderten Aufwand vor allem in den Dokumentationspflichten zu vermeiden.

Ein hohes Datenschutz- wie IT-Sicherheitsniveau, um Schadensbedrohungen zu minimieren, sowie im Notfall eine geordnete und erfolgreiche Notfallprozessbewältigung sind für ein Unternehmen wie ESWE daher von zentraler Bedeutung.

8. Vorbereitung auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung

Von der Pflicht zur Überzeugung: Verantwortung und Engagement neu gedacht

Nachhaltigkeit ist seit jeher ein zentraler Bestandteil unseres unternehmerischen Handelns. Mit Blick auf die steigenden regulatorischen Anforderungen haben wir das Thema Nachhaltigkeit neu ausgerichtet und auf Konzernebene organisatorisch verankert. Eine zentrale Stabsstelle, ein interdisziplinäres Projektteam sowie ein unternehmensübergreifender Lenkungskreis treiben die Entwicklung und Umsetzung unserer Nachhaltigkeitsmaßnahmen voran. Unsere Nachhaltigkeitsstrategie verbindet dabei ökonomische, ökologische und soziale Aspekte, um eine nachhaltige Unternehmensentwicklung zu fördern.

Im Zuge der konzernweiten Nachhaltigkeitsinitiative bereiten wir die Berichterstattung gemäß der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) vor und werden fristgerecht unseren ersten CSRD-Bericht veröffentlichen. Dabei arbeiten wir intensiv an relevanten Themen wie zum Beispiel der Wesentlichkeitsanalyse, der Klimarisikoanalyse, der Treibhausgasbilanzierung sowie der EU-Taxonomie und dem Energiemanagement.

Das Engagement von ESWE reicht dabei weit über die regulatorischen Anforderungen hinaus. Als regional verwurzeltes Unternehmen übernehmen wir seit jeher Verantwortung für unsere Umgebung und fördern gezielt nachhaltige Projekte.

Die Integration der Nachhaltigkeit in unsere Unternehmenskultur und unternehmerische Gesamtstrategie betont die Bedeutung von Nachhaltigkeit für unseren zukünftigen Erfolg. Wir sind stolz darauf, nicht nur ein verantwortungsbewusster Partner für unsere Kundinnen und Kunden zu sein, sondern auch als Arbeitgeber und engagierter Partner der Region einen positiven Beitrag zu leisten. Die CSRD mag eine Herausforderung sein. Wir verstehen Sie aber auch als Chance, unsere Verantwortung wahrzunehmen und nachhaltige Veränderungen zu bewirken.

Der Rat der EU hat am 14. April 2025 der zeitlichen Verschiebung der EU-Vorschriften zu bestimmten Anforderungen an die unternehmerischen Sorgfaltspflichten und die Nachhaltigkeitsberichterstattung zugestimmt. Am 3. April 2025 hatte bereits zuvor das EU-Parlament den Vorschlag gebilligt. Am 16. April 2025 wurde die „Omnibus-Richtlinie“ bereits offiziell im EU-Amtsblatt veröffentlicht und damit in Kraft gesetzt. Nun ist der Rechtsakt bis 31. Dezember 2025 in nationales Recht umzusetzen.

Viele Unternehmen haben nun mehr Zeit für die Umsetzung der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD). Statt die CSRD-Berichte bereits im Jahr 2026 vorlegen zu müssen, erhalten die betroffenen Unternehmen jeweils zwei Jahre Aufschub.

In einem weiteren Schritt geht es nun darum, die Größenklassen, ab welchen Unternehmensgrößen die Vorgaben verpflichtend sind, neu zu definieren und die konkreten, zu berichtenden Inhalte zu entschlacken. Hierzu hat die EU-Kommission im Rahmen des "Omnibus-I"-Pakets zur Nachhaltigkeit ebenfalls Vorschläge unterbreitet.

Diese Entwicklung ist ausgesprochen erfreulich, da der Gesetzgeber mit den bisherigen Regelungen ein Bürokratiemonster geschaffen hatte, welches von vielen betroffenen Unternehmen kaum zu bewältigen war. Die Verschiebung und Anpassung der Größenklassen für berichtspflichtige Unternehmen ist daher der richtige Schritt.

9. Erklärung zur Unternehmensführung

ESWE Versorgung ist als ein der Mitbestimmung unterliegendes Unternehmen verpflichtet, Zielgrößen für den Frauenanteil in Führungspositionen festzulegen. Grundlage hierfür ist das am 1. Mai 2015 in Kraft getretene Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen (FüPoG).

Nach der Konstituierung des Aufsichtsrats im Sommer 2022 betrug der Frauenanteil im paritätisch besetzten Aufsichtsrat 22,22 %. Für den Betrachtungszeitraum bis 30. Juni 2027 wurde daher die festgelegte Zielgröße von 22,22 % für den Aufsichtsrat fortge-

schrieben. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 beträgt der tatsächliche Frauenanteil im Aufsichtsrat 16,67 %.

Die gesetzlich zulässige festgelegte Zielquote von 0 % für die Vorstandebene wurde mit Beschluss vom 30. März 2022 konkretisiert. Der Grund für die Definition einer Zielquote von 0 % auf Vorstandsebene ergibt sich aus der aktuellen Zusammensetzung des Vorstands.

Die Zielgröße für den Anteil der Frauen in den beiden obersten Führungsebenen bis 30. Juni 2027 wurde vom Vorstand auf der bisherigen Zielgröße von 17 % fortgeschrieben. Hierbei wurde berücksichtigt, dass bei der Festlegung der Zielgrößen der jeweils erreichte Anteil nicht mehr unterschritten werden darf. Zum Bilanzstichtag liegt der Frauenanteil für beide Führungsebenen insgesamt bei 21,7 %.

Entgeltbericht

Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit von Frauen und Männern im Rahmen des Entgelttransparenzgesetzes

Am 6. Juli 2017 ist das Gesetz zur Förderung der Entgelttransparenz (Entgelttransparenzgesetz) zwischen Frauen und Männern in Kraft getreten. Ziel des Gesetzes ist es, den bestehenden Rechtsrahmen für eine umfassende Durchsetzung von Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern zu verbessern.

Neben einem individuellen Auskunftsanspruch für Beschäftigte zur Überprüfung der Einhaltung des Entgeltgleichheitsgebots, der Vorgabe an Unternehmen betriebliche Verfahren zur Überprüfung und Herstellung von Entgeltgleichheit zu implementieren, sieht das Gesetz unter bestimmten Voraussetzungen vor, einen Entgeltbericht zu erstellen.

Gemäß § 21 Abs.1 EntgTranspG ist ESWE Versorgung als Arbeitgeber mit mehr als 500 Beschäftigten verpflichtet, einen Entgeltbericht zu erstellen.

Zum 31.12.2023 beschäftigte die ESWE Versorgungs AG 572 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ohne Auszubildende), die sich wie folgt darstellen:

Als dem kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) angehörendes Unternehmen wenden wir seit dem 1. Januar 2008 den Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe (TV-V) an, welcher in § 5 explizite Ausführungen zur Eingruppierungsthematik enthält, die keine geschlechterspezifische Unterscheidung vorsieht. In § 6 TV-V sind Ausführungen zu den ebenfalls geschlechtsneutralen Entgeltregelungen getroffen.

Eine Stellenbewertung erfolgt anhand der tariflichen Vorgaben und der objektiven Dokumentation, die von ESWE angewandt werden. Eine geschlechterspezifische Ungleichbehandlung ist somit ausgeschlossen. Daher sind keine gesonderten Maßnahmen zur Herstellung einer Entgeltgleichheit für Frauen und Männer erforderlich.

Zum Stichtag 31.12.2023 hat ESWE 15 außertarifliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Für diese Beschäftigten gelten individualvertraglich vereinbarte Regelungen bezüglich des Entgelts. Generell basieren diese auf der Funktion und der auszuübenden Tätigkeit, unabhängig von Geschlecht der jeweiligen Person.

Hinsichtlich der Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern lebt ESWE bereits seit vielen Jahren eine familien- und frauenfreundliche Personalpolitik.

Weiterhin stellte ESWE unter Beweis, dass die Gesundheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter höchste Priorität einnimmt. Ergänzend bestand auch, wie bereits in den vergangenen Jahren, die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten. Außerdem wurde die Bereitstellung des Eltern-Kind-Zimmers zur Betreuung von Kindern, weiterhin gewährt.

Beschäftigte zum 31.12.2024

	Beschäftigte		davon Vollzeit		davon Teilzeit	
	2024	2023	2024	2023	2024	2023
Frauen	176	162	123	105	53	57
Männer	405	410	392	397	13	13
Gesamt	581	572	515	502	66	70



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Entwicklung und Struktur

Zum Bilanzstichtag beschäftigte ESWE 515 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Vollzeit- und 66 in Teilzeitarbeitsverhältnissen. Zusätzlich waren 48 Auszubildende bei ESWE tätig, um ihre berufliche Grundausbildung durchzuführen.

Im Berichtsjahr 2024 konnte wieder eine Vielzahl von Stellen mit externen Fachkräften besetzt werden. So haben wir insgesamt 58 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom externen Arbeitsmarkt für uns gewinnen können.

Neun Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter befanden sich zum Stichtag 31. Dezember 2024 in Elternzeit. Mit durchschnittlich 46 Schwerbehinderten liegt der Beschäftigungsanteil schwerbehinderter Menschen über der gesetzlich vorgegebenen Mindestanzahl. In der aktiven Altersteilzeit befanden sich zum Bilanzstichtag 2 Beschäftigte.

Personalaufwand

Der Personalaufwand erhöhte sich im Berichtsjahr vor allem aufgrund der Tarifierung und der Zunahme der Anzahl der Beschäftigten von 52,0 Mio. € im Vorjahr auf 55,3 Mio. € im Berichtsjahr. Davon wurden 43,8 Mio. € für Löhne und Gehälter und 11,5 Mio. € für soziale Aufwendungen und Altersvorsorge aufgewendet.

Gesundheit und Wohlbefinden unserer Mitarbeitenden – ein Jahr der Prävention

Auch in diesem Jahr liegt bei ESWE die Gesundheit und das Wohlergehen unserer Mitarbeitenden weiterhin im Fokus. Unser Ziel ist es, nicht nur akute Gesundheitsfragen zu adressieren, sondern auch langfristig die Krankheitslast der Mitarbeitenden zu verringern und Maßnahmen zu etablieren, die dabei helfen, gesund zu bleiben. Unter dem Motto „Prävention – gesund bleiben“ setzen wir bewusst auf einen nachhaltigen Ansatz, der den gesamten Jahresverlauf einbezieht. Statt auf ein einziges Gesundheitsjahr zu setzen, möchten wir unsere Mitarbeitenden kontinuierlich und in vielfältiger Weise begleiten, um ihnen zu helfen, gesunde Gewohnheiten in ihren Alltag zu integrieren.

Im Mittelpunkt unserer Strategie stehen kurze, aber effektive Interventionen, die immer wieder dazu anregen, etwas für sich selbst zu tun – sei es durch sportliche Aktivitäten, Achtsamkeitsübungen oder Tipps für gesunde Ernährung.

Ein weiteres zentrales Element unserer Angebote bleibt das ESWE JobRad. Es fördert nicht nur die körperliche Fitness unserer Mitarbeitenden, sondern unterstützt auch umweltbewusstes Verhalten und sorgt dafür, dass die Zeit im Freien genutzt wird. Daneben bieten wir weiterhin kostenfreie Mitgliedschaften und Trainings in erstklassigen Fitnessstudios vor Ort an, um den Teamgeist zu stärken und das persönliche Wohlbefinden zu fördern.

ESWE bleibt seiner Überzeugung treu, dass ein gesundes, motiviertes Team die Grundlage für nachhaltigen Erfolg ist. Auch in Zukunft werden wir unser Gesundheitsmanagement kontinuierlich weiterentwickeln und innovative Ansätze verfolgen, um das Wohlbefinden unserer Mitarbeitenden weiter zu steigern. Denn wir sind überzeugt: Gesunde Mitarbeitende sind der Schlüssel zu unserem langfristigen Erfolg.



Benefits bei der ESWE Versorgungs AG

Neben den fest etablierten Benefits wie dem ESWE JobRad, der betrieblichen Altersvorsorge, der Betriebskantine und flexiblen Arbeitszeiten gibt es bei ESWE Versorgung auch die Möglichkeit, in ein Zeitwertkonto einzusparen. Diese Flexibilität bietet unseren Mitarbeitenden die Chance, beispielsweise ein Sabbatical zu nehmen, um persönliche Projekte zu verwirklichen – wie etwa eine Weltreise. Michelle Wagner, die kürzlich von einem Sabbatical Gebrauch gemacht hat, beschreibt ihre Erfahrung: „Das Sabbatical war eine einmalige Gelegenheit, die Welt zu entdecken und neue Kulturen zu erleben. Die Auszeit hat mir nicht nur wertvolle Erinnerungen verschafft, sondern auch neue Energie für meine Arbeit bei ESWE gegeben.“

Die Flexibilität, die wir unseren Mitarbeitenden ermöglichen, erstreckt sich nicht nur auf Arbeitszeiten und Auszeiten, sondern auch auf die Förderung der persönlichen Fitness und Freizeitgestaltung. Seit Januar 2024 bieten wir unseren Mitarbeitenden die Plattform EGYM Wellpass an. Diese schafft den Zugang zu einer Vielzahl von Fitness- und Freizeitangeboten und unterstützt unsere Mitarbeiter dabei, ihr Wohlbefinden aktiv zu gestalten – sowohl im beruflichen als auch im privaten Bereich.

Ein weiteres Highlight ist die Initiative „Mitarbeitende werben Mitarbeitende“. Diese Maßnahme bietet eine effektive Möglichkeit, neue Fachkräfte zu gewinnen, während gleichzeitig die Mitarbeitenden, die ESWE bei der Rekrutierung unterstützen, von attraktiven Prämien profitieren. Im Jahr 2024 konnten auf diesem Weg 34 neue Kolleginnen und Kollegen gewonnen werden, was das familiäre Miteinander fördert und zur positiven Unternehmenskultur beiträgt. Die Mitarbeitenden spielen so eine aktive Rolle bei der Erweiterung des Teams und der Weiterentwicklung einer wertschätzenden und harmonischen Arbeitsatmosphäre bei der ESWE Versorgungs AG.

Strategische Ausrichtung der Personalarbeit

Die strategische Ausrichtung in der Personalarbeit von ESWE konzentriert sich darauf, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das Talente anzieht, fördert und langfristig bindet. Hierbei spielen gezielte Personalentwicklungsmaßnahmen, die Förderung von Diversität und Inklusion, Employer Branding sowie attraktive Benefits eine zentrale Rolle. Ein wesentlicher Fokus liegt auf der kontinuierlichen Weiterentwicklung unserer Mitarbeitenden und High Potentials. Durch maßgeschneiderte Schulungs- und Weiterbildungsprogramme investiert ESWE in die Kompetenzen und Fähigkeiten der Belegschaft, um sie optimal auf die zukünftigen Herausforderungen vorzubereiten. Gleichzeitig wird großer Wert auf die Entwicklung der Führungskräfte gelegt, um sicherzustellen, dass diese über die notwendigen Fähigkeiten verfügen, ihre Teams erfolgreich zu begleiten.



Neben der Personalentwicklung ist das Employer Branding ein entscheidender Bestandteil der Personalstrategie. Im Jahr 2024 hat ESWE ihre Employee Value Proposition (EVP) unter dem Namen ESWEsinnMehrWert weiter herausgearbeitet. Diese neue EVP betont die besonderen Werte und Vorteile, die ESWE als Arbeitgeber bietet. Im Dezember 2024 wurde hierzu ein Employer-Branding-Film veröffentlicht, der die wesentlichen Elemente dieser EVP visuell, emotional und mit viel Humor vermittelt. ESWE verfolgt aktiv das Ziel, als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen zu werden – bekannt für seine Werte, sein Engagement für Nachhaltigkeit und Chancengleichheit sowie die umfangreichen betrieblichen Sozialleistungen und Benefits. Diese Werte und das Engagement werden kontinuierlich ausgebaut und stärken unsere Attraktivität als Arbeitgeber.

Managementprogramm

Das Managementprogramm (MP) ist seit mittlerweile zwei Jahrzehnten ein fester Baustein unserer Personalentwicklungsstrategie. Es richtet sich an die Potentialträger in unserem Unternehmen, um ihre Fach- und Führungslaufbahn zu fördern und zu unterstützen. In verschiedenen Modulen zu Themen wie Konfliktmanagement, Führungsverhalten, Kommunikation, Motivation etc. werden die Teilnehmer auf ihre zukünftigen Aufgaben mit Unterstützung eines externen Coachs vorbereitet. Zusatzseminare, E-Learnings, interne Diskussionsveranstaltungen, Mentoring und die eigenständige Bearbeitung eines internen Unternehmensprojekts runden das Programm ab und fördern zudem die interne Vernetzung. Nach zwei Developmentcentern, in denen für unsere Potentialträger das richtige Entwicklungsprogramm eruiert wurde, startete im September das MP 2024/2025 mit insgesamt 16 Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit einem dreitägigen Kick-Off, bei dem der Vorstand auch das Unternehmensprojekt „Überarbeitung der Leistungs- und Ergebnisprämie“ an das MP übergab.

Interne Weiterbildung/Seminarprogramme

ESWE fördert die Weiterbildung unserer Mitarbeitenden, um sie vollumfänglich für ihre Tätigkeiten zu qualifizieren. So wurden im Jahr 2024 insgesamt 22 Aufstiegsfortbildungen bewilligt und entsprechend von ESWE unterstützt.

Das Seminarprogramm 2023/2024 ging im September erfolgreich zu Ende. Insgesamt wurden 24 Seminare/Impulsvorträge für die Belegschaft angeboten, wobei besonders die Angebote zu Gesundheitsthemen großen Anklang fanden. Eine Neuauflage des Seminarprogramms mit Ergänzungen zu aktuellen Themen startet im Juni 2025. Zudem wurden speziell konzipierte Seminare, Vorträge und Teamentwicklungs-

programme für einzelne Fachbereiche ausgearbeitet. Auch Coachingmaßnahmen am Arbeitsplatz gehören nach wie vor zum Angebot der Personalentwicklung und runden unser ganzheitliches Konzept zur berufsbegleitenden, arbeitsplatznahen Aus- und Weiterbildung ab.

Corporate Social Responsibility und Vielfalt bei ESWE

ESWE setzt sich seit langem aktiv im Bereich „Corporate Social Responsibility“ (CSR) ein und ist stolzes Mitglied im Netzwerk „CSR Regio.Net Wiesbaden“. Dieses Netzwerk bietet regionalen Unternehmen, unabhängig von Branche und Größe, die Gelegenheit, sich intensiv mit dem Thema „Verantwortliche Unternehmensführung“ auseinanderzusetzen. Der regelmäßige und kooperative Austausch mit Wiesbadener Unternehmen liefert wertvolle Impulse zu sozialen und gesellschaftlichen Themen sowie praxisnahe Ideen zur Prozessoptimierung, die einen nachhaltigen Mehrwert für alle Beteiligten schaffen.

Vielfalt und Wertschätzung

Die ESWE Versorgungs AG setzt sich aktiv für die Gleichstellung aller Mitarbeitenden ein. Vielfalt wird nicht nur gefördert, sondern auch gelebt – sei es durch die Zusammenführung verschiedener Generationen oder die Integration von Menschen mit Beeinträchtigungen. ESWE ist überzeugt, dass es gerade die bunte Vielfalt der Menschen ist, die unsere Gesellschaft und unseren Arbeitsalltag bereichert. Dies spiegelt sich auch in der Belegschaft wider: Unsere Mitarbeitenden unterscheiden sich in Alter, Geschlecht, Herkunft, Sprache, Kultur und Religion, was zu einer lebendigen und dynamischen Arbeitsatmosphäre beiträgt.

ESWE fördert ein diskriminierungsfreies Umfeld, in dem alle Mitarbeitenden die Freiheit haben, sich individuell zu entfalten. Dies bekräftigen wir durch unsere Unterzeichnung der „Charta der Vielfalt“, die für uns eine Selbstverpflichtung darstellt, Chancengleichheit und die Förderung der Vielfalt in unserem Unternehmen zu gewährleisten.

Im Rahmen unseres Diversity-Managements haben wir 2024 zum zweiten Mal am Deutschen Diversity-Tag teilgenommen. Unter dem Motto „Deine Einzigartigkeit ist unsere Stärke“ haben wir eine Mitarbeiter-Fotoaktion gestartet, um für die verschiedenen Dimensionen von Vielfalt zu sensibilisieren. Hierfür haben wir einen Aktionsstand mit einer Fotobox bereitgestellt, bei dem unsere Mitarbeitenden ihre individuelle Vielfalt auf kreative Weise zum Ausdruck bringen konnten.



Ausbildung

Die ESWE Versorgungs AG positioniert sich als krisensicherer, moderner und familiärer Arbeitgeber, der insbesondere junge Potenzialträger anzieht. Angesichts des zunehmend spürbaren Fachkräftemangels gewinnt die betriebliche Ausbildung noch mehr an Bedeutung. ESWE setzt deshalb darauf, ihre Fachkräfte von morgen bereits frühzeitig auszubilden und sie auf ihrem Entwicklungsweg aktiv zu begleiten. Das Engagement unserer Auszubildenden zeigt, dass sie sich bei ESWE wohlfühlen und sich mit ihrem Wissen und ihren Interessen aktiv einbringen möchten. Die Ausbildung bei ESWE hat sowohl in der Belegschaft als auch in der Region einen hohen Stellenwert, was durch die guten Abschlussergebnisse unserer Azubis belegt wird. Unsere Sommer- und Winterprüflinge haben erneut gute Ergebnisse in ihren Abschlussprüfungen erzielt, mit einer Durchschnittsnote von 2,3. Dies unterstreicht die hohe Qualität unserer Ausbildung.

Ein wichtiger Vorteil unserer Ausbildung sind die ausgezeichneten Übernahmechancen in unseren Fachabteilungen nach erfolgreichem Abschluss. Dies bietet unseren Auszubildenden und zukünftigen Fachkräften eine klare Perspektive sowie zahlreiche Entwicklungsmöglichkeiten und fördert so ihre Motivation und Initiative im beruflichen Alltag. Im Jahr 2024 konnten wir alle 14 ausgelernten Azubis übernehmen.

Im Rahmen der Teambildung der Auszubildenden wurde das Konzept eines Azubi-Stammtisches eingeführt. Dieses Format fördert nicht nur den Zusammenhalt durch Teambuilding-Aktivitäten und Ausflüge, sondern bietet auch Fachvorträge, die das Verständnis für das Unternehmen vertiefen.

Insgesamt haben sich knapp 574 Bewerberinnen und Bewerber auf unsere offenen Ausbildungsstellen beworben, und 15 junge Menschen konnten ihre Ausbildung bei der ESWE Versorgungs AG beginnen.



ESWE Schreibwelt AG

Die ESWE Schreibwelt AG bietet unseren kaufmännischen Auszubildenden die Möglichkeit, eigenständig und verantwortungsbewusst zu arbeiten. Sie knüpfen wertvolle Kontakte mit anderen Auszubildenden sowie Mitarbeitenden im Unternehmen, korrespondieren mit Lieferanten und unterstützen mit der Bereitstellung von Büromaterialien den reibungslosen Geschäftsablauf der ESWE Versorgungs AG. Die Arbeit in der Schreibwelt AG stärkt das Gemeinschaftsgefühl der Auszubildenden und fördert ihre Team- und Organisationsfähigkeiten.

Zusätzlich unterstützen die Auszubildenden das Unternehmen bei verschiedenen Aufgaben, wie zum Beispiel dem Packen und Verteilen von Weihnachts- und Vertriebspräsenten sowie dem Versenden von Flyern und Broschüren. Diese Tätigkeiten tragen nicht nur zur Stärkung des Teamgeists bei, sondern bieten auch wertvolle Einblicke in die logistischen und organisatorischen Prozesse eines Unternehmens.

Im Jahr 2024 wurde zudem das Projekt aus dem Vorjahr im Rahmen von „Wiesbaden engagiert“ fortgeführt. Unter dem Motto „Fresh-up für den historischen Bahnhof Wiesbaden-Dotzheim“ haben erneut alle Auszubildenden tatkräftig mitgewirkt und echte Teamstärke bewiesen.

Dank und Anerkennung

„Es ist nicht die Stärke des Einzelnen, sondern das Zusammenspiel der vielen, das uns zu etwas Großem macht.“ – Margaret Mead

Auch im Jahr 2024 stand ESWE vor der Herausforderung, inmitten der fortschreitenden Energiewende und zunehmenden globalen Anforderungen kontinuierlich innovative Lösungen zu entwickeln und klare Ziele zu verfolgen.

Wir möchten uns herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ESWE Versorgungs AG sowie der gesamten ESWE Gruppe für ihren unermüdlichen Einsatz bedanken und unsere tiefe Wertschätzung ausdrücken.

Das vergangene Jahr hat erneut gezeigt, wie wichtig ein starkes Miteinander ist, um in herausfordernden Zeiten erfolgreich zu bleiben. Unsere Mitarbeiter haben durch ihr Vertrauen, ihre Motivation, ihre Kollegialität und ihre Expertise wesentlich dazu beigetragen, dass ESWE als Unternehmen auch in turbulenten Zeiten auf Erfolgskurs bleibt. Die Kultur der Zusammenarbeit, die bei uns gepflegt wird, macht uns zu einem modernen und zukunftsorientierten Arbeitgeber. Wir sind überzeugt, dass die Mitarbeiter das wahre Herzstück von ESWE sind und mit ihrem Engagement und ihrer Tatkraft die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft stellen.

Verstorbene

Die ESWE Versorgungs AG und die Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH trauern um ihre verstorbenen Mitarbeiter sowie um die verstorbenen Rentnerinnen und Rentner.

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

ESWE Versorgungs AG

Aktive

Stricker, Heike	59 Jahre	17.12.2024
-----------------	----------	------------

Ehemalige

Paul, Karl-Heinz	97 Jahre	06.01.2024
Vollert, Ottmar	90 Jahre	06.01.2024
Wintermeyer, Hans-Jürgen	82 Jahre	20.02.2024
Sacher, Astrid	82 Jahre	16.03.2024
Todemann, Heinz-Lothar	79 Jahre	19.03.2024
Hahn, Wolfgang	79 Jahre	19.04.2024
Hahn, Florentine	96 Jahre	21.04.2024
Rasp, Wolfgang	74 Jahre	18.05.2024
Bernecker, Karl	84 Jahre	25.05.2024
Lörch, Heinz	92 Jahre	07.06.2024
Rückert, Günter	86 Jahre	14.06.2024
Zorn, Ludwig	84 Jahre	10.08.2024
Gauer, Alfred	89 Jahre	31.08.2024
Unkelbach, Willi	88 Jahre	06.09.2024
Ries, Günther	87 Jahre	27.09.2024
Carl, Edith	95 Jahre	10.10.2024

Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH

Ehemalige

Schott, Armin	64 Jahre	01.01.2024
Wilde, Manfred	88 Jahre	05.01.2024
Bohrmann, Reinhold	85 Jahre	12.01.2024
Verges, Günter	85 Jahre	03.10.2024

Vetriebliche Aktivitäten

Marktsituation und Marketingaktivitäten

Während sich die Situation an den Energiemärkten im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter deutlich entspannte und wir nicht mehr den Marktturbulenzen, großen Unsicherheiten und enormen Energiepreisanstiegen ausgesetzt waren, brachte das Jahr 2024 weitere regulatorische und gesetzliche Änderungen und Neuerungen mit sich, mit denen wir uns beschäftigen mussten. Zum einen waren wir wegen des Wegfalls der Subventionen zur Stabilisierung der Netzentgelte und der Erhöhung der Umlage nach §19 StromNEV gezwungen, unsere Strompreise erneut anzupassen. Zum anderen mussten wir nach dem Auslaufen der Energiepreisbremsen und der Änderung der Mehrwertsteuer bei Erdgas und Wärme von 7 % auf 19 % alle dafür notwendigen IT-Prozesse fristgerecht anpassen. Weitere Themen, die die ganze Komplexität der Energiewende verdeutlichen und deren praktische Umsetzung bei uns zu einem steigenden operativen Aufwand führte, waren die von der Bundesnetzagentur erarbeitete Neuregelung zur Integration von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen gemäß §14a Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sowie die gesetzliche Pflicht, dynamische Stromtarife anzubieten.

Um die steigenden Anforderungen durch gesetzliche Regularien im wirtschaftlich sinnvollen Aufwandsrahmen erfolgreich zu bewältigen, bedarf es einer Optimierung der operativen Vertriebsprozesse. Deswegen haben wir bereits vor vielen Jahren mit der Digitalisierung und Automatisierung unserer Geschäftsprozesse und der Ausweitung unserer Kundenkommunikation auf digitale Kanäle begonnen. 2024 haben wir ein Projekt zu KI-gestützten Voicebots lanciert, mit dem wir unseren telefonischen Kundenservice und das Kundenerlebnis weiter verbessern wollen. KI-gestützte Voicebots sind Anwendungen der künstlichen Intelligenz, die Spracherkennung und -verarbeitung nutzen, um menschenähnliche Interaktionen mit Benutzern durchzuführen.

Das Jahr 2024 war das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen und das führte im Gasvertrieb zu einem geringeren Absatz im Vergleich zum Vorjahr. Während im Stromvertrieb im Berichtsjahr die Absatzmenge ebenfalls rückläufig war, verzeichneten wir in der Wärmesparte einen deutlichen Anstieg der Wärmeabgabe, was auf den Ausbau unseres Wärmenetzes zurückzuführen ist.

Nachhaltige Energieversorgung gewinnt kontinuierlich stark an Bedeutung. Die ESWE Versorgungs AG ist sich ihrer Rolle als regionaler Gestalter der Energiewende bewusst und beschäftigt sich deswegen seit vielen Jahren neben der Optimierung des klassischen Commodity-Geschäfts auch mit dem Ausbau neuer nachhaltiger Geschäftsfelder und energienaher Dienstleistungen. Die Nachfrage nach Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen sowie nach Produkten aus den Bereichen Energieeffizienzlösungen und Mieterstrommodellen war auch im vergangenen Jahr erfreulicherweise sehr hoch.

Erfolgreiche TÜV SÜD Zertifizierung: ESWE überzeugt mit hoher Kundenzufriedenheit

Seit vielen Jahren lässt ESWE Versorgung regelmäßig die Kundenzufriedenheit durch den TÜV SÜD überprüfen und zertifizieren – und die Ergebnisse der aktuellen Studie bestätigen erneut unsere stetigen Bemühungen um höchste Servicequalität und Kundenzufriedenheit. Besonders hervorzuheben ist die beeindruckende Weiterempfehlungsquote von 89 %, die zeigt, dass uns die große Mehrheit unserer Kundinnen und Kunden als verlässlichen und kompetenten Energieversorger weiterempfehlen würde.

Auch die Gesamtzufriedenheit spiegelt unseren Erfolg wider: Besonders geschätzt wird dabei die Zuverlässigkeit der Energieversorgung, die als entscheidender Faktor für die hohe Zufriedenheit gilt. Ebenso tragen die Kompetenz und Freundlichkeit unseres Kundenservices, vor allem im telefonischen Kontakt, maßgeblich zu einem positiven Gesamteindruck bei. Die aktuelle TÜV-Zertifizierung unterstreicht erneut, dass wir durch Kundenorientierung und Fachkompetenz überzeugen. Deshalb sind diese ausgezeichneten Ergebnisse für uns auf jeden Fall ein Ansporn, unseren Kundinnen und Kunden auch weiterhin den besten Service zu bieten.

Startschuss für regionales Wasserstoff-Verteilnetz

Bereits im Jahr 2014 hatten wir gemeinsam mit der Mainova AG erste Schritte in Richtung Wasserstoff unternommen und zusammen mit elf weiteren Partnern aus der Thüga-Gruppe eine Strom-zu-Gas Demonstrationsanlage (Power to Gas) in Betrieb genommen. Die Anlage wandelte Strom in Wasserstoff um und speiste diesen dann in das Gasverteilnetz ein. Das Projekt führte uns zu der Erkenntnis, dass diese Technologie langfristig das größte Potential hat, überschüssige Mengen an regenerativen Energien zu speichern.

Aktuell gilt Wasserstoff als der Energieträger der Zukunft. Gleichzeitig steht der Aufbau einer lokalen Wasserstoffwirtschaft noch am Anfang. Die hessische Energiewirtschaft nimmt hier eine entscheidende Rolle ein – von der Wasserstoffproduktion über den Transport und die Verteilung bis hin zur Nutzung in den verschiedenen Anwendungen und Sektoren der Industrie, dem Verkehr, der Wärme- und der Stromerzeugung.

Die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main soll ein eigenes regionales Verteilnetz für Wasserstoff erhalten. „Rh2ein-Main Connect“ wird voraussichtlich ab dem Jahr 2028 in ersten Teilabschnitten in Betrieb genommen. Hierzu haben wir gemeinsam mit den Regionalversorgern ENTEGA AG, Mainova AG und unserem Tochterunternehmen Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG sowie den Fernleitungsnetzbetreibern Open Grid Europe GmbH (OGE) und GASCADE Gastransport

GmbH und den Verteilnetzbetreibern e-netz Südhessen AG und NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH einen entsprechenden Kooperationsvertrag geschlossen.

In einer ersten Machbarkeitsstudie wurde das mögliche Wasserstoffverteilnetz in mehreren Ausbaustufen betrachtet und durch einen Business Plan ergänzt. Das Gesamtnetz umfasst ca. 210 km, wobei das Startnetz ca. 120 km und das Ausbaunetz ca. 90 km lang ist. Der Wasserstoffbedarf entwickelt sich nach kumulierter Prognose von 5 TWh im Jahr 2030 auf bis zu 14 TWh im Jahr 2045. Der Investitionsbedarf wird auf 250 bis 320 Mio. € geschätzt.

Das Gemeinschaftsobjekt wurde Ende des Jahres 2024 mit dem von den drei Branchenverbänden BDEW, DVGW und Zukunft Gas sowie dem Kompetenzpartner ASUE vergebenen „Innovationspreis Neue Gase“ ausgezeichnet. Hier werden wegweisende Energiekonzepte und innovative Projekte ausgezeichnet, die die Energiewende vorantreiben. Die Jury lobte das „visionäre Planungskonzept“ von Rh2ein-Main Connect. Aus der Urteilsbegründung: „Das Gemeinschaftsprojekt zeigt, wie wichtig die regionalen Akteure für den Wasserstoffhochlauf sind. Der starke Verbund aus regionalen Unternehmen verknüpft die Industrie- und Gewerbeversorgung mit der Stadtteilversorgung und nimmt sich dabei der wichtigen Aufgabe an, das Gasverteilnetz zu transformieren und an das Wasserstoffkernnetz anzuschließen.“



FERNWÄRME TRANSFORM





TRANSFORMATIONSPLAN

Nach den derzeitigen Regelungen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) ist der Betreiber eines Fernwärmenetzes verpflichtet, einen Transformationsplan zur Dekarbonisierung der Fernwärmeerzeugung zu erstellen. In diesem Zusammenhang wird ein Dekarbonisierungsfahrplan erarbeitet, um die Anforderungen gemäß § 71j GEG zu erfüllen.

Ein solcher Dekarbonisierungsplan wird derzeit durch die ESWE Versorgungs AG erarbeitet. Dabei wird untersucht, mit welchen erneuerbaren Energiequellen die Fernwärmeversorgung bis 2045 dekarbonisiert werden kann.

Im Dekarbonisierungsfahrplan wird das Potential unterschiedlicher Erzeugungsoptionen, die für eine klimaneutrale Wärmeversorgung in Wiesbaden in Frage kommen, geprüft. Die Erzeugungsoptionen umfassen unter anderem:

- Wärmepumpen mit unterschiedlichen Wärmequellen
(z. B. Flusswasser, Klarwasser aus Kläranlagen, Abwasser, Abwärme)
- Solarthermie
- Tiefe Geothermie
- Kurz- und langfristige Wärmespeicher

Das Ziel ist es, den jeweils möglichen Beitrag zum künftigen Versorgungssystem zu bewerten. Dabei zeichnet sich ab, dass die Vielfalt der Erzeuger künftig zunehmen wird. Eine der größten Herausforderungen besteht darin, geeignete Wärmequellen zu identifizieren und effektiv zu nutzen. Insbesondere bei ortsfesten Wärmequellen müssen in unmittelbarer Umgebung geeignete Flächen für die erforderlichen Erzeugungsanlagen bereitgestellt werden. Zudem wird erwartet, dass der Anteil strombasierter Wärmeerzeuger weiter steigen wird. Dies stellt auch das vorgelagerte Stromnetz vor Herausforderungen.

Ein weiterer wesentlicher Schritt in diesem Prozess ist die strategische Flächenanalyse. Diese Untersuchung erfasst das gesamte Stadtgebiet und identifiziert potenzielle Standorte für flächige Komponenten wie Solarthermieanlagen und Speichersysteme sowie für Punktanlagen z. B. verschiedene Wärmepumpentypen. Dabei wird deutlich, dass Flächenkonkurrenzen mit unterschiedlichen Nutzungsansprüchen eine wachsende Herausforderung darstellen.

Neben der Erzeugung stehen auch betriebliche Optimierungen im Fokus, insbesondere die Absenkung der Rücklauftemperatur und die Digitalisierung des Netzes. Diese Maßnahmen sind essenziell, um eine effiziente und nachhaltige Fernwärmeversorgung sicherzustellen.

Fernwärme Pumpstation

Das stetig wachsende Fernwärmnetz in Wiesbaden benötigt ein starkes Herz, um die großen Wärmemengen auch in das Leitungssystem verteilen zu können.

Mit der Inbetriebnahme unserer neuen Fernwärme Pumpstation haben wir im Frühjahr 2024 einen entscheidenden Baustein geschaffen. Die Pumpstation bildet dabei das Bindeglied zwischen Wärmeerzeugung und Wärmeverbraucher. Der Hauptteil der in Wiesbaden benötigten Fernwärme wird durch das in unmittelbarer Nachbarschaft der Pumpstation befindliche Biomasseheizkraftwerk (BMHKW) sowie künftig durch das derzeit im Bau befindliche Müllheizkraftwerk (MHKW) erzeugt. Mit dieser Anlage wird der gesamte Wärme-Kreislauf in der Stadt reguliert und in Gang gehalten. Die neue Station mit insgesamt zwölf Pumpen ist in der Druckstufe PN 25 gefertigt und kann bis zu 1.185 Tonnen an 120 Grad heißem Wasser pro Stunde fördern. Die Anlage verfügt über ein zentrales Leitsystem der gesamten Fernwärmeversorgung in Wiesbaden mit Überwachungs- und Eingriffsmöglichkeiten. Diese Pumpstation ist auf unsere Netzleitstelle aufgeschaltet und wird damit rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr kontrolliert.

Somit ist auch für die Zukunft eine sichere, zuverlässige und nachhaltige Wärmeversorgung gewährleistet.





ESWE Charge Center

Klimaschutz – das ist ein Wert, den ESWE Versorgung schon vor Jahren als Unternehmensziel definiert und für sich festgeschrieben hat.

Bereits im Juni 2017 hatte sich die Unternehmensführung zu einem Umbau des eigenen Fuhrparks verpflichtet, so dass der Anteil der Elektrofahrzeuge immer weiter ausgebaut wurde. Diese Umstellung hin zur Elektromobilität will ESWE Versorgung weiter stringent vorantreiben.

Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie im Jahr 2019 wurde ein geeigneter Standort für ein neues Parkhaus für Mitarbeitende gefunden.

Im Erstausbau wurden in den beiden unteren Etagen 56 E-Ladepunkte installiert, davon auch 7 Ladepunkte für die Kolleginnen und Kollegen mit einer körperlichen mobilen Einschränkung. Im Zuge des Gebäudeausbaus wurde aufgrund höherer Anschaffungen von privaten E-Fahrzeugen eine weitere Etage mit 32 E-Ladestationen ausgerüstet. Insgesamt stehen 219 Stellplätze zur Verfügung.

Der Vollausbau, also ein Ladepunkt für jeden der 219 Stellplätze, wurde bereits technisch vorgerüstet, so dass bei Bedarf nur eine Etageninstallation sowie die Wallboxen angebracht werden müssen.

Sowohl Fassadenbereiche als auch die Überdachung auf der obersten Etage des hochmodernen Gebäudes wurden mit Photovoltaikelementen bestückt. Somit erfolgt Erzeugung von Solarstrom und Verwendung von Ladestrom an einem Ort. Fassadenteilflächen ohne PV-Module sind in den Stützenbereichen mit Rankpflanzen bepflanzt, um auch hier den Umweltgedanken zu berücksichtigen. Des Weiteren wurden, soweit möglich, Baumpflanzungen ausgeführt. Zur Sicherung der Bepflanzungen wurde eine automatische Bewässerungsanlage installiert.

Die Eröffnung des ESWE Charge Centers erfolgte am 20.06.2024. Das ESWE Charge Center setzt ein Zeichen für die dringend erforderliche Verkehrs- und Energiewende. Es ist ein weiterer Beitrag zugunsten des Klimas und wird so Bestandteil einer gesamtstädtischen Verantwortung



Weitere Informationen zu den Unternehmensbereichen

Elektrizitätsversorgung

Absatz

Die Stromabgabe an unsere Kundinnen und Kunden ist im Geschäftsjahr 2024 abermals signifikant zurückgegangen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Stromabgabe um 16,7 % von 731,0 auf 609,1 Mio. kWh vermindert.

Auf die einzelnen Kundengruppen entfielen hierbei folgende Absatzmengen:

Absatzmengen Strom

	2024		2023		Veränderung
	Mio. kWh	%	Mio. kWh	%	%
Tarifkunden	269,4	44,2	294,6	40,3	-8,6
Wärmetarife	10,3	1,7	11,8	1,6	-13,1
Vertragskunden	103,6	17,0	99,3	13,6	4,4
Kunden Stadtgebiet	383,3	62,9	405,7	55,5	-5,5
Tarifkunden	176,9	29,0	273,3	37,4	-35,3
Vertragskunden	41,0	6,7	45,6	6,2	-10,2
Kunden außerhalb WI	217,9	35,8	318,9	43,6	-31,7
ESWE-Kunden	601,2	98,7	724,7	99,1	-17,0
Betriebsverbrauch	7,9	1,3	6,3	0,9	24,6
Gesamt	609,1	100,0	731,0	100,0	-16,7

Die rückläufigen Absatzzahlen sind vor allem auf den Absatz an Kundinnen und Kunden außerhalb unseres angestammten Versorgungsgebietes zurückzuführen. Bei Tarifkunden außerhalb des Versorgungsgebietes verzeichneten wir einen überproportionalen Rückgang um 35,3 %. Dies ist mit der, aufgrund der Preisturbulenzen in der Energiekrise, weitgehenden Einstellung unserer Vertriebsaktivitäten außerhalb des Versorgungsgebietes zu erklären, die wir erst im Laufe des Jahres 2024 wieder aufgenommen haben. Der Stromabsatz im Stadtgebiet Wiesbaden lag 5,5 % unter dem Vorjahreswert.

Netzbetrieb (Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH)

Der Betrieb der Stromversorgungsnetze in Wiesbaden und Taunusstein obliegt entsprechend den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes unserem Tochterunternehmen, der Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH (sw netz). Alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen, der Vertrieb der Netzanschlüsse sowie die Netza abrechnung werden dort eigenverantwortlich und konform mit den regulatorischen Anforderungen abgewickelt.

Die Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze für die vierte Regulierungsperiode Strom (2024 bis 2028) durch die Bundesnetzagentur liegt sw netz mit Bescheid vom 13. August 2024 final vor.

Den Beschluss zur Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze des Jahres 2025 zum Antrag auf Genehmigung des Kapitalkostenaufschlages Strom erhielt sw netz mit Datum vom 10.02.2025; die finale Prüfung der Salden zum Regulierungskonto der Jahre 2021, 2022 und 2023 durch die Behörde ist noch offen.

Daher wurde, auf Grundlage der aktuell von der Behörde vorliegenden Daten, eine Abschätzung der genehmigungsfähigen Erlösobergrenze für das Jahr 2025 vorgenommen.

In Folge der Festlegungen der Bundesnetzagentur nach § 6b Abs. 6 i. V. m. § 29 EnWG sind für sw netz Tätigkeitsabschlüsse zu erstellen. Diese umfassen neben der



Einrichtung der neuen 630-kV-Trafostation an der Siedlung Platte im Norden von Wiesbaden.

Tätigkeit „Elektrizitätsverteilung“ auch die Tätigkeiten „Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors“, „Gasverteilung“, „Grundzuständiger intelligenter Messstellenbetrieb“ und „Andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors“. Der Wirtschaftsprüfer wurde mit der gesonderten Prüfung aufgrund dieser Festlegungen der BNetzA beauftragt.

Die Auswirkungen der Energiewende, insbesondere die Kopplung der Sektoren Verkehr, Wärme und Strom, werden einen deutlichen Anstieg der Stromnachfrage zur Folge haben und die Stromnetzbetreiber weiterhin vor ambitionierte Herausforderungen stellen. Die gesetzlichen Vorgaben, welche eine CO₂-Einsparung von 65 % bis 2030 (im Vergleich zu 1990) und eine Klimaneutralität bis 2045 fordern, beschleunigen den Transformationspfad hin zu erneuerbaren Energien und damit zu steigendem Strombedarf.

Die erforderliche Dekarbonisierung ist nur durch Energieeinsparung und den Ersatz fossiler Energieträger durch erneuerbare Energien zu erreichen. Dabei wird die Bedeutung von Strom aus Erneuerbaren Energien sehr schnell deutlich zunehmen, da regenerative Erzeugung in aller Regel elektrische Energie liefert und für die Dekarbonisierung einer Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr eine wesentliche Rolle zukommt. Zudem muss ein möglicher Ausfall der zunehmenden Einspeisung aus dezentralen, volatilen Erzeugungsanlagen durch alternative Bezugsmöglichkeiten abgesichert werden.

Um diesem Mehrbedarf und den steigenden Anforderungen gerecht zu werden, ist ein rechtzeitiger und vorausschauender Ausbau der gesamten Netzinfrastruktur unabdingbar.

sw netz investiert schon immer regelmäßig erhebliche Summen in die Substanzerhaltung des Netzes. Dabei werden – wie auch im Rahmen von Netzerweiterungen und Neuerschließungen – Synergieeffekte genutzt und bereits seit vielen Jahren bei allen Baumaßnahmen die Netze so strukturiert und dimensioniert, dass sie zukünftigen Anforderungen gerecht werden können. Dennoch werden mittel- bis langfristig in vielen Straßenzügen gesonderte Projekte zur Netzverstärkung erforderlich sein. Zudem wird zukünftig eine deutlich wachsende Anzahl an Kabelverteilern und Ortsnetzstationen das Stadtbild beeinflussen.

Aufgrund dieser Rahmenbedingungen hat sw netz zusammen mit ESWE und externen Beratungsunternehmen im Jahr 2023 ein Software-Tool zum Energieentwicklungsplan (EEP) erstellt. Nach ersten Berechnungsergebnissen im Jahr 2024 ist davon auszugehen, dass ein Großteil der zukünftigen Wärmeversorgung der Landeshauptstadt Wiesbaden durch Wärmepumpen erfolgen wird. Die dadurch gewonnen Erkenntnisse wurden bereits im Netzausbauplan 2024 der Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH berücksichtigt und werden zukünftig in die Stromzielnetzplanung einfließen. In Verbindung mit dem kommunalen Wärmeplan der Landeshauptstadt Wiesbaden wird so ein zielgerichteter Ausbau der elektrischen Versorgungsnetze möglich.

Folglich kommt es zu einer immer größeren Abhängigkeit von einer zuverlässigen und leistungsfähigen Stromversorgung, sodass die Stromnetzbetreiber massiv steigenden Anforderungen begegnen müssen.



Somit hat die Energiewende nicht nur in den Höchstspannungsnetzen der Übertragungsnetzbetreiber den Ausbau der „Stromautobahnen“ von Nord nach Süd, überwiegend in Form der Hochspannungs-Gleichstromübertragung (HGÜ), zur Folge, auch wenn primär diese Maßnahmen in den Medien präsent sind. Sie wirkt sich insbesondere auch in den Verteilnetzen aus und hat damit auch direkte Auswirkungen auf die Hoch-, Mittel- und Niederspannungsnetze sowie die Umspannwerke (UW) und Ortsnetzstationen von sw netz. Neben einer Stärkung der Substanz wird hier auch die Schaffung zusätzlicher Netzkapazitäten erforderlich.

Da der Leistungsbedarf der Städte Mainz und Wiesbaden zu groß wird für ein zusammenhängendes gemeinsames Netz, ist in Folge eine Trennung vom 110-kV-Netz der Mainzer Netze GmbH vorgesehen. Hierzu wurde im Jahr 2021 ein Konzept in Abstimmung mit den Mainzer Netzen und Syna erstellt.

Bestandteil dieses Konzeptes ist eine neue Leitungsverbindung aus dem Netz der Syna GmbH zur zukünftigen Einspeisung der Umspannanlage Bierstadt. Hierbei handelt es sich um ein Projekt in Verantwortung der Syna. Diese neue Leitung vom Anschluss an die Freileitung der Syna im Bereich Rasthof Medenbach nach Bierstadt soll hybrid im ersten Abschnitt als Freileitung, im zweiten Abschnitt als Kabel ausgeführt werden. In Folge des laufenden Planfeststellungsverfahrens zum Freileitungsabschnitt ergeben sich erhebliche Verzögerungen im Projektablauf. Für den Kabelabschnitt konnte der Baubeginn im 2. Quartal 2024 erfolgen, die Verlegung der Leerrohre verläuft bisher plangemäß.

Die Einbindung des Umspannwerks Bierstadt bzw. der späteren Einspeisung aus dem Netz der Syna erfolgt neben der vorhandenen Freileitung Wiesbaden Ost – Bierstadt durch ein 110-kV-Kabel, welches durch die Innenstadt bis zum Umspannwerk Schierstein verlegt und Ende des Jahres 2024 in Betrieb genommen wurde. Die Kabelzugarbeiten sowie die notwendigen Muffenmontagearbeiten wurden bis Juni 2024 abgeschlossen. Das noch zu errichtende UW Berliner Straße wird später ebenfalls in dieses Kabel eingebunden.

Für den Ausbau der Freileitung von Wiesbaden nach Rüsselsheim entlang der A671 von 2 auf 4 Systeme sollen die bestehenden Maststandorte genutzt werden. Dabei werden die Maste teils erhöht und mit einer zusätzlichen Traverse aufgerüstet, teils am bisherigen Standort neu errichtet. Für die Maßnahme ist ein Planfeststellungsverfahren erforderlich. Die Antragsunterlagen wurden am 13. August 2024 bei der Planfeststellungsbehörde Regierungspräsidium Darmstadt eingereicht und werden im Austausch mit der Behörde im Jahr 2025 überarbeitet bzw. ergänzt. Die verfahrensbedingte Beteiligung der Öffentlichkeit wird voraussichtlich noch im Jahr 2025 beginnen.

Im Jahr 2024 wurden zentrale Planungsaktivitäten für das zukünftige Umspannwerk an der Berliner Straße erfolgreich vorangetrieben und, zur Optimierung des Projekts, ergänzende Fachplanungsbüros, insbesondere im Bereich der technischen Gebäudeausrüstung, hinzugezogen. Diese Kooperation mündete zum Jahresende in die Erstellung vollständiger Bauantragsunterlagen, die am 11. Dezember 2024 bei der Bauaufsicht eingereicht wurden.

Parallel dazu wurde die Planung einer Erschließungsstraße initiiert, welche vor Baubeginn des Umspannwerks realisiert werden soll, da durch die Umbaumaßnahmen der bisherige Zugang zum kostenfreien Parkplatz entfällt. Die Planung dieser Erschließungsstraße erfolgte in enger Abstimmung mit dem zuständigen Tiefbau- und Vermessungsamt.

Auch das Bebauungsplanverfahren „Parkhaus Berliner Straße“ wurde weiterentwickelt. Bereits im Juni 2024 konnte ein umfassender Bebauungsplanentwurf – einschließlich der textlichen Festsetzungen und der Begründung – dem Stadtplanungsamt zur Prüfung und Beschlussfassung vorgelegt werden. Der Entwurf kann zu Beginn des Jahres 2025 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in die öffentliche Auslegung gehen.

Das Projekt „Neubau UW Deponiestraße“ nahm im Jahr 2024 konkrete Formen an. Zunächst wurden eine Bedarfsermittlung durch sw netz, eine Machbarkeitsstudie, die Projektstrukturplanung sowie eine Bestandsaufnahme durchgeführt. Im weiteren Verlauf, nach Absprache mit der Grundsatzplanung, wurden von sw netz alle technischen Grundlagen ermittelt, einschließlich der Feldbelegung der 110- und 20-kV-Anlage und der Größe von E-Spulen und Transformatoren. Zudem wurde die Single-Line-Diagramme entworfen und in die ersten Gebäudepläne integriert. Um einen höheren Detailgrad zu erreichen und die technischen Anforderungen der F-Gas-Verordnung zu erfüllen, wurde die Firma Siemens mit einem Pre-Engineering-Paket beauftragt. Dieses liefert alle notwendigen Informationen zur Hochspannungsanlage, die wiederum die Gebäudegestaltung beeinflussen. Zu den ersten Abstimmungen gehörten auch die Themen TGA und Brandschutz.

Die Gebäudepläne wurden im Rahmen der HOAI-Phasen 2 und 3 (Vor- und Entwurfsplanung) kontinuierlich angepasst und optimiert. In enger Zusammenarbeit mit der Bauaufsicht und nach eingehender Prüfung der textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans sowie der Abstimmung mit der Firma WiTCOM (im Hinblick auf den Rechenzentrumsbau) wurde ein detaillierter Übersichts- und Lageplan erstellt. Dieser Plan wurde mit allen Beteiligten abgestimmt.

Im Dezember 2024 wurde der finale Stand der Gebäudepläne erreicht, welcher die Grundlage für die weitere Planung bildet. Die Zeitschiene für den Projektverlauf wurde festgelegt und wird zeitnah allen Partnern kommuniziert. Ziel ist es, den Bauantrag bis Ende März bzw. Anfang April einzureichen. Alle relevanten Dokumente hierfür wurden bereits an die Projektpartner zur Bearbeitung weitergegeben.

sw netz investiert schon immer regelmäßig erhebliche Summen in die Substanzerhaltung des Netzes. Dabei werden – wie auch im Rahmen von Netzerweiterungen und Neuerschließungen – Synergieeffekte genutzt und bereits seit vielen Jahren bei allen Baumaßnahmen die Netze so strukturiert und dimensioniert, dass sie zukünftigen Anforderungen gerecht werden können. Dennoch werden mittel- bis langfristig in vielen Straßenzügen gesonderte Projekte zur Netzverstärkung erforderlich sein, zudem wird zukünftig eine deutlich wachsende Anzahl an Kabelverteilern und Ortsnetzstationen das Stadtbild erheblich beeinflussen. Um diese Beeinflussung des Stadtbildes so gering wie möglich zu



halten, hat sw netz den Kontakt zu der Landeshauptstadt Wiesbaden nochmals intensiviert und 2024 zusammen mit den städtischen Ämtern eine Konzeptplanung begonnen, um die notwendigen Genehmigungsunterlagen zu überarbeiten und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen.

Das Jahr 2024 war erneut geprägt von einem erheblichen Anstieg an Kundenmaßnahmen. Dies ist eine Folge der wirtschaftlichen Entwicklung in Wiesbaden sowie – in Zusammenhang mit der Sektorenkopplung – der zunehmenden Anfragen hinsichtlich der Wärmeerzeugung durch Strom und der Netzanschlussbegehren für elektrische Ladeinfrastruktur für Elektromobilität. Auch der steigende elektrische Leistungsbedarf für neue Wohngebiete ist im Wesentlichen auf die zunehmende Sektorenkopplung zurückzuführen. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden und auch weiterhin unter den immer schwieriger einzuschätzenden Markt- und Regulierungsbedingungen das sehr hohe Qualitätsniveau unseres Versorgungsnetzes gewährleisten zu können, waren, wie bereits in den vergangenen Jahren, neben dem zukunftsorientierten Netzausbau die wirtschaftliche und technische Optimierung ein wesentlicher Schwerpunkt der Netzentwicklung.

Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Rahmenbedingungen lag der Fokus der Netzstrategie auf einer technisch/wirtschaftlichen Gesamtbetrachtung, welche als Ziel eine langfristige Investitions- und Instandhaltungseffizienz hat. Einer konsequenten Vereinfachung von Netzstrukturen, der Digitalisierung unserer Netze sowie einer Standardisierung der eingesetzten Technik, mit dem Ziel der Senkung von Betriebs- und Investitionskosten, kommt daher hohe Priorität zu.

Im Jahr 2024 befand sich die modernisierte Netzleitstelle Konradinallee im Regelbetrieb. Die betrieblichen Abläufe konnten sich nach der Inbetriebnahme im Vorjahr schnell unter den neuen Gegebenheiten einspielen. Mit Bezug der Ersatzleitstelle steht seither eine Eins-zu-Eins-Rückfallebene für die Leitstelle Konradinallee zur Verfügung. Beide Leitstellen können alle betrieblichen Anforderungen vollumfänglich im Einzelnen oder parallel nutzen. Betriebsmittel für den Not- bzw. Krisenfall, wie z. B. das Satellitentelefon, müssten vom Hauptstandpunkt zur Notleitstelle mitgenommen werden. Die notwendigen Einrichtungen zu deren Nutzung ist auf beiden Leitstellen vorhanden.

Für das Jahr 2025 stehen mit der Umsetzung der NIS2-Richtlinie und dem KRITIS-Dach-Gesetz bedeutende regulatorische Veränderungen an. Beide Gesetzesinitiativen zielen darauf ab, die Sicherheitsanforderungen für kritische Infrastrukturen weiter zu verschärfen und treten ohne Übergangsfrist in Kraft. sw netz bereitet sich aktiv auf diese neuen Anforderungen vor und ist dank des etablierten ISMS mit den bereits implementierten Prozessen gut auf mögliche Änderungen vorbereitet.

Ein besonderer Fokus im kommenden Jahr liegt zudem auf der Weiterentwicklung der Dienstleistersteuerung und -überwachung. Die Sicherheit in der Lieferkette gewinnt zunehmend an Bedeutung, was eine konsequente Absicherung und ggf. Anpassungen bestehender Verträge erforderlich macht.





Gemäß dem Konzessionsvertrag zur Ladeinfrastruktur hat sich ESWE verpflichtet, in verschiedenen Stufen eine vertraglich festgelegte Anzahl von Ladesäulen in Betrieb zu nehmen, welche durch sw netz an das öffentliche Stromversorgungsnetz angeschlossen werden. Zum Stand 31.12.2024 wurden 98 Ladepunkte in Betrieb genommen.

Die erfolgreiche Umsetzung der Vorgaben aus diesem Konzessionsvertrag hängt im Wesentlichen von einem reibungslosen Genehmigungsprozess ab. Weiterhin ist es elementar, dass alle Projektbeteiligten durch Ihre aktive Mitarbeit zum Erfolg beitragen.

Straßenbeleuchtung

Die Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH betreibt in Taunusstein und in Wiesbaden die Straßenbeleuchtung. Die installierten Leuchten werden ausschließlich elektrisch betrieben und über Rundsteueranlagen in den Umspannwerken bzw. über zentrale Lichtmessstellen entsprechend den Lichtverhältnissen zentral gesteuert.

Die bestehende engmaschige Infrastruktur der Straßenbeleuchtung wird für andere Sparten und Dritte immer interessanter. Der Einsatz von neuen Technologien für unterschiedlichste Smart-City-Anwendungen ist in der Testphase und könnte künftig zum Standard der Straßenbeleuchtung werden:

- Meldung defekter Leuchten / Straßenbeleuchtung
- Fernschaltung der Straßenbeleuchtung
- Bedarfsgerechte Lichtsteuerung über Bewegungsmelder / Straßenbeleuchtung
- Aufbau digitaler Infrastruktur / WiTCOM

Durch verschiedene Gesetzgebungen und Richtlinien wird die Straßenbeleuchtung in den nächsten Jahren vor weitere Herausforderungen gestellt. Neben der Energieeffizienz spielen die Themen Lichtverschmutzung und Insektenverträglichkeit eine immer größere Rolle. Diese gilt es in Abstimmung mit den Ämtern zu meistern. Ein wichtiger Faktor zur Erfüllung der Vorgaben könnten der Einsatz von sensorgesteuerten Beleuchtungsanlagen und Leuchten mit warmweißen Farbtemperaturen sein.

Im Jahr 2024 wurde erstmals im Zuge des periodischen Lampenwechsels kein Eins-zu-Eins-Tausch durchgeführt, sondern eine LED-Retrofit-Lösung eingesetzt. Damit wurden in Wiesbaden 4.041 Leuchtmittel auf LED umgestellt und eine Ersparnis von 62 %, sprich 660.000 kWh/a erzielt. Für die kommenden Jahre ist die Fortführung dieser Vorgehensweise mit ähnlichen Kennzahlen angedacht. Außerdem ist gemeinsam mit dem Tiefbauamt ein LED-Programm aufgesetzt worden, das ca. 4.700 altersbedingte Leuchtenwechsel beinhaltet. Dieses Programm ist im Jahr 2024 planerisch gestartet und wird in den Jahren 2025 – 2028 umgesetzt. Damit wird die LED-Quote mittelfristig auf über 50% steigen.



Maßnahmen, die eine besondere Beleuchtungsaufgabe beinhalten, sind im Jahr 2023 begonnen bzw. durchgeführt worden:

- Objektbeleuchtung Marktkirche, Rathaus und Standesamt.
- Erprobung der Funktechnologie LoRaWan als Ersatz der Rundsteueranlage.

Nach dem Umbau der kompletten Straßenbeleuchtung der Stadt Taunusstein auf LED-Technik und der damit erreichten Energieersparnis von 845.000 kWh/a (75 % des gesamten Energiebedarfs der Taunussteiner Straßenbeleuchtung) wurde dort im Jahr 2023 der nächste Schritt Richtung klima- und insektenfreundliche Beleuchtung getätigt. In den Ortsteilen Wingsbach, Watzhahn und Orlen sind Anlagen mit bewegungsgesteuertem Licht in Betrieb gegangen. Insgesamt 14 Leuchten werden hier nur bei Bedarf für 2 Minuten auf 100 % hochgefahren. Bei Inaktivität ist die Leuchtkraft auf 25 % gedimmt. Weitere Projekte mit dieser Technik wurden für den Ortsteil Hahn im Jahr 2024 geplant und werden im Jahr 2025 umgesetzt.

Straßenbeleuchtung Bestandsdaten

	2024	2023	Veränderung %
Taunusstein			
Elektrische Leuchten	3.315 Stck.	3.295 Stck.	0,61
Anschlusswert	86 kW	86 kW	0,00
Wiesbaden			
Elektrische Leuchten	23.282 Stck.	23.257 Stck.	0,11
Anschlusswert	1.930 kW	1.969 kW	-1,98

Im Instandhaltungsbereich wurden wie auch in den vergangenen Jahren die Programme, wie z. B. zur Überspannungskontrolle, zur Maststandsicherheit und zum periodischen Lampenwechsel weitergeführt. Wesentliches Kriterium für Instandhaltungsarbeiten ist der langfristige Substanz- und Werterhalt der Beleuchtungsanlagen, durch den zukünftige Investitions- und Instandhaltungsschäus vermieden werden können.

Durch ständige Kontrollen und zeitnahe Reparaturarbeiten konnten größere Störungen der Straßenbeleuchtungsanlagen vermieden werden.

Gasversorgung

Absatz

Der seit Jahren zu verzeichnende, überwiegend durch die Energiekrise verursachte, signifikante Rückgang des Gasabsatzes setzte sich auch im Jahr 2024 fort. Der Gasabsatz an unsere Kunden ging von 1.544,7 Mio. kWh im Vorjahr nun um 5,4 % auf 1.461,1 Mio. kWh zurück. Der abermals ausgesprochen milde Winter, generelle Einsparmaßnahmen der Verbraucher sowie die nachlassende Konjunktur waren hierfür verantwortlich.

Auf die Kundengruppen entfielen hierbei folgende Absatzmengen:

Absatzmengen Gas

	2024		2023		Veränderung
	Mio. kWh	%	Mio. kWh	%	%
Tarifkunden	734,9	50,3	800,8	51,8	-8,2
Vertragskunden	293,7	20,1	250,6	16,2	17,2
Kunden Stadtgebiet	1.028,7	70,4	1.051,5	68,1	-2,2
Tarif- und Sonderkunden	147,1	10,1	224,6	14,5	-34,5
Vertragskunden	78,3	5,4	84,8	5,5	-7,7
Kunden außerhalb WI	225,3	15,4	309,4	20,0	-27,2
ESWE-Kunden	1.254,0	85,8	1.360,8	88,1	-7,9
Betriebsverbrauch	207,1	14,2	183,9	11,9	12,6
Summe	1.461,1	100,0	1.544,7	100,0	-5,4

Auch hier erfolgte der Rückgang überwiegend bei den Kundinnen und Kunden außerhalb unseres Versorgungsgebietes. Die nahezu vollständige Einstellung unserer externen Vertriebsaktivitäten führte zu einer Minderung um 27,2 %. Innerhalb unseres Versorgungsgebietes verzeichneten wir bei unseren Tarif- und Sonderkunden eine Reduzierung der Absatzmenge um 2,2 %.

Bestand Gasversorgungsleitungen

	2024	2023	Veränderung
	km	km	%
Gasmittel- und -niederdrucknetz	626	262	0,0
Gashochdrucknetz	222	221	+0,60
Summe	848	847	+0,19



Erwähnenswerte Gas-Störungen im Jahr 2024

Im Jahre 2024 kam es im Bereich der Gasversorgung zu verschiedenen Störungen an Versorgungs- und Anschlussleitungen, die im Rahmen der turnusmäßigen Rohrnetzüberprüfung lokalisiert wurden.

Darüber hinaus setzt sich der Trend weiter fort, dass immer wieder im Rahmen von Baumaßnahmen Dritter, Leitungen im Eigentum der ESWE Versorgungs AG beschädigt werden. Der Grund ist meist ein Mangel an notwendiger Sorgfalt im Zusammenhang mit Arbeiten im Bereich von in Betrieb befindlichen Versorgungstrassen.

Exemplarisch sind folgende Schadensereignisse zu nennen.

Äppelallee

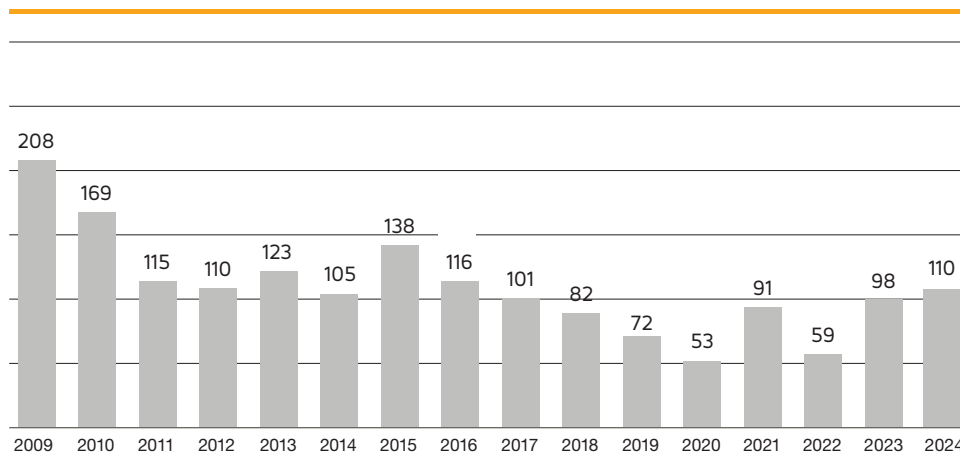
Im Rahmen der Erneuerung eines Wasserhausanschlusses, wurde im Bereich der Baugrube am 15.02. ein Gasgeruch festgestellt. Der angeforderte Gassucher bestätigte den Verdacht und löste eine entsprechende Störung aus. Im Zuge der Instandsetzungsarbeiten wurden Undichtigkeiten sowohl an einem vorhandenen Ausbläser als auch an der Gasniederdruckleitung (DN 150 aus Stahl mit Verlegejahr 1964) selbst festgestellt. Aufgrund des schlechten Zustands der Versorgungsleitung entschied man sich dazu, ca. 3 m Versorgungsleitung auszutauschen.

Saarstraße

Im Zuge der turnusmäßigen Gasrohrnetzüberprüfung wurde am Dienstagmorgen den 10.09. um 8:20 Uhr ein Gasgeruch im Kreuzungsbereich Saarstraße/Anton-Berges-Straße lokalisiert, welcher zu einer sofortigen Aufgrabung führte. Aufgrund der großflächigen Korrosion wurde die Stahl-Gasniederdruckleitung aus dem Jahr 1956 zunächst provisorisch abgedichtet. Aufgrund des sehr schlechten Zustands entschied man sich für den Austausch von ca. 54 m Versorgungsleitung.

Die Entwicklung der Störungen im Gasnetz ist der nachfolgenden Grafik zu entnehmen:

Anzahl der Störungen im Gasnetz





Das neu installierte Druckminder-ventil im Schachtbauwerk in der Weihergasse trägt zur Druckregelung der Wasserzonen in den Stadtteilen Schierstein und Biebrich bei.

Wasserversorgung

Aktuelle Lage der Wiesbadener Trinkwasserversorgung

Auch die Wasserversorgung in Wiesbaden steht vor bedeutenden Herausforderungen, die vor allem durch die Auswirkungen des Klimawandels und das Wachstum der Bevölkerungszahlen bedingt sind, was zu einem steigenden Wasserverbrauch führt. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, wurde der wasserwirtschaftliche Fachplan vom Hessischen Umweltministerium erarbeitet und veröffentlicht.

Dieser Plan fokussiert sich auf zwei wesentliche Aspekte:

- Ressourcenschonender Umgang mit Wasser (z. B. durch Vermeidung nennenswerter Wasserverluste und Analyse spezifischer Wasserverbräuche)
- Lastenausgleich zwischen urbanen Ballungsräumen und ländlichen Regionen

Ein konkretes Beispiel für diese neue Denkweise ist das derzeit laufende städtebauliche Wettbewerbsverfahren für das Entwicklungsgebiet Wiesbaden-Ostfeld. Hier wird das Thema Wasser erstmals ganzheitlich, integrativ und nachhaltig betrachtet. Dabei werden Niederschlagswassermanagement, Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung gemeinsam gedacht.

Auswirkungen durch die Bevölkerungsentwicklung

Bisherige Berechnungen des statistischen Landesamts gingen davon aus, dass insbesondere durch die Ausweisung von neuen Siedlungsgebieten im östlichen Stadtgebiet die Bevölkerungszahl bis 2050 deutlich steigen würde. In manchen Szenarien wurde durchaus eine Überschreitung der 300.000-Einwohner-Marke gesehen.

Diese Marke wurde, entgegen früheren Presseberichten, bereits in den vergangenen Monaten erreicht. Als Reaktion auf diese Entwicklung wurde der Zielnetzprozess initiiert, der mit unserem Vorlieferanten Hessenwasser die notwendigen Anpassungen und Erweiterungen der Versorgungsnetze erarbeitet. Daraus werden anschließend konkrete Maßnahmen zur Anpassung der vorhandenen Netzstrukturen abgeleitet.



Auswirkungen des Klimawandels

Die aktuellen Klimaprojektionen für Hessen weisen deutliche Klimaveränderungen bis 2100 aus. Zusammenfassend lassen sich die Veränderungen wie folgt beschreiben:

- Zunahme von heißen Tagen (Tageshöchsttemperatur über 30 °C)
- Abnahme von Frosttagen (Tagestiefsttemperatur unter 0 °C)
- Deutliche Zunahme von Wärmeperioden (mind. sechs aufeinanderfolgende Tage, an denen die Höchsttemperatur höher ist als an 10 % der wärmsten Tage im Jahr)
- Verschiebung der Niederschläge vom Sommer in den Winter, verbunden mit einer Zunahme von längeren Trockenperioden im Sommer
- Steigende Tendenz für Starkregentage trotz ausgeprägter Trockenperioden

Die Folgen dieser Klimaveränderungen für die Wasserversorgung lassen sich hierbei auf zwei zentrale Bereiche eingrenzen:

- Zunahme der Spitzenverbräuche
- Ressourcenverknappung in den Hauptlastmonaten (Sommer)

Besonders die Zunahme der Spitzenverbräuche haben Auswirkungen auf die Versorgungsnetze der ESWE Versorgungs AG, während die klimabedingte Ressourcenverknappung die vorgelagerten Versorgungsnetze der Hessenwasser GmbH & Co. KG beeinträchtigt. Ein gemeinsamer Expertenkreis entwickelt derzeit eine abgestimmte Zielnetzplanung. Ein Schwerpunkt liegt hierbei insbesondere in der Anpassung der Netztopologie an die veränderten Bedürfnisse und die Sicherstellung der Ressourcen. Insbesondere der Neubau der Riedleitung, die Wiesbaden und den Rheingau Taunus-Kreis mit den Wasservorkommen im Hessischen Ried verbindet, führt in den nächsten Jahren zu enormen Investitionssteigerungen.

Betrieb

Im Berichtsjahr 2024 wurden insgesamt 6.282 m Wasser-Versorgungsleitungen rehabilitiert bzw. erneuert, was einer Erneuerungsrate von ca. 0,85 % entspricht.

Im Wesentlichen kamen hierbei Rohre aus Polyethylen zum Einsatz. Ab einer Nennweite von 200 wird auf Rohre aus duktilem Gusseisen zurückgegriffen.

Bestand Wasserversorgungsleitungen

	2024	2023	Veränderung %
Wasserversorgungsleitungen (km)	738	738	0,00
Anzahl Hausanschlüsse (Stück)	34.144	34.132	0,04

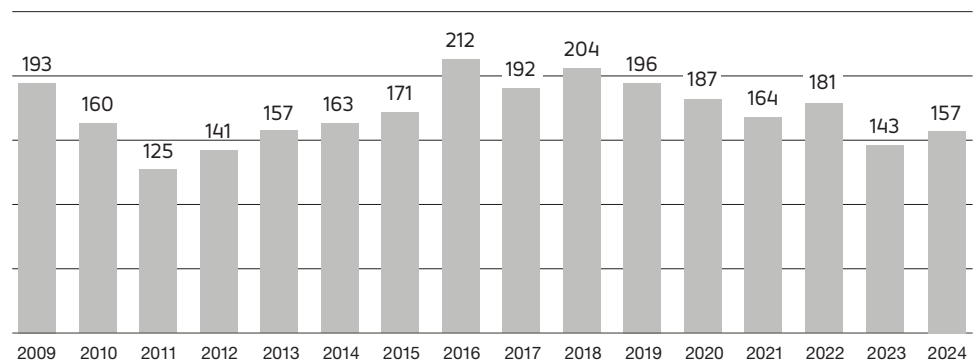
Erwähnenswerte Wasser-Störungen

Im Jahr 2024 kam es zu einer Reihe von Störungen im Wassernetz mit zum Teil erheblichen Wasseraustritten und damit verbundenen Schäden. Sowohl die Wasserleitungen aus duktilem Gusseisen der ersten Generation der 1960er und 1970er Jahre sorgten wieder für eine Vielzahl an Störungseinsätzen als auch mehrere größere Störungen an Hauptversorgungsleitungen der Dimensionen DN150 bis DN500 aus Grauguss der 1950er und 1960er Jahre.

Exemplarisch sei hier der Wasserschaden im Bereich des Wiesbadener Hauptbahnhofs genannt.

Für extreme Verkehrsbehinderungen auf einer der Haupteinfallsstraßen in Richtung Innenstadt sorgte am 26.06.2024 die Meldung über einen massiven Wasseraustritt im Kreuzungsbereich des Bahnhofplatzes. Durch die unmittelbar erfolgte Störungslokalisierung wurde schnell klar, dass es sich bei dem betreffenden Rohrbruch um die Förderleitung in der Dimension DN 500 aus dem Jahr 1953 handeln musste. Im Rahmen der Störungsbeseitigung wurde die ganze Nacht durchgearbeitet, um die Schadensstelle freizulegen. Im Rahmen der Aufgrabung wurde festgestellt, dass es sich um einen Schalenbruch handelte. Man entschied sich ca. 7 m Rohr auszutauschen, sodass die Förderleitung am frühen Morgen des nachfolgenden Tages wieder in Betrieb gehen konnte. Der große Folgeschaden bedingt durch den starken Wasseraustritt und die daraus erwachsene Notwendigkeit einer Vollsperrung aller Fahrspuren sorgte für immense Auswirkungen auf den Wiesbadener Stadtverkehr. Dennoch konnten Synergieeffekte genutzt werden. So ließ das Tiefbauamt der Landeshauptstadt Wiesbaden im abgesperrten Bereich noch Teile der Fahrbahndecke der vielbefahrenen Straße erneuern, ohne hierfür eigens eine Baustelle einrichten zu müssen.

Anzahl der Störungen im Wassernetz



Fernwärmeversorgung

Aktuelle Herausforderungen der Wiesbadener Fernwärmeversorgung

Der Ausbau unseres Fernwärmenetzes verläuft primär kundengetrieben. Parallel dazu laufen die Vorbereitungen für die Kommunale Wärmeplanung, die eine strategische Orientierung für die künftige, klimaneutrale Wärmeversorgung in der Landeshauptstadt Wiesbaden bietet. Die Kommunale Wärmeplanung ist ein Instrument der Stadt- und Regionalentwicklung, das darauf abzielt, die optimale Wärmeversorgung für verschiedene Gebiete zu identifizieren. Wir analysieren hierbei die bestehenden Infrastrukturen, Wärmebedarfe und Potentiale erneuerbarer Energiequellen, um Empfehlungen für den künftigen Ausbau geben zu können. Die Kommunale Wärmeplanung, die bis 2026 umgesetzt werden muss, dient als Orientierung für Kommunen, Energieversorger und Gebäudeeigentümer zur Erreichung der Klimaziele bis 2045.

Ein zentraler Einflussfaktor für den Ausbau der Fernwärme ist die Wirtschaftlichkeit. Investitionen in die Infrastruktur sind langfristig angelegt und müssen sich über einen längeren Zeitraum amortisieren. Hierbei sind nicht nur die Erschließung neuer Netzgebiete, sondern auch die Optimierung bestehender Netze von Bedeutung. Effizienzsteigerungen, insbesondere durch Rücklauftemperaturabsenkungen und eine intelligente Netzauslastung, tragen dazu bei, die Wirtschaftlichkeit zu verbessern.

Betrieb

Der Ausbau der umweltfreundlichen Fernwärme in Wiesbaden wurde auch in 2024 konsequent fortgesetzt. Der Schwerpunkt lag hierbei weiterhin im Ausbau der Fernwärmeversorgung in der Innenstadt.

ESWE Versorgung leistet hiermit einen weiteren Beitrag zur Entlastung des Stadtklimas von Treibhausgasen und Schadstoffemissionen. Der Fernwärmeausbau stellt einen wesentlichen Baustein des Luftreinhalteplans dar.

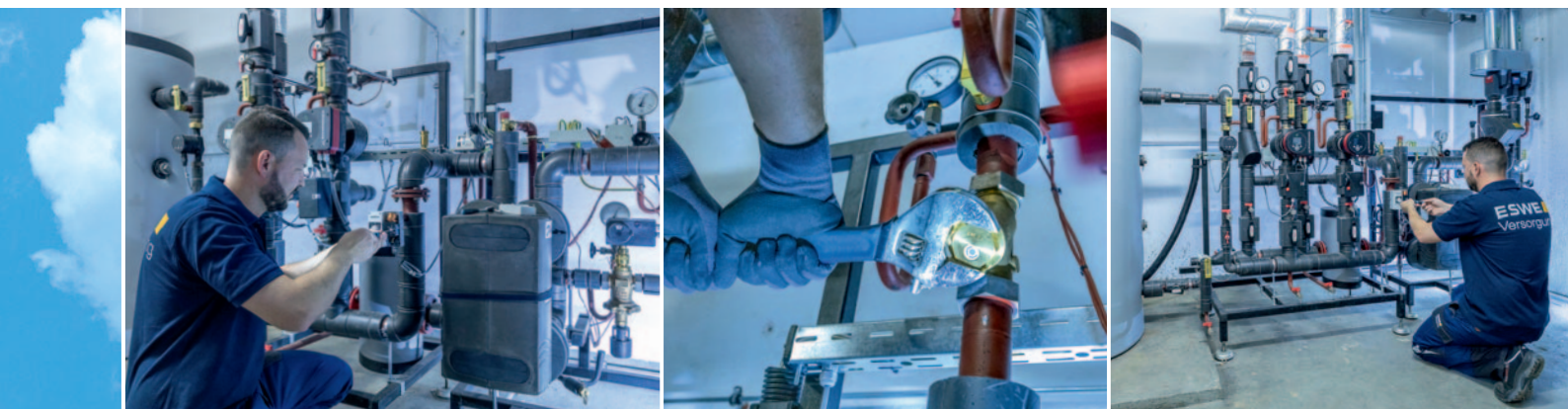
Die zentrale Versorgung der Innenstadt mit Wärme wird vor allem über unser Biomasseheizkraftwerk (BMHKW) gedeckt.

Der CO₂- und Primärenergiefaktor des Fernwärmenetzes ermöglicht insbesondere im Gebäudebestand eine weitestgehend CO₂-freie Wärmeversorgung bei Umstellung auf Fernwärme. Durch die Einbindung des im Bau befindlichen Müllheizkraftwerks wird dieser Faktor nochmals reduziert.

Bestand Fernwärme Trassenlänge

	2024 km	2023 km	Veränderung %
Fernwärmenetz ¹	125,03	122,68	1,92
Fern- und Nahwärmeinseln	5,40	4,48	20,54
Netzlänge gesamt	130,43	127,16	3,03
Netzanschlüsse Fernwärme² (Stck.)	1.820	1.775	2,54

¹ Netzverbund, inkl. Sekundärnetze ² Netzverbund, inkl. Sekundärinseln



Telekommunikation

Die Telekommunikationsbranche befindet sich seit dem flächendeckenden Glasfaserausbau in Wiesbaden im Umbruch. Die Wettbewerbssituation in Standardprodukten verschärft sich zunehmend. Mit der bereits in den vergangenen Jahren eingeschlagenen Strategie, den Fokus auf einen zielgerichteten Infrastruktur- und Rechenzentrumsausbau zu legen, sichert sich die ESWE Versorgungs AG gemeinsam mit unserem Tochterunternehmen WiTCOM GmbH mit gezielten Investitionen unsere Marktanteile.

Hierbei unterscheiden uns Themen wie Hochverfügbarkeit, Sicherheit (Kritis), Flexibilität, Kundennähe und Realisierungszeiten nicht unerheblich von unseren Wettbewerbern. Dem zunehmenden Bedarf an Lösungen zur Bedienung intelligenter Netze oder der Übertragung von Messwerten wird mit der Entwicklung individueller Lösungsansätze begegnet.

Trotz des steigenden Wettbewerbs durch den flächendeckenden Glasfaserrollout (FTTH-Ausbau) verschiedener bundesweit tätiger Netzbetreiber konnte im Jahr 2024 ein bedeutender Vertrag zur Bereitstellung von Backboneinfrastruktur geschlossen werden. Diese Kooperation trägt zur Beschleunigung der flächendeckenden Glasfaserversorgung der Landeshauptstadt Wiesbaden unter anderem in den östlichen Vororten bei. Die Nutzung vorhandener Ressourcen ist neben dem wirtschaftlichen Aspekt auch nachhaltig und entlastet die Bürger und Bürgerinnen von zusätzlichen Baumaßnahmen.

Netzdaten

Im Berichtsjahr 2024 wurden folgende besondere Maßnahmen/Projekte umgesetzt:

- Anbindung für rund 30 Mobilfunkstandorte Wiesbaden und der Region
- Glasfaseranbindungen zu zentralen Knotenpunkten für verschiedene Dienstleister in Wiesbaden und der Region
- Weiterer Ausbau des Funk LoRaWAN Netzes und Nutzung zum automatisierten Auslesen der Fernwärmezähler

Bestand Trassenlänge

	2024 km	2023 km	Veränderung %
Telekommunikationsnetz	1.886	1.870	0,85



Unser Tochterunternehmen WiTCOM

Unsere Telekommunikationstochter, die Wiesbadener Informations- und Telekommunikationsgesellschaft mbH (WiTCOM), hat ihre Position als regionaler Anbieter von professionellen Telekommunikations- und Infrastrukturdiensten für den B2B- und den Carrier-Markt auch in diesem Geschäftsjahr behauptet und ausgebaut. Durch die Verantwortung für die Planung und Vermarktung der Telekommunikations- und Funknetzinfrastruktur sowie die Schärfung des Leistungs- und Produktportfolios für ITK-Anwendungen, bestehen weiterhin gute Voraussetzungen für die Geschäftsentwicklung und Erschließung von neuen Potentialen.

Die regionale Übertragungsinfrastruktur für das Glasfasernetz (LWL) sowie die Funknetzinfrastruktur für Smart City und Internet of Things (IoT) Anwendungen wird kontinuierlich ausgebaut. Auf Basis eigener Infrastruktur und Rechenzentrumsanwendungen, werden professionelle ITK-Produkte und Services vermarktet. Mit dieser zukunftsorientierten Basis sind die Voraussetzungen für ein nachhaltiges und solides Wachstum gegeben. Durch die Vermarktung von eigenen Services und Leistungen an Netz- und Serviceprovider (Wholesale), profitiert WiTCOM vom positiven Klima im ITK-Markt und einer weiterhin stabilen Entwicklung.

Qualität, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit für Kundenservices und Netzinfrastruktur sind nach wie vor wesentlichen Ziele. WiTCOM verfügt über TÜV-Zertifizierungen nach DIN ISO27001 Informationssicherheits-Managementsysteme (ISMS) und EN50600 für Rechenzentrumservices, die regelmäßig überprüft werden. Weiterhin ist WiTCOM Mitglied in den zentralen Branchenverbänden BREKO (Bundesverband Breitbandkommunikation), eco (Verband der Internetwirtschaft) und VKU.

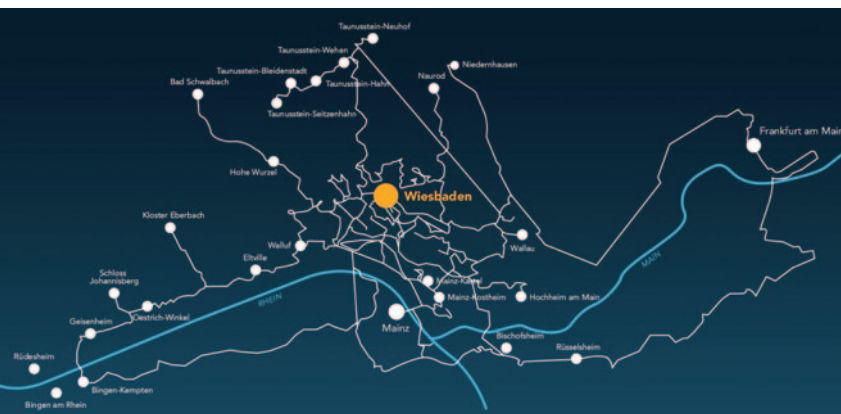
Geschäftsverlauf 2024

Der ITK-Markt gestaltet sich weiterhin als sehr wettbewerbsintensiv und dynamisch. In den letzten Jahren sind neben den bestehenden Marktakteuren zahlreiche neue Unternehmen im Bereich Glasfaserausbau aktiv, die im Wesentlichen den Ausbau für den Privatkundenmarkt im Fokus haben.

In Zeiten fortschreitender Digitalisierung ist eine digitale Grundversorgung unabdingbar. Hier legen auch kommunale Unternehmen die Grundlage für Smart City, künstliche Intelligenz und flächendeckenden Glasfaserausbau für moderne, smarte und digitale Städte und Regionen der Zukunft.

Folgende Themen stehen im Fokus unserer Geschäftstätigkeit:

- Erhöhung der Umsatzmargen, Kostenreduktion für externe Leistungen
- Ausbau der Infrastruktur (LWL, Rechenzentrum, Funklösungen, Clouddienste)
- Vermarktung von langfristigen Lösungen und Services auf Basis der eigenen Infrastruktur
- Investitionen in neueste Technologie- und Sicherheitsstandards



Die zunehmende Digitalisierung und die steigenden Sicherheitsstandards in vielen Bereichen sowie die damit verbundenen Anforderungen an Übertragungsnetze bieten interessante Potentiale für Wachstum und neue Projekte. Die alternativen Netzbetreiber und Versorger sind wesentliche Garanten für einen flächendeckenden Infrastrukturausbau. Mit diesem Hintergrund ist die eigene Geschäftsentwicklung insgesamt als günstig zu beurteilen, da der Bedarf an Übertragungsnetzen und den damit verbundenen Infrastruktur-lösungen weiterhin steigt.

Produktbereich Standortvernetzung

Die Services im Bereich Standortvernetzungen umfassen folgende Anbindungen:

- Ethernet und Fiber Channel Link
- LWL Link
- MPLS VPN
- Cross Connect
- Cloud Link
- Smart City Link

Kundenindividuelle Anbindungskonzepte (Punkt-zu-Punkt) werden mit marktkonformen Service Level umgesetzt. Der Ausbau von leistungsfähiger Glasfaserinfrastruktur wird in der Region (Wiesbaden, Mainz, Rheingau-Taunus, Rhein-Main) kontinuierlich fortgeführt. Durch den Ausbau ergeben sich zusätzliche Vermarktungspotentiale bei Geschäftskunden und Wholesale-Anbindungen.

Die Funknetzinfrastruktur auf Basis der LoRaWAN-Technologie deckt im Wesentlichen das Versorgungsgebiet der Gesellschafterin ab und ist im Rahmen von Smart City sowie IoT Projekten eine wichtige Basis für neue Anwendungen und Lösungen. Der weitere Ausbau erfolgt im Wesentlichen projektorientiert.

Produktbereich Sprach- und IT-Services

In diesem Produktbereich werden Services auf Basis folgender Produkte vermarktet:

- Digitalfunk
- Sonderprodukte z. B. Antiviruslizenzen, IP-Adressen, Hardware
- IT-Infrastrukturservices und Lösungen

In diesem Produktbereich werden individuelle IT-Kundenlösungen und Leistungen im Rahmen der Infrastruktur für den digitalen Betriebsfunk und „Schwarzfall“-Lösungen vermarktet.

Produktbereich Internetdienste

Der Produktbereich für Internetdienste umfasst:

- Internet Premium Lösungen
- Internet Basic Lösungen
- DDoS-Schutz
- E-Mail Security
- Managed Firewall
- Domain Services
- Internet Access

Der Bedarf an professionellen und sicheren Bandbreitenlösungen ist nach wie vor steigend. Sowohl bei Geschäftskunden als auch bei Service Providern sind stabile Anbindungen sowie kurze Bereitstellungszeiten wesentliche Qualitätsmerkmale. Zur Sicherstellung der Anforderungen und der Wettbewerbsfähigkeit, wird die technische Backbone-Infrastruktur auf dem neusten Stand der Technologie und Sicherheitsstandards gehalten. Die Nachfrage nach Sicherheitskonzepten aufgrund von gesetzlichen Vorgaben und redundanten Lösungen ist steigend.

Produktbereich DataCenter und Cloud-Dienste

Der Produktbereich beinhaltet folgende Services:

- Virtual Datacenter (VDC)
- Sync & Share
- Simple Storage
- Serverhousing
- Notfallarbeitsplätze

Um sich auf dem wettbewerbsintensiven Markt zu behaupten und um Mehrwerte für die Kernprodukte zu generieren, stehen ITK-Paketlösungen im Fokus der Vermarktung. Der Vertrieb von kundenindividuellen ITK-Services für Cloud-Dienste, Datenspeicherung und -verarbeitung sowie Virtualisierung entwickelt sich positiv und soll weiter ausgebaut werden.

Die Klimainfrastruktur im Rechenzentrum DataCenter 1 ist komplett auf den neusten Stand der Technik umgebaut worden und die Kapazität der Flächen wurde um einen zusätzlichen Bereich erweitert. Der neue Bereich konnte bereits zum Beginn des neuen Geschäftsjahres komplett vermietet werden. Zur Kapazitätserweiterung wird geprüft, ob der Bau eines neuen Rechenzentrums in Verbindung mit dem Bau eines Umspannwerks umgesetzt werden kann.

Die Services für Lösungen mit Sicherheits-/Backupkonzepten und in Verbindung mit Rechenzentrumsservices werden weiter ausgebaut.

Produktbereich Bereitstellung und Installation

Dieser Produktbereich umfasst im Wesentlichen Einmalentgelte für die Bereitstellung von Services und Inhouseverkabelung.

Produktbereich Projekte

Dieser Bereich beinhaltet hauptsächlich individuelle Lösungen für stadtnahe Projekte wie z. B. Anbindungen für Lichtsignalanlagen (DIGI-V), die Anbindung von Schulen (WiSaN) oder das physikalische städtische Weitverkehrsnetz.

Im TK-Markt besteht weiterhin eine hohe Dynamik und unterliegt einem hohen Preis- und Wettbewerbsdruck. Sowohl im Mittelstand als auch bei größeren Unternehmen ist der Bedarf an stabilen und professionellen Bandbreiten sowie individuellen Sicherheitslösungen und -konzepten steigend.



Bericht über das Geschäftsjahr

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2024

Aktiva

	Anhang	31.12.2024		31.12.2023
		T €	T €	T €
A. Anlagevermögen	(1)			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		877		658
II. Sachanlagen		209.240		197.803
III. Finanzanlagen		165.190		171.960
			375.307	370.421
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	(2)	18.356		15.439
II. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände (3)		43.316		46.747
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		21.543		44.992
			83.215	107.178
C. Rechnungsabgrenzungsposten			581	3.588
			459.103	481.187

Passiva

	Anhang	31.12.2024		31.12.2023
		T €	T €	T €
A. Eigenkapital	(4)			
I. Gezeichnetes Kapital		66.013		66.013
II. Kapitalrücklage		25.426		25.426
III. Gewinnrücklage		35.131		35.131
IV. Bilanzgewinn		0		0
			126.570	126.570
B. Empfangene Ertragszuschüsse			27.685	28.009
C. Rückstellungen	(5)		91.974	111.630
D. Verbindlichkeiten	(6)		212.874	214.912
E. Rechnungsabgrenzungsposten			0	66
			459.103	481.187

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024

	Anhang	2024 T €	2023 T €
1. Umsatzerlöse	(10)	534.653	634.062
2. Veränderung des Bestands an unfertigen Leistungen		69	811
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	(11)	2.674	1.873
4. Sonstige betriebliche Erträge	(12)	30.279	6.383
5. Materialaufwand	(13)	387.160	483.927
6. Personalaufwand	(14)	55.317	52.026
7. Abschreibungen	(15)	15.673	14.570
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(16)	36.261	49.684
9. Betriebliches Ergebnis		73.264	42.922
10. Beteiligungsergebnis	(17)	17.765	30.534
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen	(18)	8.965	0
12. Zinsergebnis	(19)	2.218	1.281
13. Ergebnis vor Steuern		84.282	74.737
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(20)	5.544	3.939
15. Ergebnis nach Steuern		78.738	70.798
16. Sonstige Steuern	(21)	440	237
17. Unternehmensergebnis		78.298	70.561
18. Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen	(22)	0	10.000
19. Aufwendungen für Ausgleichszahlungen	(22)	29.779	21.109
20. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags abgeführter Gewinn	(23)	48.519	39.452
21. Bilanzgewinn		0	0

Anhang für das Geschäftsjahr

Allgemeine Angaben

Die ESWE Versorgungs AG (ESWE Versorgung) hat ihren Sitz in Wiesbaden und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Wiesbaden unter HRB 2105.

Der Jahresabschluss entspricht den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches in der derzeit gültigen Fassung und des Aktiengesetzes. Es gelten gemäß § 267 Abs. 3 HGB die Bestimmungen für große Kapitalgesellschaften.

Nach § 265 Abs. 7 Nr. 2 HGB wird in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung auf eine weitere Untergliederung der einzelnen Posten verzichtet. Die zusammengefassten Posten werden im Anhang gesondert ausgewiesen, da hierdurch die Klarheit der Darstellung vergrößert wird. Das Gliederungsschema der Bilanz ist gem. § 265 Abs. 5 und 6 HGB um Besonderheiten in der Versorgungswirtschaft erweitert.

Der Klarheit der Darstellung wegen sind auch die alternativ in Bilanz bzw. in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang auszuweisenden Davon-Vermerke im Anhang angegeben bzw. erläutert.

Der Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung liegt das Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB zugrunde.

Der seit 2010 zwischen der WVV Wiesbaden Holding GmbH, die 50, 62 % der Anteile an der Gesellschaft hält, und der ESWE Versorgung bestehende Ergebnisabführungsvertrag wurde mit Datum vom 20. Dezember 2023 neu gefasst. In dem Vertrag ist unverändert vereinbart, dass an den Gesellschafter Thüga Aktiengesellschaft, der 49,38 % der Anteile hält, eine Ausgleichszahlung zu leisten ist.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen unverändert.

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten erfasst und werden linear nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Im Falle einer dauerhaften Wertminderung erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und – soweit abnutzbar – abzüglich planmäßiger Abschreibungen bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die Herstellungskosten umfassen neben den Einzelkosten auch Material- und Fertigungsgemeinkosten. Die Gemeinkosten werden auf Basis der bei normaler Beschäftigung und unter wirtschaftlichen Bedingungen anfallenden Kosten ermittelt. Zinsen auf Fremdkapital und Verwaltungskosten werden nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen die in den steuerlichen Abschreibungstabellen vorgegebenen Nutzungsdauern zu Grunde, soweit die dort genannten Nutzungsdauern innerhalb der handelsrechtlich zulässigen Bandbreiten liegen.

Neben der linearen findet auch die degressive Abschreibungsmethode Anwendung. Ab dem 1. Januar 2010 werden alle abnutzbaren Anlagenzüge nach der linearen Abschreibungsmethode abgeschrieben. Für Sachanlagen, die bereits zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 vorhanden waren und degressiv abgeschrieben wurden, wurde die degressive Abschreibung fortgeführt. Die Abschreibungen sind bei den Altbeständen entsprechend den voraussichtlichen Nutzungsdauern und soweit steuerlich zulässig nach der degressiven Metho-

de mit steuerlich zulässigen Sätzen unter Berücksichtigung des Beibehaltungswahlrechts gemäß Artikel 67 Abs. 4 EGHGB in Höhe von 1.310 T€ vorgenommen worden.

Nutzungsdauern

Nutzungsdauer in Jahren	
Immaterielle Vermögensgegenstände	
Entgeltlich erworbene Software	3–5
Grunddienstbarkeiten für Leitungswege	20–40
Sachanlagen	
Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3–50
Anlagen der Stromverteilung	20–33
Anlagen der Gasverteilung	20–40
Anlagen der Wasserverteilung	40
Anlagen der Fernmeldedienste	18–25
Anlagen der Nah- und Fernwärme	15–20
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3–15

Abnutzbare Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 800 € werden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben.

Die geleisteten Anzahlungen werden zum Nennbetrag angesetzt.

Bei den Finanzanlagen sind die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen zu Anschaffungskosten bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Verzinssliche Ausleihungen sind zum Nennwert, unverzinssliche zum Barwert angesetzt. Hierbei wurde ein Zinssatz von 5,5 % p. a. zugrunde gelegt.

Die in den Vorräten ausgewiesenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, die auch Emissionszertifikate beinhalten, sowie Waren werden zu durchschnittlichen fortgeschriebenen Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips nach dem Grundsatz der Einzelbewertung angesetzt. Bestandsrisiken aufgrund verminderter Verwertbarkeit oder langer Lagerdauer wird durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen. Die unfertigen Leistungen werden in Höhe der Herstellungskosten (s. o.) bilanziert.

Bei den grundsätzlich zum Nennwert bilanzierten Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen wurden alle erkennbaren Risiken durch Bewertungsabschläge berücksichtigt. Darüber hinausgehende Ausfallrisiken werden bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen unverändert durch eine Pauschalwertberichtigung von 1 % des Nettoforderungsbestands berücksichtigt. Innerhalb der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und gegen verbundene Unternehmen sind sorgfältig ermittelte Schätzbeiträge für die erst bei der Durchführung der Jahresabrechnung abrechnungsfähigen Verbrauchswerte erfasst. Erhaltene Abschlagszahlungen von Kunden sind damit verrechnet. Der Verbrauch von Vertriebspartnern, Großkunden und – soweit vertraglich vereinbart – von Geschäftskunden wird monatlich nach durchgeführter Zählerablesung abgerechnet, während der Verbrauch für die übrigen Geschäftskunden sowie für die Tarifikunden lediglich einmal jährlich (rollierende Jahresverbrauchsablesung) ermittelt und anschließend unter Anrechnung der unterjährig vereinnahmten Abschlagszahlungen abgerechnet wird. Aufgrund der rollierenden Ablesung liegen für diesen Teil der Kunden keine aktuellen Ablesedaten zum Bilanzstichtag vor. Dies führt zu der Notwendigkeit der Durchführung einer Jahresverbrauchsabgrenzung zum Bilanzstichtag auf der Grundlage der aktuellen Tarife und eines angenommenen Verbrauchsverhaltens. Die derart ermittelten Verbrauchsabgrenzungen betragen am Abschlussstichtag 145,5 Mio. € (Vorjahr 192,5 Mio. €) und werden unter den Umsatzerlösen sowie abzüglich erhaltener Anzahlungen unter den korrespondierenden Bilanzposten ausgewiesen.

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden bei Bestehen einer Aufrechnungslage im Sinne des § 387 BGB miteinander saldiert.

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten und das Eigenkapital werden zum Nennwert bewertet.

Die unter den empfangenen Ertragszuschüssen ausgewiesenen Baukostenzuschüsse, die bis zum 31. Dezember 2002 vereinnahmt wurden, werden mit 5 % des Ursprungswertes aufgelöst. Die Baukostenzuschüsse, die in der Zeit vom 1. Januar 2003 bis 31. Dezember 2009 vereinnahmt wurden, wurden von den ursprünglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten aktivisch abgesetzt. Die seit dem Geschäftsjahr 2010 vereinnahmten Baukostenzuschüsse werden wieder als Passivposten gezeigt und über den Zeitraum ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer aufgelöst.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren ungewissen Verbindlichkeiten sowie sonstige Risiken. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages bemessen.

Bei der Rückstellungsbewertung werden zukünftige Preis- und Kostensteigerungen mit einbezogen. Ferner werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr grundsätzlich mit einem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Geschäftsjahre, der von der Deutschen Bundesbank veröffentlicht wird, abgezinst.

Rückstellungen für Pensionen wurden gemäß § 249 Abs. 1 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 HGB ermittelt und beruhen auf versicherungsmathematischen Werten, die unter Anwendung der Projected Unit Credit Method (PUCM) auf Basis der Richttafeln 2018G von Prof. Dr. Klaus Heubeck ermittelt wurden. Es wird eine pauschale Rentensteigerung von 2,20 % p. a. (Vorjahr 2,20 % p.a.) sowie eine Einkommenssteigerung von 2,50 % p. a. (Vorjahr 2,50 % p.a.) unterstellt. Zum 31. Dezember 2024 ergibt sich unter Berücksichtigung eines Rechnungszinses im Durchschnitt der letzten 10 Jahre ein Erfüllungsbetrag von 8.482 T€. Der zu ermittelnde Unterschieds-

betrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB unter Berücksichtigung eines Rechnungszinses im Durchschnitt der letzten 7 Jahre beläuft sich zum Bilanzstichtag auf -44 T€. Der laufende Zinsaufwand sowie der Effekt aus der Änderung des Zinssatzes (1,90 % p.a.; Vorjahr 1,82 % p. a.) sind im Zinsergebnis des laufenden Jahres ausgewiesen. Es wird eine pauschale Restlaufzeit der Verpflichtungen von 15 Jahren angenommen.

Die Gesellschaft hat langfristig fällige Verpflichtungen aus Wertguthaben für Langzeitkonten. Diese werden gem. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den durch den beauftragten Treuhänder verwalteten Kapitalanlagen verrechnet. Die Anschaffungskosten und der beizulegende Wert dieser Kapitalanlagen betragen zum Bilanzstichtag 1,7 Mio. €. Aufgrund der stets korrespondierenden Wertentwicklung von Rückstellungen und Deckungsansprüchen sind keine abführungsgespernten Erträge entstanden.

Für die Beschäftigten der ESWE Versorgung besteht aufgrund der arbeitsvertraglichen Regelungen zudem eine mittelbare Pensionsverpflichtung im Zusammenhang mit dem Sanierungsbeitrag zur Zusatzversorgungskasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände Wiesbaden, die nach Art. 28 Abs. 1 EGHGB zu einem Passivierungswahlrecht führt. Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 wurde, wie in Vorjahren, von einer Passivierung wegen der Probleme bei der Ermittlung des Rückstellungsbetrages abgesehen. Wesentliche Einflussfaktoren für die Verpflichtungshöhe sind der seit dem 1. Januar 2021 geltende Umlagensatz zum Sanierungsgeld von 1,40 % p. a. und die Zusatzumlage von 9,00 % p. a. für die Bemessungsgrundlage der Umlage in Höhe von 39.599 T€, die im Geschäftsjahr 2024 zu einer Sanierungsgeldzahlung in Höhe von 554 T€ geführt hat.

Die Altersteilzeitrückstellungen wurden gemäß § 249 Abs. 1 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 HGB ermittelt. Unter Verwendung eines Abzinsungssatzes gemäß RückAbzinsV und einer zugrunde gelegten Einkommenssteigerung von 2,50 % p. a. (Vorjahr: 2,50 % p. a.) ergab sich zum Bilanzstichtag ein Erfüllungsbetrag von 978 T€. Der laufende Zinsaufwand sowie der Effekt aus der Aufzinsung (Zinssatz 1,50 % p. a.; Vorjahr 0,99 % p.a.) sind im Zinsergebnis des laufenden Jahres ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben bzw. Einnahmen erfasst, die Aufwand bzw. Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Erläuterungen zur Bilanz

(1) Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist dem als Anlage zum Anhang beigefügten Anlagenspiegel zu entnehmen.

Anschaffungs- und Herstellungskosten

	Vortrag zum 01.01.2024 T€	Zugänge Kapital- zuschüsse (K) T€	Umbuchungen T€	Abgänge T€	Veränderungen aus Über- tragungen T€	Stand am 31.12.2024 T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
Entgeltlich erworbene Lizenzen	10.128	490	0	36	-20	10.562
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	63.431	595	4.757	0	0	68.783
2. Verteilungsanlagen	561.009	12.770 130 (K)	3.635	1.105	-608	575.571
3. Technische Anlagen und Maschinen	29.622	3.088 139 (K)	11.470	415	0	43.626
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	24.137	1.553	0	693	-506	24.491
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	17.284	6.752	-16.170	0	0	7.866
	695.483	24.758 269 (K)	3.692	2.213	-1.114	720.337
Summe immaterielle Vermögens- gegenstände und Sachanlagen	705.611	25.248 269 (K)	3.692	2.249	-1.134	730.899
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	51.215	0	0	0	0	51.215
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	6	0	0	5	0	1
3. Beteiligungen	93.188	0	0	0	0	93.188
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	30.065	2.206	0	0	0	32.271
5. Sonstige Ausleihungen und Genossenschaftsanteile	1.024	0	0	6	0	1.018
	175.498	2.206	0	11	0	177.693
Summe Anlagevermögen	881.109	27.454 269 (K)	3.692	2.260	-1.134	908.592

Kumulierte Abschreibungen

Buchwerte

Vortrag zum 01.01.2024	Abschreibungen des Geschäfts- jahres	Abgänge	Veränderungen aus Über- tragungen	Umbuchungen	Stand am 31.12.2024	31.12.2024	31.12.2023
T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
9.470	263	28	-20	0	9.685	877	658
52.793	1.485	0	0	0	54.278	14.505	10.638
403.818	10.904	1.063	-269	0	413.390	162.181	157.191
20.774	1.694	173	0	663	22.958	20.668	8.848
20.295	1.327	689	-462	0	20.471	4.020	3.842
0	0	0	0	0	0	7.866	17.284
497.680	15.410	1.925	-731	663	511.097	209.240	197.803
507.150	15.673	1.953	-751	663	520.782	210.117	198.461

1.500	2.100	0	0	0	3.600	47.615	49.715
0	0	0	0	0	0	1	6
0	365	0	0	0	365	92.823	93.188
2.037	6.500	0	0	0	8.537	23.734	20.028
1	0	0	0	0	1	1.017	1.023
3.538	8.965	0	0	0	12.503	165.190	171.960
510.688	24.638	1.953	-751	663	533.285	375.307	370.421

Angaben zum Anteilsbesitz nach § 285 Nr. 11 HGB

Name und Sitz der Gesellschaft	Kapital- Anteil %	Eigenkapital 31.12.2024 T€	Jahres- ergebnis 2024 T€
1) Anteile an verbundenen Unternehmen			
ESWE Windpark GmbH, Wiesbaden ²	100,0	25	0
ESWE Windpark Uettingen GmbH & Co. KG, Wiesbaden	100,0	3.697	11
Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH, Wiesbaden ¹	100,0	64.631	0
ESWE BioEnergie GmbH, Wiesbaden	90,0	18.488	4.558
ESWE Taunuswind GmbH, Wiesbaden ²	100,0	79	0
Wiesbadener Informations- und Telekommunikations- gesellschaft mbH, Wiesbaden ¹	100,0	8.710	0
2) Beteiligungen			
Kraftwerke Mainz-Wiesbaden Aktiengesellschaft, Mainz	50,0	385.225	56.902
Windkraft Kahlenberg GmbH & Co.KG, Wiesbaden	50,0	2.797	106
Windpark Bad Camberg GmbH & Co. KG, Karlsruhe	33,33	3.323	-211
THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co. KG, Hamburg	33,33	13.054	2.830
THEE ESWE Windparkbeteiligungs Verwaltungs GmbH, Hamburg	33,33	67	7
MHKW Wiesbaden GmbH, Wiesbaden	24,5	30.848	-3.700

¹ Mit dieser Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag (EAV)

² Nach freiwilliger Ergebnisübernahme durch die Gesellschafterin (kein EAV)

Die ESWE Versorgung ist bei keiner Gesellschaft persönlich haftende Gesellschafterin

(2) Vorräte

Bei dem Ausweis handelt es sich um Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 16.029 T€ (Vorjahr 12.924 T€), unfertige Leistungen in Höhe von 1.823 T€ (Vorjahr 1.955 T€) sowie Waren in Höhe von 504 T€ (Vorjahr 560 T€). Die unter den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen ausgewiesenen Emissionszertifikate sind zu durchschnittlichen fortgeschriebenen Einstandspreisen von 10.843 T€ (Vorjahr: 8.319 T€) bewertet.

	31.12.2024 T€	31.12.2023 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	30.332	30.495
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	4.521	7.033
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.379	2.410
Sonstige Vermögensgegenstände	5.084	6.809
	43.316	46.747

(3) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der passivische Saldo aus Forderungsabgrenzungen und erhaltenen Abschlagszahlungen wird zum Bilanzstichtag unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2024 T€	31.12.2023 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.720	6.657
Forderungen aus Ergebnisübernahme	0	478
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-58	-63
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen	-74	-34
Verbindlichkeiten aus anrechenbaren Steuern	-17	0
Übrige Verbindlichkeiten	-3	0
Verbindlichkeiten aus Verlustausgleich und Steuerumlage	-47	-5
Summe	4.521	7.033

Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, beinhalten Zinsforderungen in Höhe von 1.439 T€ (Vorjahr 2.391 T€). Darüber hinaus sind unverändert Liefer- und Leistungsforderungen enthalten.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten Forderungen aus noch nicht abzugsfähiger Vorsteuer in Höhe von 996 T€ (Vorjahr 1.016 T€), die rechtlich erst nach dem Abschlussstichtag entstanden sind.

Sämtliche Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

(4) Eigenkapital

Das Grundkapital wird zum 31. Dezember 2024 unverändert von der WVV Wiesbaden Holding GmbH (50,62 % ↔ 33.412.556,00 €) sowie von der Thüga Aktiengesellschaft, München (49,38 % ↔ 32.600.000,00 €) gehalten. Das Grundkapital ist wie folgt in 20 Namensaktien mit unterschiedlichen Nennbeträgen aufgeteilt.

	€	€
7 Namensaktien zu	2.050.000	14.350.000
2 Namensaktien zu	1.700.000	3.400.000
1 Namensaktie zu	2.900.000	2.900.000
2 Namensaktien zu	4.100.000	8.200.000
1 Namensaktie zu	9.250.000	9.250.000
1 Namensaktie zu	5.200.000	5.200.000
1 Namensaktie zu	6.200.000	6.200.000
1 Namensaktie zu	2.600.000	2.600.000
1 Namensaktie zu	5.200.000	5.200.000
1 Namensaktie zu	7.700.000	7.700.000
1 Namensaktie zu	500.000	500.000
1 Namensaktie zu	512.556	512.556
		66.012.556

Die Gewinnrücklagen setzen sich wie folgt zusammen:

Innerhalb der anderen Gewinnrücklagen wird der aufgrund des Konsortialvertrages vom 5. Februar 2001 gebildete „Fonds für Innovationen, Klima- und Wasserschutz“ in Höhe von 5.917 T€ ausgewiesen. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags erfolgen seit dem Geschäftsjahr 2010 keine planmäßigen Einstellungen in den bzw. Entnahmen aus dem Fonds.

Die Gesellschafter haben ihre Beteiligungsverhältnisse gemäß § 20 AktG der Gesellschaft mitgeteilt.

Die Mitteilung der ehemaligen Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH (heute WVV Wiesbaden Holding GmbH) vom 21. Mai 2001 wurde von der Gesellschaft im Bundesanzeiger Nr. 109 vom 16. Juni 2001 mit folgendem Wortlaut bekannt gemacht:

„Die Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH, deren Anteile zu 100 % die Landeshauptstadt Wiesbaden hält, hat uns mitgeteilt, dass sie am 21. Mai 2001 mehr als den vierten Teil der Aktien an der ESWE Versorgungs AG, nämlich 50, 62 % aller Aktien, im Eigentum hat.“

Die Mitteilung der Thüga Aktiengesellschaft vom 9. Dezember 2009 wurde von der Gesellschaft im elektronischen Bundesanzeiger vom 17. Dezember 2009 mit folgendem Wortlaut bekannt gemacht:

„Die Thüga Holding GmbH & Co. KGaA zu München, vertreten durch die Thüga Management GmbH, ebenda, hat uns gemäß § 20 Abs. 1 AktG mitgeteilt, dass ihr mehr als der vierte Teil der Aktien an unserem Unternehmen gehören.“

(5) Rückstellungen

	31.12.2024 T€	31.12.2023 T€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	8.483	9.213
Steuerrückstellungen	5.031	2.603
Sonstige Rückstellungen	78.460	99.814
	91.974	111.630

Die sonstigen Rückstellungen betreffen vor allem Personalverpflichtungen, ausstehende Rechnungen für Netzentgelte, drohende Verluste aus schwebenden Geschäften, Rückgabeverpflichtungen von Emissionszertifikaten sowie preisliche und absatzwirtschaftliche Risiken.

	31.12.2024 T€
Gesetzliche Rücklage	6.601
Andere Gewinnrücklagen	28.530
	35.131

(6) Verbindlichkeiten

	Gesamtbetrag		davon mit einer Restlaufzeit					
	31.12.2024 T€	Vorjahr T€	bis zu 1 Jahr T€	Vorjahr T€	über 1 Jahr T€	Vorjahr T€	über 5 Jahre T€	Vorjahr T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	119.911	110.748	11.475	10.762	108.436	99.986	70.480	63.216
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	29.531	44.546	29.531	44.546	0	0	0	0
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	24.487	9.310	24.487	9.310	0	0	0	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	32.764	24.293	32.764	22.424	0	0	0	0
davon gegenüber Gesellschafter	(29.779)	(21.109)	(29.779)	(21.109)	0	0	0	0
davon aus Lieferungen und Leistungen	(2.985)	(3.184)	(2.985)	(3.184)	0	0	0	0
5. Sonstige Verbindlichkeiten	6.182	26.015	6.182	26.015	0	0	0	0
davon aus Steuern	(3.675)	(3.800)	(3.675)	(3.800)	0	0	0	0
	212.847	214.912	104.438	114.926	108.436	99.986	70.480	63.216

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 24.859 T€ durch modifizierte Ausfallbürgschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden abgesichert. An die Landeshauptstadt Wiesbaden waren hierfür im Jahr 2023 Avalgebühren in Höhe von 124 T€ zu leisten.

Im Berichtsjahr wurden zwei langfristige Darlehen in Höhe von insgesamt 20.000 T€ zur Finanzierung von Investitionen in die Netze aufgenommen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2024 T€	31.12.2023 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	892	2.681
davon gegen die Gesellschafterin	11	26
Forderungen aus anrechenbaren Steuern	14.421	18.208
davon gegen die Gesellschafterin	14.421	18.208
Forderungen aus Ergebnisübernahme	0	259
Forderungen aus kurzfristigen Ausleihungen	0	350
Übrige Forderungen	84	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-9.651	-10.850
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen	0	-40
Verbindlichkeiten aus Ergebnisabführung und Steuerumlage sowie Verlustausgleich	-30.233	-19.918
davon gegen die Gesellschafterin	-14.011	-19.452
	24.487	9.310

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten wird erstmals der passivische Saldo aus Forderungsabgrenzungen gegenüber Dritten (187,3 Mio. €) und erhaltenen Abschlagszahlungen (200,9 Mio. €) in Höhe von 13,6 Mio. € ausgewiesen. Ebenfalls sind erstmals Kundenguthaben aus der Verbrauchsabrechnung in Höhe von 5,1 Mio. € enthalten.

(7) Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Neben den betriebsüblichen Verpflichtungen aus dem Energiebezug beläuft sich das Bestellobligo zum 31. Dezember 2024 auf 10.707 T€. Aus Miet- und Leasingverträgen bestehen mehrjährige Verpflichtungen in Höhe von 12.280 T€, von denen 2.456 T€ innerhalb eines Jahres fällig sind.

Mit der Syneco Trading GmbH, München, wurde am 16. November 2008 ein Vertrag über die Nutzung eines Gasspeichers getroffen. Grundlage der Vereinbarung ist ein zwischen der Syneco Trading GmbH und Gaz de France Erdgasspeicher Deutschland GmbH, Berlin, geschlossener Vertrag über die Bereitstellung von Speichereleistung aus dem Gaskavernenspeicher Peckensen (Speichervertrag). Die Syneco Trading GmbH stellt der Gesellschaft hierbei einen Speicheranteil von 7,2 % zur Verfügung. Der

ESWE Versorgung entstehen aus dem Vertrag Verpflichtungen aus der Zahlung von anteiligen Speichermieten. Die Laufzeit des Vertrages mit der Syneco Trading GmbH ist hierbei an die Laufzeit des Speichervertrages gekoppelt. Aufgrund einer vertraglichen Anpassung im Jahr 2017 endet der Speichervertrag am 1. April 2031. Die Verpflichtungen belaufen sich insgesamt auf 4.014 T€, von denen 510 T€ innerhalb eines Jahres fällig sind.

Im Rahmen der Finanzierung des im Jahr 2013 von der ESWE BioEnergie GmbH errichteten Biomasseheizkraftwerks hat ESWE Versorgung zur Sicherung der dort aufgenommenen langfristigen Darlehen in Höhe von insgesamt 50 Mio. € Patronatserklärungen und Bürgschaften abgegeben. Es wird davon ausgegangen, dass die ESWE BioEnergie GmbH ihre Verpflichtungen erfüllen wird. Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme bzgl. der aufgeführten Haftungsverhältnisse wird bonitätsbedingt als gering angesehen.

Zudem hat sich die ESWE Versorgungs AG verpflichtet, mögliche Jahresfehlbeträge für das Geschäftsjahr 2025 der ESWE Taunuswind GmbH und der ESWE Windpark GmbH jeweils zu übernehmen. Die mögliche Inanspruchnahme liegt voraussichtlich nicht über 0,1 Mio. €.

(8) Finanzinstrumente

Entsprechend den Grundsätzen des IDW RS ÖFA 3 fasst die Gesellschaft schwebende Energiebeschaffungs- und Energieabsatzverträge abweichend vom Einzelbewertungsgrundsatz gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB für Zwecke der bilanziellen Bewertung zu branchenüblichen Vertragsportfolien zusammen. Die mittels Termingeschäften beschafften Energiebezüge von Strom und Gas werden mit den in der Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit anfallenden Absatzgeschäften in eine Einheit gebracht.

Die Beschaffungs- und Absatzgeschäfte weisen in sachlicher und zeitlicher Hinsicht gleichartige Risiken auf,

sodass eine Sicherungswirkung erzielt werden kann. Diese Geschäfte werden intern im Rahmen eines Vertragsportfolios auf Nettobasis gesteuert.

Ein wesentlicher Bestandteil der internen Steuerung ist das Risikomanagement, einschließlich einer Deckungsbeitragsrechnung, die für die Vertragsportfolien in den Beschaffungszeiträumen positive Deckungsbeiträge aufweist. Die Deckungsbeitragsrechnung beinhaltet eine zukunfts- (Planung) und vergangenheitsorientierte Betrachtung (Backtesting). Aufgrund der positiven Deckungsbeiträge ist die Bildung von Drohverlustrückstellungen nicht notwendig.

(9) Latente Steuern

Die Gesellschaft ist Organgesellschaft einer ertragsteuerlichen Organschaft. Die latenten Steuern der Organschaft werden bei dem Organträger ausgewiesen. Somit unterbleibt die Angabe nach § 285 Nr. 29 HGB. Insgesamt würde sich ein Aktivüberhang an latenten Steuern ergeben, der aufgrund des bestehenden handelsrechtlichen Wahlrechts nicht aktiviert werden muss.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(10) Umsatzerlöse

Aufteilung nach Bereichen	2024		2023	
	T€	%	T€	%
Stromversorgung	191.321	35,8	251.155	39,6
Stromhandel	8.812	1,6	17.715	2,8
Gasversorgung	156.103	29,2	209.871	33,1
Gashandel	49.939	9,3	31.230	4,9
Wärmeversorgung	45.961	8,6	40.545	6,4
Tankstelle	923	0,2	2.457	0,4
Betriebsführung Wasserversorgung	29.842	5,6	25.771	4,1
Wasserverkauf an WLW	15.831	3,0	17.394	2,7
Konzerninterne Dienstleistungen	21.457	3,9	22.017	3,4
Auflösung empfangene Ertragszuschüsse	2.211	0,4	2.166	0,3
Übrige Umsatzerlöse	12.253	2,4	13.741	2,3
Umsätze lt. GuV	534.653	100,0	634.062	100,0

Die Umsatzerlöse der Stromversorgung sind um die Stromsteuer in Höhe von 12.195 T€ (Vorjahr 14.664 T€) und die Umsatzerlöse der Gasversorgung um die Erdgassteuer in Höhe von 6.753 T€ (Vorjahr 7.537 T€) gekürzt.

Die ausschließlich im Inland erzielten Umsatzerlöse enthalten in Höhe von 7.375 T€ (Vorjahr 4.449 T€) Erlöskorrekturen für Vorjahre.

(11) Andere aktivierte Eigenleistungen

Sie umfassen den Personalaufwand und die Gemeinkosten für die Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens.

(12) Sonstige betriebliche Erträge

Periodenfremde Erträge:	2024	2023
	T€	T€
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	20.643	3.203
Erträge aus Anlagenabgängen	54	142
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen	1.102	1.120
Erträge aus der Zuschreibung von Umlaufvermögen	2.416	0
Erträge aus Ausbuchung von Forderungen	4	5
Andere periodenfremde Erträge	1.354	119
	25.573	4.589
Übrige Erträge	4.706	1.794
	30.279	6.383

Die Erträge aus Zuschreibungen betreffen die Zuschreibungen von Gas-mengen im Gasspeicher Peckensen.

(13) Materialaufwand

	2024	2023
	T€	T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	262.574	357.714
Aufwendungen für bezogene Leistungen.	124.586	126.213
	387.160	483.927

(14) Personalaufwand

	2024	2023
	T€	T€
Löhne und Gehälter	43.776	40.909
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	11.551	11.117
davon für Altersversorgung	2.978	2.767
	53.317	50.026

Im Durchschnitt waren bei der ESWE Versorgungs AG beschäftigt

	2024	2023
Angestellte	568	571
davon Frauen	167	164
Auszubildende	40	41
	608	6128

(15) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Die Abschreibungen sind im Einzelnen im Anlagenspiegel dargestellt. Es bestehen wie auch im Vorjahr keine außerplanmäßigen Abschreibungen.

(16) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Periodenfremde Aufwendungen	2024 T€	2023 T€
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	39	95
Abschreibungen auf Forderungen	824	2.415
Aufwand aus Pauschalwertberichtigungen	194	6
Andere periodenfremde Aufwendungen	971	317
	2.028	2.833
Konzessionsabgaben	8.066	7.069
davon Gas	1.610	969
davon Wasser	6.438	6.100
davon Ladeinfrastruktur	18	0
Zuführung zu Drohverlustrückstellungen für Energielieferungen	0	6.300
Zuführung zu Rückstellungen für absatzwirtschaftliche Risiken	3.350	10.000
Übrige Aufwendungen	22.817	23.482
	36.261	49.684

(17) Beteiligungsergebnis

	2024 T€	2023 T€
Erträge aus Gewinnabführung	844	3.000
davon aus verbundenen Unternehmen	844	3.000
Erträge aus Beteiligungen	17.013	27.894
davon aus verbundenen Unternehmen	1.000	2.480
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-92	- 360
	17.765	30.534

Die Erträge aus Gewinnabführungen beinhalten die Ergebnisse der Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH (641 T€) und der WiTCOM GmbH (203 T€) für das Jahr 2024. Die Erträge aus Beteiligungen beinhalten im Wesentlichen die Gewinnausschüttung der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden Aktiengesellschaft, Mainz (KMW), für das Geschäftsjahr 2023 in Höhe von 14.000 T€ (Vorjahr: 24.000 T€). Die

Aufwendungen aus der Verlustübernahme betreffen im Berichtsjahr die Übernahme des Verlustes der ESWE Taunuswind GmbH und der ESWE Windpark GmbH.

(18) Abschreibungen auf Finanzanlagen

Auf die Beteiligung an der ESWE Bioenergie wurde wegen voraussichtlich dauernder Wertminderung auf Basis der aktuellen Wirtschaftsplan­daten im Berichtsjahr eine Wertberichtigung on Höhe von 2.100 T€ vorgenommen.

Auf die Beteiligung an der Windpark Bad Camberg GmbH & Co. KG wurde wegen voraussichtlich dauernder Wertminderung auf Basis der aktuellen Wirtschaftsplan­daten im Berichtsjahr eine Wertberichtigung on Höhe von 365 T€ vorgenommen.

Für das im Bau befindliche Müllheizkraftwerk der MHKW Wiesbaden GmbH wurden im Zuge der Eigenkapitalausstattung nachrangige Gesellschaftendarlehen an die MHKW GmbH gewährt. Diese werden unter den Ausleihungen an Beteiligungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, ausgewiesen. Die darauf zu zahlenden Zinsen werden kapitalisiert und im Zeitablauf zurückgezahlt. Unter Berücksichtigung des Vorsichtsprinzips wurde auf die Ausleiher eine Wertberichtigung in Höhe von 6.500 T€ vorgenommen.

(19) Zinsergebnis

	2024 T€	2023 T€
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.139	2.210
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.342	1.021
davon aus verbundenen Unternehmen	15	29
davon aus der Abzinsung von langfristigen Rückstellungen	813	98
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.245	- 1.950
davon an verbundene Unternehmen	0	- 122
davon aus der Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen	-111	- 152
	2.281	1.281

(20) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Aufgrund des zwischen der WVV Wiesbaden Holding GmbH und der ESWE Versorgung bestehenden Ergebnisabführungsvertrages weist die ESWE Versorgung als Steueraufwand im Wesentlichen die Körperschaftsteuer auf die Ausgleichszahlung an die Thüga Aktiengesellschaft in Höhe von 5.544 T€ (Vorjahr 3.930 T€) aus. Diese Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

(21) Sonstige Steuern

Der Steueraufwand beinhaltet die Aufwendungen für Grundsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Umsatzsteuer für Sachzuwendungen sowie Energiesteuern auf den Eigenverbrauch.

(22) Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen

Im Vorjahr wurden für die im Zuge der Energie- und Wärmewende notwendige Eigenkapitalausstattung 10.000 T€ in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

(23) Aufwendungen für Ausgleichszahlungen

Gemäß dem bestehenden Ergebnisabführungsvertrag erhält die Thüga Aktiengesellschaft eine vertraglich vereinbarte Ausgleichszahlung von 29.779 T€ (Vorjahr 21.109 T€).

(24) Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags abgeführter Gewinn

Ausgewiesen wird der gemäß Ergebnisabführungsvertrag an die WVV Wiesbaden Holding GmbH abzuführende Gewinn in Höhe von 48.519 T€ (Vorjahr 39.452 T€).

Sonstige Angaben

Geschäfte größeren Umfangs mit verbundenen oder assoziierten Unternehmen gemäß § 6b EnWG

Es besteht ein langfristiger Vertrag über die Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen an die Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH, welcher im Geschäftsjahr zu Umsatzerlösen in Höhe von 13.513 T€ (Vorjahr: 12.353 T€) führte.

Weitere Geschäfte größeren Umfangs im Sinne von § 6b EnWG, die aus der gewöhnlichen Energieversorgungstätigkeit herausfallen, wurden nicht getätigt.

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Alle Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen sind zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen worden und unterscheiden sich nicht von Liefer- und Leistungsverpflichtungen mit anderen Unternehmen und Personen.

Dem Aufsichtsrat wurden für das Geschäftsjahr 2024 Bezüge von 44 T€ (Vorjahr 42 T€) gezahlt.

Vorstand

- Rechtsanwalt Ralf Schodlok
kaufmännischer Vorstand
(Vorsitzender), Wiesbaden
- Dipl.-Ing. Jörg Höhler
technischer Vorstand,
Singhofen
- Dr. Oliver Malerius
Kaufmännischer Vorstand,
Bad Camberg (ab 1. März 2025)

Im Geschäftsjahr 2024 betrugen die Gesamtbezüge des Vorstands 919 T€ (Vorjahr: 882 T€). Die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf 537 T€ (Vorjahr: 560 T€).

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Vorstandsmitgliedern und ihren Hinterbliebenen sind 4.162 T€ (Vorjahr 4.682 T€) zurückgestellt.

Honorar des Abschlussprüfers

Von den Angaben zu den Honoraren des Abschlussprüfers der Gesellschaft nach § 285 Nr. 17 HGB n. F. wurde abgesehen, da diese Angaben im Konzernabschluss der WVV Wiesbaden Holding GmbH als einbeziehendes Mutterunternehmen enthalten sind.

Konzernzugehörigkeit

Die Gesellschaft ist verbundenes Unternehmen i.S.d. § 15 AktG und § 271 Abs. 2 HGB zur WVV Wiesbaden Holding GmbH und deren verbundenen Unternehmen. Der Jahresabschluss der ESWE Versorgungs AG wird in den Konzernabschluss der WVV Wiesbaden Holding GmbH, Wiesbaden, für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen einbezogen. Die Gesellschaft ist gem. § 291 Abs. 1 HGB von der Aufstellung eines Konzernabschlusses und eines Konzernlageberichtes befreit. Der Konzernabschluss der WVV Wiesbaden Holding GmbH wird im Unternehmensregister veröffentlicht.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres im Sinne des § 285 Nr. 33 HGB eingetreten.

Wiesbaden, 11. Juni 2025

ESWE Versorgungs AG

Der Vorstand


Schodlok Höhler Dr. Malerius

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der ESWE Versorgungs AG, Wiesbaden, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der ESWE Versorgungs AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), die in Abschnitt 9 des Lageberichts enthalten ist, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend

dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), die in Abschnitt 9 des Lageberichts enthalten ist.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstre-

cken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der

Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Er-

kenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt.

Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

■ identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

■ erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlus-

ses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

■ beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

■ ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

■ beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Be-

achtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG

Prüfungsurteile

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten „Elektrizitätsverteilung“, „Gasverteilung“, „Messstellenbetrieb (Strom)“ und „Öffentliche Ladesäulen“ nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG sowie § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie den als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und des § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n.F. (07.2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG“ weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderun-

gen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft den IDW Qualitätsmanagementstandard: Anforderungen an das Qualitätsmanagement in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QMS 1 (09.2022)) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und des § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten der Gesellschaft nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und des § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG entsprechen.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sowie nach § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.

Mainz, 11. Juni 2025
KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bauer Galic
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2024 hat der Aufsichtsrat sämtliche Aufgaben wahrgenommen, die sich aus Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung ableiten. Durch den Vorstand wurde regelmäßig schriftlich und mündlich berichtet. Anhand von schriftlichen Beschluss- und Berichtsvorlagen sowie begleitenden mündlichen Auskünften hat der Aufsichtsrat den Vorstand laufend überwacht.

Es handelte sich hierbei um folgende wesentliche Themen:

- Beteiligung an einem Tief- und Rohrbauunternehmen zur Sicherstellung der für die Energie- und Wärmewende erforderlichen Bau-/Dienstleistungskapazitäten
- Entscheidung über die künftige personelle Zusammensetzung des Vorstands
- Investitionsmaßnahmen Technik und Erneuerbare Energien
- Laufende Geschäftsentwicklung sowie Vertriebsaktivitäten nebst Preisentwicklungen auf den Energiemärkten
- Genehmigung des Wirtschaftsplans 2025 und der Mittelfristplanung bis 2029
- Zustimmung zur Fortführung des Projekts der Thüga Abrechnungsplattform (TAP) zur Ablösung der Software SAP I-SU
- Sachstandsbericht Nachhaltigkeit und CSRD-Berichtspflicht
- Berichterstattung zu Risikomanagement, Compliance und Revision
- Beschluss zur vergleichsweisen Einigung zwischen ESWE Versorgungs AG und der Landeskartellbehörde im Wasserkartellverfahren

Der Aufsichtsrat tagte im Geschäftsjahr 2024 in einer außerordentlichen und drei ordentlichen Sitzungen.

Die Aufsichtsratsmitglieder wurden im Rahmen der Schwerpunktthemen über alle bedeutsamen Geschäftsvorgänge in Form von Vorlagen informiert.

Die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht für die ESWE Versorgungs AG zum 31. Dezember 2024 wurden von der KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Mainz, geprüft. Beanstandungen haben sich nicht ergeben. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers lag den Aufsichtsratsmitgliedern vor. Vertreter des Wirtschaftsprüfers haben an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teilgenommen und Erläuterungen gegeben. Dem Ergebnis der Prüfung stimmt der Aufsichtsrat zu.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss einschließlich des Lageberichts der ESWE Versorgungs AG zum 31. Dezember 2024 geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind keine Einwendungen zu erheben, sodass er den Jahresabschluss billigt.

Dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern spricht der Aufsichtsrat für die im Geschäftsjahr 2024 geleistete Arbeit seinen Dank aus.

Wiesbaden, 27. Juni 2025

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats



Gert-Uwe Mende

Herausgeber
ESWE Versorgungs AG
Konradinallee 25
65189 Wiesbaden
Tel. 0611 780-0
Fax 0611 780-2339
info@eswe.com
www.eswe-versorgung.de

Ansprechpartner
Michael Lomb
Leiter Betriebswirtschaft

Grafische Gestaltung und Druckvorstufe
Grandpierre Design GmbH, Idstein

Fotos
Grandpierre Design GmbH, Idstein
Archiv ESWE Versorgungs AG
Archiv WiTCOM

Druck und Verarbeitung
W.B. Druckerei GmbH, Hochheim am Main



